Wittener Volkswacht

Organ der werktätigen Bevölkerung für den Stadtkreis Witten

Bezugspreise:
Die „Wittener Volkswacht" erscheint täglich vormittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet freibleibend monatlich 2.40 Mk. (im voraus zahlbar)
Einzelnummer 10 Pfennig

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften der Arbeiter-Sport- und Kulturvereine

Geschäftsstelle: Witten, Johannisstraße 37, Fernsprecher 3627

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe 1spaltig 7 Pf. auswärts 8 Pf., Arbeits-, und Wohnungsmarkt und private Familienanzeigen 4 Pf., Reklameteil 40 Pf. Bei Wiederholung Rabatt, der bei gerichtlicher Beitreibung in Wegfall kommt.
Annahmeschluß für Inserate nachmittags 4 Uhr

Nr. 131 | Witten, Dienstag, den 9. Juni 1931 | 3. Jahrgang

Ein Erfolg der SPD.

Remarque-Film für geschlossene Veranstaltungen zugelassen

Berlin, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Film „Im Westen nichts Neues" ist am Montag von der Berliner Filmprüfstelle zur Aufführung in geschlossenen Veranstaltungen zugelassen worden. Er darf jedoch nur vor den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Länder sowie in geschlossenen Veranstaltungen der nachstehend genannten Organisationen vorgeführt werden, zu denen nur Mitglieder dieser Organisationen und ihre Familienangehörige Zutritt haben:

1. Verbände und Vereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer, der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,

2. Verbände, Arbeitsgemeinschaften und Vereinigungen, die dem Zwecke des internationalen Friedens dienen.

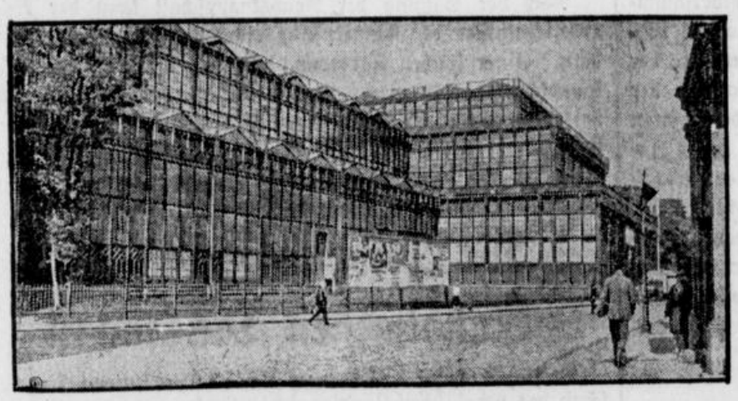
3. Berufsverbände, Berufsvereine, Standes- und Bildungsvereinigungen.

Ausgeschlossen von der Aufführung sind Vereinigungen, die sich zum Zwecke der Vorführung des Bildstreifens bilden.

Jugendlichen ist der Zutritt außer zu den geschlossenen Veranstaltungen verboten.

*

Die jetzt erfolgte Zulassung des Filmes in geschlossenen Veranstaltungen, ist ein Erfolg der Sozialdemokratie, die durch ihren Gesetzesantrag erst die Möglichkeit dazu schuf. Die Sozialdemokratie hat also mit ihrer Taktik einen Erfolg errungen, den alle radikalen Schreier nicht erzielen konnten. Die Gewerkschaften, das Reichsbanner und alle anderen republikanischen Organisationen Deutschlands werden in den nächsten Monaten dazu beitragen, daß der Film „Im Westen nichts Neues" in Massenversammlungen gezeigt wird. Unser Volk mag sich dann selbst davon überzeugen, was nach der Ansicht unmaßgeblicher Filmzensoren unser Ansehen in der Welt angeblich schädigte. In einer Zeit, die so gefahrdrohend ist wie die Gegenwart, und in der rechtsradikale Verbände, wie der Stahlhelm erst kürzlich wieder in Breslau, ohne Scheu zum Kriege hetzen, ist dieser Film eine notwendige ernste Mahnung. Darum muß ihn jetzt jeder sehen.



Der Münchener Glaspalast vor der Zerstörung

Im Kampf um die Notverordnung

Wünscht die Regierung Abänderungsvorschläge?

Berlin, 8. Juni. (Drahtmeldung.) Die neue Notverordnung der Reichsregierung hat in breiten Schichten der deutschen Bevölkerung ein Gefühl der Erbitterung und der Notwendigkeit von Abänderungen hervorgerufen. Die Frage ist, ob die Reichsregierung sich bereit finden wird, dem Rechnung zu tragen. Nach einer Aeußerung des Pressedienstes der Zentrumspartei sollte man annehmen. Dort heißt es nämlich heute:

„Wir suchen vergebens in allen Kritiken das Aufzeigen anderer Möglichkeiten, anderer gangbarer Wege, die zu dem gleichen Ziele führen könnten. Aber darauf kommt es eben entscheidend an. Die Reichsregierung wird dankbar sein für jeden brauchbaren Vorschlag, welcher ihre innen- und außenpolitischen Aktionen zu fördern und zu erleichtern vermag. Sie will Kritik an der Notverordnung, sie darf jedoch verlangen, daß diese Kritik sachlich bleibt und für das Reichskabinett Handhaben bietet, um sowohl Verbesserungen vorzunehmen als auch beschlossene Maßnahmen erträglicher zu gestalten."

Inwieweit diese Meinungsäußerung der Auffassung der Reichsregierung entspricht, war bisher amtlich nicht zu erfahren. Es verlautet jedoch zuverlässig, daß man bereit ist, brauchbare Abänderungsvorschläge zu diskutieren, soweit dadurch das finanzielle Erträgnis der Notverordnung nicht beeinträchtigt wird. Trotzdem bleibt im gegebenen Falle die Frage offen, ob derartige Abänderungsvorschläge im Parlament diskutiert oder auf dem Wege interner Verhandlungen ermöglicht und ohne Parlament in Kraft gesetzt werden sollen.

Tritt der Reichstag zusammen?

Mittwoch Aeltestenrat

Berlin, 8. Juni. (Eig. Meldung.) In dieser Woche wird das parlamentarische Leben wieder etwas lebhafter werden. Morgen nachmittag 3 Uhr tritt die Fraktion der Staatspartei zu einer Sitzung zusammen. Am Mittwoch um 10 Uhr tagt der sozialdemokratische Fraktionsvorstand, ferner wird am Mittwoch auch der Vorstand und die Fraktion der Wirtschaftspartei zusammentreten. Am Donnerstag nachmittag findet die volksparteiliche Fraktionssitzung statt, während die sozialdemokratische Fraktion am Freitag vormittag um 11 Uhr zusammentreten wird. Die Zentrumsfraktion ist für kommenden Sonntag nach Hildesheim zu einer Sitzung einberufen worden, und die deutschnationale Reichstagsfraktion wird nächsten Montag zusammentreten. Mit besonderer Spannung sieht man selbstverständlich der für kommenden Mittwoch nachmittag 4.30 Uhr einberufenen Sitzung des Aeltestenrates entgegen, in der die Entscheidung über die geforderte Reichstagseinberufung fallen soll. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Fraktionssitzungen will man in den hiesigen parlamentarischen Kreisen wissen, daß sich der Aeltestenrat auf nächste Woche vertagen wird, um den Fraktionen Zeit zu geben, ihre endgültige Haltung zu klären.

Zum Parteitag

Von Fritz Henßler, M. d. R.

II.

Um Brüning zu stürzen, bedarf es kaum eines Kampfes. Hugenberg und Hitler werden ihre parlamentarischen Mannen dafür gerne zur Verfügung stellen. Auch die Kommunisten würden nicht ausweichen können, die bisher diesen Sturz betrieben, wobei aber zu fragen ist, ob es für sie nicht sehr beruhigend war, zu wissen, daß die Sozialdemokratie auf diesem Gebiet einen Erfolg ihrer Politik verhindert. Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß der Finanzbedarf des Reiches, der Staaten und Gemeinden eine Situation geschaffen hat, die auch dann noch sehr große Schwierigkeiten bieten würde, wenn das Kräfteverhältnis im Parlament weit günstiger liegen würde. Es besteht eine Situation, die ja auch den Genossen Seydewitz, als Sprecher der schärfsten Opposition, zu der Bemerkung veranlaßte, die Schwierigkeiten der Politik seien derart groß, daß sie sich nicht einfach mit einem „Schwarz oder Weiß" erklären lassen. Ich wünsche nur, daß man sich bei allen Erörterungen dieser Tatsache bewußt gewesen wäre und künftig sein wird. Nochmals: **Auch Kampf gegen die Brüningpolitik — aber keinen blindwütigen Kampf, bei dem die Sorge ausgeschaltet ist, den Gegenspielern von rechts nicht ins Garn zu gehen. Wir müssen auch eine Verschiebung des Kampffeldes nach dem ausschließlichen Interesse der schärfsten Arbeiterfeinde und ihrer politischen Landsknechtstruppe zu verhindern trachten.**

Genosse Graf-Leipzig glaubte die Mahnung aussprechen zu müssen, zu sachlicherer Würdigung Sowjet-Rußlands. Ich halte die Verpflichtung zu sachlicher Beurteilung für selbstverständlich. Trotzdem war diese besondere Mahnung überflüssig. **Mindestens aber hätte Genosse Graf auch aussprechen müssen, daß ein gut Teil Vergiftung des proletarischen Bruderkampfes in Deutschland beseitigt wäre, wenn die Kommunisten in der Beurteilung der sozialdemokratischen Arbeit auch nur das angeblich noch mangelhafte Maß von Objektivität anwenden würden, das sozialdemokratischerseits gegenüber der Sowjet-Politik angewandt wird.** Zwingt nicht die kommunistische Agitation, die uns stur nach russischen Methoden glücklich machen will, zu der Feststellung, daß die Sowjetpolitik dem russischen Volk die unerhörtesten Opfer auferlegt, und, was noch wesentlicher ist, **daß der Versuch, diese Methoden auch in Deutschland anzuwenden, hier noch unendlich katastrophalere Auswirkungen haben müßte?** Auch nach dieser Seite hin hätte Graf seine an sich durchaus richtige Feststellung ergänzen müssen, daß man keinen schematischen Vergleich zwischen Deutschland und Rußland ziehen darf. War es ein Muster von Objektivität, wenn er zur Entschuldigung für die Sowjetpolitik anführte, daß Deutschland nur 4, Rußland aber 8 Jahre Krieg zu führen hatte. Wenn man schon solchen Vergleich machen will, dann muß man auch für Deutschland in Rechnung stellen die Auswirkung der Politik von Versailles — Ruhreinbruch und anderes. Aber davon abgesehen: Ist die Bürgerkriegsperiode in Rußland etwa allein ausgefüllt mit dem Kampf gegen konterrevolutionäre Armeen? Ist sie nicht auch zu einem großen Teil die Folge der gegen die Sozialdemokraten und die Demokratie überhaupt gerichteten Politik der Bolschewiki? Soll entschuldigt werden der Unterdrückungsfeldzug gegen das demokratische Georgien? Hat Genosse Graf nicht bedacht, daß seine Feststellung von den Kommunisten mißbraucht werden kann zur Rechtfertigung ihres Vernichtungskampfes gegen die Sozialdemokratie — zur Rechtfertigung dafür, daß tausende und abertausende Sozialdemokraten, die ihren Mann im Kampfe gegen den Zarismus und gegen die konterrevolutionären Armeen gestellt hatten, in die Gefängnisse geworfen, in die Verbannung geschickt oder hingemordet wurden? Schmeckte es dem Genossen Graf nicht auch bitter, daß ihm entgegengehalten werden konnte, er fordere gegenüber der Sowjetpolitik eine Zurückhaltung in der Kritik, während er der eigenen Partei gegenüber eine Grenze in der Kritik nicht anerkennt?

Der Parteitag hatte auch die Jugendfrage auf der Tagesordnung. Was dazu zu sagen war, hatte Breitscheid schon bei seinem Referat und besonders in seinem Schlußwort gesagt, provoziert durch die „Galerie". Einige Gruppen oppositioneller Jugendgenossen hatten sich dort eingefunden und sehr

kebhaft gezeigt. Nicht aber kann man sagen, daß sie für sich und ihre Auffassung werbend gewirkt hätten. Was Breitscheid und Sollmann, insbesondere aber auch der Genosse Nölting, grundsätzlich zum Jugendproblem in der Partei äußerten, das müßte jeder Genosse unbekümmert seiner „Schattierung" unterschreiben. Erfreulich war, daß sich auch jugendliche Parteitagsdelegierte deutlich gegen das überhebliche Gebaren der „jugendlichen Galerie" wandten. Es ist zu wünschen, daß auch jene älteren Genossen aus diesem Vorgang lernen, deren Erziehungswerk hier zur Schau stand.

Trotz mancher stürmischen Verhandlung hat der Parteitag die Hoffnungen der Gegner auf Zersetzung und Spaltung nicht erfüllt. Gegen noch nicht ein Dutzend Stimmen (die Angehörigen der Reichstagsfraktion enthielten sich) wurde der Disziplinbruch der Neun mißbilligt. Gegen ungefähr fünfzig Stimmen wurde beschlossen, daß künftig die Fraktion geschlossen zu stimmen hat und Zuwiderhandlungen als parteischädigende Haltung zu beurteilen seien. Diese Tatsache beweist den starken Willen der Partei zur Einheit im Handeln. Daß dieser Wille über die Schattierungen hinweg allgemein in der Partei besteht, dafür zeugten auch oppositionelle Redner und dafür war insbesondere überwältigender Beweis die gewaltige Demonstration der sozialistischen Arbeiterschaft aus Leipzig und Umgebung, mit der der Parteitag eingeleitet wurde. Freudig konnte Wels feststellen, Kiel ist durch Magdeburg, Magdeburg durch Leipzig übertroffen worden. Beweis für den Willen zur engen Kampfgemeinschaft war auch die fast einstimmige Annahme der zum grundlegenden wirtschaftlichen Referat Tarnows gestellten Entschließung, die gegen den Kapitalismus, gegen das „Dritte Reich", gegen die Moskauparolen aufruft zum Kampf für die soziale Demokratie und Republik. Sind auch die Schwierigkeiten riesig groß, ist auch die Zahl der Feinde zahlreich und der Kampf gegen uns rücksichtslos, schmutzig und gemein. Allem zum Trotz: Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!

SPD. und ADGB.

Gemeinsame Sitzungen der Vorstände

Berlin, 8. Juni. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes werden, dem „Vorwärts" zufolge, sich am Donnerstag in einer gemeinsamen Sitzung insbesondere mit den sozialen Bestimmungen der neuen Notverordnung beschäftigen. Am Freitag tritt dann, wie angekündigt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen. Vorher werden die Führer der Fraktion den Reichskanzler um eine Besprechung ersuchen und zwar um zunächst Näheres über den Verlauf und das Ergebnis von Chequers zu erfahren, und um klarzustellen, ob der Reichskanzler bzw. die Reichsregierung die Notverordnung als unveränderlich betrachten.

Entschließung der SPD. Ostsachsen

Dresden, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Ostsachsens faßte am Montag eine Entschließung, in der die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von Ostsachsen aufgefordert werden, im Sinne der vom Leipziger Parteitag angenommenen Entschließung zum Bericht der Reichstagsfraktion die neue Notverordnung energisch zu bekämpfen, zu handeln. Wenn keine andere Möglichkeit bleibe, sei der Reichstag einzuberufen.



Amerika hilft der deutschen Wissenschaft

Wie erinnerlich, hat der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Shurmann, der selbst seinerzeit an der Universität Heidelberg studierte, in den Vereinigten Staaten einen Fonds gesammelt für einen Erweiterungsbau der Heidelberger Universität, der nunmehr fertiggestellt ist und am 9. Juni eingeweiht werden wird. Zu der Feier kommt Botschafter Shurman nach Deutschland. Das Bild zeigt: Den Erweiterungsbau der Heidelberger Universität (unten) und einen Hörsaal in dem neuen Gebäude (oben).

Die Konsequenzen von Chequers

„Daily Herald" über den Ernst der Lage

London, 8. Juni. (Drahtmeldung.) „Daily Herald" schreibt in einem Leitartikel: Die Besprechungen von Chequers haben ihren Zweck erfüllt. Wenn in einigen Kreisen Enttäuschung darüber herrscht, daß die Zusammenkunft der britischen und der deutschen Staatsmänner keinen Plan für eine sofortige Aktion gezeigt hat, so dies nur, weil man falsche Erwartungen gehegt hat. Zweck der Besprechungen war nicht, Pläne zustandezubringen oder endgültige Maßnahmen zu beschließen oder sie auch nur zu erörtern, sondern die Lage zu prüfen und jede Seite mit Standpunkt und Problemen der anderen Seite vertraut zu machen. Die Tatsache, daß dies geschehen ist, bedeutet eine wertvolle Leistung. Sie ist genau in dem Maße wertvoll, wie sie verwertet wird. Die Probleme sind erörtert worden. Aber sie sind dadurch nicht verschwunden.

Der nächste Schritt ist, den Satz der amtlichen Kommuniques zu verwirklichen, der besagt, „in diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen, die gegenwärtige Krise in engere Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu bekämpfen". Während der nächsten Monate müssen die Rgierungen entweder direkt oder durch Genf oder in der vom Young-Plan vorgesehenen Weise Maßnahmen ergreifen, um den drohenden Sturm abzuwenden. Es würde eine Katastrophe werden, wenn man warten würde, bis der Sturm losbricht, d. h. bis Deutschland von seinem Recht Gebrauch macht, den Transfer eines Teils seiner Reparationszahlungen anzuhalten. Das würde ein Loch in die Budgets jedes Gläubigerlandes reißen und die Zahlung der Kriegsschuld an Amerika unsagbar schwierig, wenn nicht unmöglich machen.

Mit jedem Tag wird es deutlicher, daß im Herbst eine solche Lage möglich oder beinahe unvermeidlich ist. Die Folgen würden unübersehbar sein. Die indirekten Wirkungen auf dem Kredit würden erschütternd sein. Stockung der Reparationszahlungen würde nur den ersten Teil einer ganzen Kette wirtschaftlicher Erschütterungen bilden. Die Frist wird mit jedem Tag kürzer, und die Unterredungen in Chequers werden gar nicht abzuschätzenden Wert haben, wenn sie in absehbarer Zeit zu internationaler Zusammenarbeit führen, um der Krise zu entgehen, deren Schatten die Welt bedecken.

Besuch Hendersons in Berlin

London, 8. Juni. (Drahtmeldung.) Harold Nicolsen schreibt im „Evening Standart": In Chequers sei beschlossen worden, daß Henderson in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der kommenden Abrüstungskonferenz in nächster Zukunft Berlin besuchen solle. Dies sei ein erster Schritt zu weiteren internationalen Besprechungen.

So wurde Piccard in Brüssel empfangen

Bei der Rückkehr in seine Heimatstadt Brüssel wurde dem Stratosphärenflieger Piccard ein überaus stürmischer Empfang bereitet. Die Menge hob ihn auf die Schultern und trug ihn im Triumph vom Bahnhof.



Sanierung der Reichsknappschaft?

Reichsarbeitsminister fordert außerordentliche Hauptversammlungen

Durch die Satzungsänderungen, die von der Hauptversammlung der Reichsknappschaft im November vorigen Jahres vorgenommen worden sind, war die Pensionsversicherung der Reichsknappschaft keineswegs saniert. Als die Vertreter der Bergarbeiter die Kürzungsmaßnahmen beschlossen haben, waren sie der Auffassung, daß die verbliebenen Fehlbeträge durch Zuschüsse des Reiches gedeckt würden. Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums haben so etwas auch in Aussicht gestellt. Leider ist das Versprechen bisher nicht erfüllt worden. Nunmehr scheint es, als ob das Reichsarbeitsministerium ernstlich an die Sanierung der Knappschaft herangehen wollte. Der Vorstand der Reichsknappschaft erhielt folgendes Schreiben des Reichsarbeitsministeriums:

„An den

Vorstand der Reichsknappschaft

in Berlin-Wilmersdorf.

Betr.: Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Reichsknappschaft.

Die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der knappschaftlichen Pensionsversicherung wird Aenderungen der Satzung notwendig machen. Ich ersuche deshalb, für diesen Zweck sofort außerordentliche Hauptversammlungen für die Zeit zwischen dem 15. und 19. Juni ds. Js. einzuberufen.

Weitere Mitteilungen, namentlich über die Bereitstellung von Reichsmitteln, werde ich rechtzeitig vor der Sitzung machen.

In Vertretung: Dr. Geib."

Nach der Satzung der Reichsknappschaft kann der Reichsarbeitsminister die Einberufung einer Hauptversammlung fordern. Einer solchen Forderung muß der Vorstand der Reichsknappschaft nachkommen. Aus diesem Grunde sind die Hauptversammlungen der Reichsknappschaft auf den 19. Juni nach Berlin einberufen worden. Die wirklichen Pläne des Reichsarbeitsministeriums sind bis zur Stunde noch nicht bekannt.

Zweierlei Maß

Ludins Begnadigung

Der im Leipziger Reichswehrprozeß zu Festungshaft verurteilte Leutnant Ludin ist, wie kurz berichtet, aus der Festungshaft entlassen worden. Ludin hatte vor einiger Zeit ein Gnadengesuch an den Reichspräsidenten gerichtet, das jetzt genehmigt worden ist. Diese Gnadenerweisung unterscheidet sich in auffallender Weise von der rigorosen Behandlung kommunistischer Hochverräter, denen man zumeist auch nicht einen einzigen Tag von ihrer Festungshaft geschenkt hat. Ganz besonders bemerkenswert ist aber, daß von den drei seinerzeit in Leipzig verurteilten Reichswehroffizieren nur Ludin begnadigt worden ist, der Hitler treu geblieben ist, während Oberleutnant Scheringer, der zu den Kommunisten überging, und Oberleutnant Sendt, der sich der Stennesgruppe angeschlossen hat, weiter in Festungshaft sitzen müssen.

Die Personalpolitik im Statistischen Landesamt

Berlin, 8. Juni. (Drahtmeldung.) Der Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages zur Nachprüfung der Personalpolitik im preußischen Statistischen Landesamt wird am Mittwoch zur Feststellung des Untersuchungsergebnisses zusammentreten. Von der Staatspartei ist inzwischen ein Antrag eingegangen, wonach das Ergebnis der Beweisaufnahme festgestellt werden soll, daß bis zum April 1928 eine partei- oder gewerkschaftspolitische Beeinflussung der Personalpolitik nicht festzustellen sei, daß dagegen seit April 1928 leider mehrere Fälle partei- oder gewerkschaftspolitischer Behandlung bei Einstellung, Abbau oder Weiterbeschäftigung vorgekommen seien. Weiter soll u. a. festgestellt werden, daß der frühere Innenminister auf Grund der ihm von Regierungsdirektor Cassau gelieferten Urschriften in die Lage gesetzt worden sei, den Landtagsabgeordneten Dr. Heß eine Darstellung der Verhältnisse im Statistischen Landesamt zu geben, die den aTtsachen nicht entspricht.

Piccard und Hitler



Hitler: „Ganze 16 000 m ist dieser Franzosling hoch geflogen? Pah, ich will noch viel höher hinaus!"

Westdeutsche Rundschau

Der Pöbel . . .

Ein Gespräch in der Straßenbahn

Es war um Mitternacht. Der letzte Wagen der Straßenbahn von einem Vorort zum Betriebsbahnhof. Ringsum war alles still, tiefe Nachtruhe verbreitete sich in dem Tal. Im Wagen war ich der einzige Passagier. Der Schaffner gab mir den Fahrschein. Wir wechselten bedeutungslose Worte, gähnten und sehnten uns nach der wohlverdienten Ruhe. Plötzlich öffnete sich die Wagentür und ein Herr mit einer älteren Dame stieg ein. Es war ein älterer Mann, wohlbeleibt, rotes Gesicht, schneidige Haltung und ein Schnurrbart nach Wilhelm-Schnitt. Der Schaffner näherte sich den beiden. Gelangweilt sah ich zu, wie der Schaffner die Fahrkarten überreichte. Nun aber entwickelte sich folgendes Gespräch, das meine Aufmerksamkeit erregte. Der Dicke: „Na, seien Sie großzügig; denken Sie an die schlechten Zeiten." Der Schaffner: „Bin ich immer." — „Wollen Sie eine Zigarre oder eine Zigarette?" — „Ich habe gar nichts zu wollen." — Der Dicke grinst, greift in die Tasche und reicht dem Schaffner ein Geldstück, das dieser in seinem Beutel verschwinden läßt. Nun beginnt erst das Gespräch. Der Schaffner berichtet von den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nazis. Der Dicke: „Es ist doch traurig, daß sich diese Gruppen gegenseitig bekämpfen. Sie wollen doch beide diese Verbrecher in der Regierung beseitigen. Warum arbeiten sie da nicht zusammen? Oder werden wir heute durch Verbrecher regiert?" Der Schaffner nickt: „Man sieht es ja jetzt wieder bei der Notverordnung. Die Gehälter wollen sie auch wieder abbauen, unsere Löhne haben sie schon gekürzt. Diese Halunken denken nur an sich, hamstern fette Gehälter ein und wir können dabei verrecken." „Haben auch Sie das schon eingesehen?" fragte der Dicke. „Und ob, schon seit Jahren. Wegen mir hätte auch der Kaiser Wilhelm nicht zu gehen brauchen. Der hat doch an der ganzen Sache keine Schuld, dafür sind doch die Beamten verantwortlich." Der Dicke ist — überraschend für den Schaffner — anderer Meinung. Er meint, daß Lehmann fliehen mußte, weil er sonst von den Franzosen geholt und geköpft worden wäre. „Wollen Sie als Deutscher Ihren Kaiser Wilhelm den ausländischen Schurken ausliefern? Niemals! Kaiser und Vaterland haben wir die Treue geschworen und die werden wir behalten bis zum Tode."

Ein Klingelzeichen. Haltestelle. Das Gespräch ist beendet, der Schaffner verschwindet. Der Dicke wendet sich der Dame zu und reibt sich vergnügt die Hände: „Das ist gut, daß sich auch in diesen Kreisen unsere Gedanken durchsetzen und diese Leute mit uns kämpfen." „Aber dieser Pöbel," protestiert die Dame. **„Ist ja nur vorübergehend, bis dieses Gesindel aus der Regierung entfernt ist. Dann geben wir diesem Pöbel einen Tritt . . ."**

So geschehen auf der Fahrt von Gevelsberg nach Hagen.

Das Neueste vom Neuen

Feueralarm durch ein Flugzeug.

Westerburg, 8. Juni.

Ueber einen Feueralarm, wie er bis jetzt wohl einzig in seiner Art dasteht, wird aus dem Westerwald berichtet. Dort geriet nachts gegen 2 Uhr in Pottum bei Westerburg ein landwirtschaftliches Anwesen in Brand; Stall und Scheune brannten bereits lichterloh. Ein Flugzeug, das um dieselbe Zeit den Ort überflog, und den Brand im Dunkel der Nacht entdeckte, flog einige große Schleifen bis tief über den Ort. Das starke Geräusch der Motoren und des Propellers weckte die Anwohner aus dem Schlaf, die jetzt erst den Brand bemerkten, aber nicht mehr viel retten konnten. Mit knapper Not konnten die drei Bewohner des Hauses gerettet werden. Das Feuer war schon bis zum Schlafzimmer vorgedrungen, so daß sich ein junger Mann nur durch einen Sprung aus dem zweiten Stock retten konnte. Dem Flieger, dem es gelungen ist, die Ortsbewohner aus dem Schlafe zu wecken, ist es zu danken, daß größeres Unheil vermieden wurde, zumal die meisten Häuser des Ortes nur mit Stroh bedeckt sind.

Erdrutsch auf der Beißelsgrube in Köln

Köln, 8. Juni.

Wie dem „Stadtanzeiger" aus Ichendorf bei Bergheim (Erft) gemeldet wird, ereignete sich am Samstag gegen Mittag auf der Beißelsgrube ein schwerer Erdrutsch. Gewaltige Erdmassen des Abraums, die auf mehr als dreiviertel Million Kubikmeter geschätzt werden, rutschten, als eine kurze Arbeitspause eingetreten war, in die Grube, rissen die Kohlenstützen mit und verschütteten die Tiefbausohle. Die dort gelegenen Anlagen, die Antriebsstation der Kettenbahn, die Gleisanlagen mit den mit Braunkohlen gefüllten Förderwagen und die Pumpen für die Wasserhaltung stehen unter Wasser. Zum Glück befand sich niemand an der Unglücksstelle, so daß Menschen nicht zu Schaden gekommen sind. Man hofft, den Schaden in einer Woche so weit beseitigten zu können, daß die Förderung wieder aufgenommen werden kann. Die Rutschstelle liegt nur 1 Klm. von der Grube „Fischbach", wo sich im November v. J. der große Erdrutsch abspielte, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, entfernt.

Recklinghausen, 8. Juni.

Sprung aus der 3. Etage. Einer Anwohnerin der König-Ludwig-Straße wurden aus einer Schublade ihres Küchenschrankes 19 Mark gestohlen. Die Kriminalpolizei hat die Täterin, eine in derselben Straße wohnhafte Frau, ermittelt und diese des Diebstahls überführt. Später sprang die Frau, nachdem sie sich mit der Bestohlenen ausgesprochen hatte, aus dem Fenster ihrer in der 3. Etage liegenden Wohnung auf den Hof und blieb mit gebrochenem Rückgrat liegen. Sie wurde dem Krankenhause zugeführt.

Düsseldorf, 8. Juni.

Kommunistischer Krawall. Im Anschluß an eine am Samstag abend ordnungsgemäß verlaufene Demonstration kommunistischer Organisationen auf dem Karlsplatz, versuchten einzelne Gruppen von Teilnehmern eine Demonstration auf der Königsallee zu veranstalten, die offenbar von vornherein geplant war. Vor dem Hotel Zweibrückerhof wurde ein Mann von der Menge überfallen und zu Boden geschlagen. Er flüchtete vor seinen Angreifern in den Zweibrückerhof und die nachdrängenden Verfolger zertrümmerten mehrere Scheiben. In Verfolg sind dann noch ohne weiteres im nebengelegenen Lokal und auch am Bahnhof Fensterscheiben einiger Lokale eingeschlagen worden. Dem sofortigen energischen Eingreifen der Polizei ist es gelungen, einige Täter auf frischer Tat festzunehmen, größere Ausschreitungen zu verhüten und die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Remscheid, 8. Juni.

Freitod durch Sprung von der Müngstener Brücke. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen auf der von Selbstmördern bevorzugten 107 Meter hohen Müngstener Brücke gelang es doch einem 50 Jahre alten Arbeiter aus Solingen, die Brücke zu betreten und durch einen Sprung in die Tiefe seinem Leben ein Ende zu machen. Man fand den Lebensmüden im Tal verstümmelt auf. Unheilbare Krankheit soll der Grund zu diesem Schritt gewesen sein.

Andernach, 8. Juni.

Verurteilte Polizeibeamte. Zwei Andernacher Polizeibeamte hatten sich am Samstag vor dem Schöffengericht Koblenz wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung zu verantworten. Die Beamten hatten in den frühen Morgenstunden des 29. Juni v. J. in der Andernacher Rheinallee einen Kaufmann aus Wuppertal gelegentlich eines Zusammenstoßes mißhandelt. Das Gericht verurteilte den einen Beamten zu 3 Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, den anderen zu 14 Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird zuerkannt, daß die Polizeibeamten in ihrem schweren Dienst geschützt werden müssen, daß aber andererseits unmöglich derartige Uebergriffe vorkommen dürfen.

Der „Sargnagel" und die böse Neun

Ungeheure Ausdehnung des Zigarettenschmuggels - Häufige Schießereien mit Zollbeamten - Der Schmuggel ist ein teures Vergnügen

Skeptiker und Schwarzseher haben recht behalten. Die Einführung der Neuner-Packungen der „Sargnägel" hat — das steht heute fest — zu einem ungeahnten Mißerfolg geführt und die übelsten Folgen nach sich gezogen. Am schwersten ist davon die deutsche Zigarettenindustrie betroffen worden. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte man sich nicht dazu entschlossen, zum alten System zurückzukehren und ab 1. Juli die Zehner-Packung wieder einzuführen. Man tut es nicht dem kleinen Verbraucher zuliebe; in Deutschland ist man noch nicht geneigt, den Wünschen des ärmeren Publikums Rechnung zu tragen.

Ein Vierteljahr ist es nun her, daß der Verkauf einzelner Zigaretten verboten wurde, die Neuner-Packung auf den Plan trat. Damals versprach sich die Regierung von ihr eine Erhöhung der Steuereinnahmen. Man glaubte, daß das Volk, das sich immer geduldig zeigte, sich auch mit dieser Maßnahme abfinden würde, war der Ueberzeugung, daß der Raucher die neue Packung mit demselben Eifer kaufen würde wie die alte Zehner-Packung. Aber diese eine fehlende Zigarette hat ungeheure Erbitterung hervorgerufen, und in Raucherkreisen war man fest entschlossen, die Neuner-Packung nach Möglichkeit zu boykottieren. Tatsächlich wandte man sich dem Rauchen von Zigarren und Zigarillos zu, und die neuen Einheitspackungen fanden und finden auch heute noch einen verhältnismäßig geringen Absatz.

Die Zeit der Schmuggler begann. Aus Holland und Belgien wurden zuerst zaghaft, dann mit Frechheit und Dreistigkeit ungeheure Mengen von Zigaretten nach Deutschland herübergeschwärzt, und es vergeht kein Tag, an dem nicht Hunderttausende solcher Zigaretten auf Schleichwegen eingeführt werden. In Anbetracht des für die Schmuggler überaus günstigen Gelände an der belgischen Grenze haben die Grenzer einen schweren Standpunkt. Es gelingt ihnen zwar täglich, eine Anzahl „Schwärzer" festzunehmen und auch ganz erhebliche Mengen „Avalon", „Kawas" usw. zu beschlagnahmen. Die Unmassen Zigaretten aber, mit denen vor allen Dingen das Rheinland überschwemmt ist, beweisen, daß das „Loch im Westen" nicht zu verstopfen ist. In letzter Zeit sind übrigens auch in Hamburg, Bremen, Berlin und anderen deutschen Städten belgische Zigaretten aufgetaucht. Beamte des Kölner Hauptzollamtes fanden vor wenigen Tagen im Besitze eines Schmugglers den Brief eines Ingenieurs aus Chemnitz, der um eine wöchentliche Zusendung von 10 000 „Avalon" bat. Allüberall im Rheinlande haben sich Schmugglerbanden gebildet, die einen schwunghaften Handel betreiben. Man ist sogar so weit gegangen, in großen gepanzerten Automobilen das Schmuggelgut über die Grenze zu bringen. Es herrscht heute ein ununterbrochener Kampf längs der Grenze. Zollbeamte und Schmuggler stehen sich als erbitterte Feinde gegenüber. Fast täglich kommt es zu Schießereien. Eine Anzahl Schmuggler ist in den letzten drei Monaten erschossen worden, auch mehrere Grenzer wurden von den Kugeln ihrer Gegner verletzt. Die Zahl der an der Grenze beschlagnahmten Zigaretten geht in die Millionen.

Nicht ganz so aufregend wie längs der Grenzsteine sind die Vorgänge im Hinterland. In den größeren Städten hat man täglich Gelegenheit, das Tun und Treiben der „wilden" Zigarettenverkäufer zu beobachten. Man wagt sich auch weiter in die Stadt hinein, und es ist kaum möglich, heute durch irgendeinen Stadtteil zu kommen, ohne ein flüsterndes „Zigaretten! Zigaretten!" zu vernehmen. Der Verkauf ist flott. Es ist ja auch schließlich ein großer Unterschied, ob man für 20 Stück oder für 9 Stück 50 Pf. bezahlt. Aber man muß vorsichtig sein. Tag und Nacht ist die „Polente" hinter den „Geheimnisvollen" her. Wird man geschnappt, so hat man das Nachsehen. Im übrigen wird der Käufer genau so bestraft wie der Verkäufer. Zuerst geht es zum zuständigen Polizeirevier, von da zur Kriminalpolizei. Liegt sonst gegen den Festgenommenen nichts vor, so wird er nach Aufnahme eines Protokolls wieder entlassen. Das Hauptzollamt leitet ein Strafverfahren ein. Die, die man ertappt hat, werden vorgeladen und erhalten eine Geldstrafe, die von der Menge der beschlagnahmten Zigaretten abhängt. Für jede geschmuggelte Zigarette beträgt die Buße rund eine Mark. Ein teures Vergnügen also. Es ist nun klar, daß der arme Erwerbslose, der sich durch den Verkauf der Schmuggelware ein paar Groschen verdienen will, solch hohe Geldstrafen zu zahlen nicht imstande ist. Man geht da, um die Leute nicht zu hart anzupacken, in der Weise vor, daß man sie eine ganz geringe Summe zahlen läßt und ihnen vorschlägt, beim Landesfinanzamt ein Gnadengesuch einzureichen. Bei der Bitte um die Erlassung besonders hoher Geldstrafen hat der Justizminister zu entscheiden. Wer sich der vom Hauptzollamt verhängten Strafe nicht unterwirft, hat sich vor Gericht wegen Zollhehlerei zu verantworten.

Die beschlagnahmten Zigaretten werden dem Hauptzollamt übergeben. In früheren Zeiten hat der Verband deutscher Zigarettenhändler geschmuggelte Tabakwaren aufgekauft und vernichtet. Heute ist es anders. Zum Preise von 50 Pf. pro Mille werden die Zigaretten verkauft, und zwar unter der Bedingung, daß sie ins Ausland zurückgeschafft werden. Unter Aufsicht der Zollbehörde werden die „Glimmstengel" verpackt und über die Grenze geschafft. Zurück geht es dann in die Heimat nach Belgien, wo sie erneut aufgekauft und erneut über die Grenze nach Deutschland „geschwärzt" werden. Es soll vorgekommen sein, daß dieselben Zigaretten schon mehrere Reisen von Belgien nach Deutschland und zurück gemacht haben.

*

In Gelsenkirchen wurden von der Kriminalpolizei zwei Schmuggler gestellt, die in einem Keller 40 000 Zigaretten und einen Sack Kaffee verborgen hatten.

Die Duisburger Kriminalpolizei verhaftete einen Schmuggler, bei dem sie 30 000 Zigaretten konfiszieren konnte. In den letzten Wochen wurden in Duisburg ganze Warenlager Schmugglergut beschlagnahmt und mehrere Personen verhaftet. Ein flüchtender Schmuggler wurde am Sonntag von einem Kriminalbeamten angeschossen. Er hatte einen Bauchschuß erhalten und liegt im Krankenhause.

*

Jeden der täglich gemeldeten Fälle von Schmugglerverfolgung können die Zeitungen gar nicht registrieren.

Opfer der rasenden Motoren

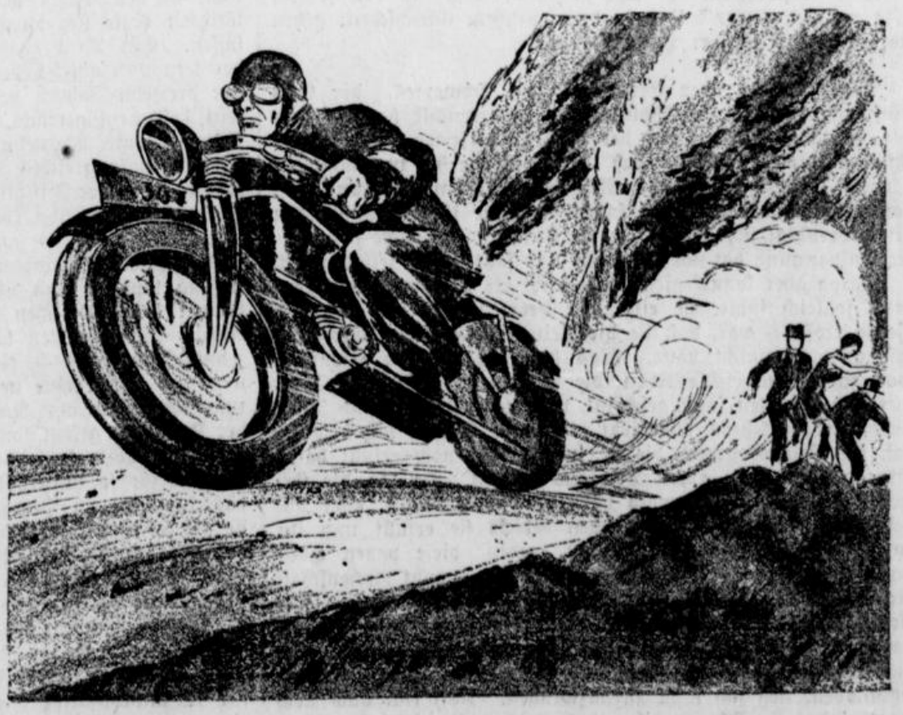
Motorradfahrer — nehmt Rücksicht auf die Spaziergänger!

Eure Ueberlandfahrten sind keine Weltrekordversuche. Die Natur will in Ruhe genossen und nicht blind durchrast sein. Nehmt die zahllosen Unglücksfälle jedes Sonntags zum warnenden Beispiel!

*

Ein furchtbares Motorradunglück ereignete sich am Sonntag abend, gegen 23.20 Uhr, auf der Verbandsstraße Brüninghausen. Der Motorradfahrer Neumann aus Hombruch fuhr, mit seiner Braut auf dem Sozius, in voller Fahrt ein Spaziergängerpaar an. Der Mann, namens Nergel, wurde so schwer verletzt, daß er auf der Stelle verstarb. Seine Begleiterin mußte mit einer schweren Beinverletzung dem Krankenhause zugeführt werden. Der Motorradfahrer selbst erlitt einen Schädelbruch und war gleichfalls sofort tot. Seine Mitfahrerin kam mit dem Schrecken davon.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Sonntag nachmittag, gegen 1 Uhr, an der Ecke Solinger und Kirchstraße in Solingen-Gräfrath. Hier fuhren zwei Personenwagen in voller Fahrt aufeinander. In dem einen Wagen saßen sechs Personen, die mit leichteren Verletzungen davon kamen, während bei dem anderen Wagen, in dem sich der Kaufmann Niederhagen aus Mettmann mit seiner Frau und seinem Sohn befand, die Eheleute aus dem Wagen geschleudert wurden und schwere Kopfverletzungen davontrugen. Die Eheleute Niederhagen wurden nach Solingen ins Krankenhaus gebracht, wo sie im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen erlegen sind. Der Sohn der Eheleute, der den Wagen führte, kam mit leichteren Verletzungen davon.



Durch die Schutzscheibe auf die Straße geflogen.

Am Sonntag morgen gegen 3 Uhr stieß in Düsseldorf ein Lieferwagen Ecke Dorotheen- und Ackerstraße mit einer Autotaxe zusammen. Durch den starken Anprall wurde einer der Insassen des Lieferwagens durch die Schutzscheibe auf die Straße geschleudert. Der Herausgeschleuderte erlitt einen doppelten Schädelbruch, dem er nach kurzer Zeit erlag. Beide Fahrzeuge wurden stark beschädigt.

Immer höher!

D X soll übertrumpft werden – Piccard-Echo in England – Ein neuer Marsprofessor

London, Anfang Juni. (Eigener Bericht.)

Die in 13 Flugstunden erfolgte Ueberquerung des Südatlantik durch das Riesenflugboot Do X, das am Freitag morgen in Fernando de Noronha, einer der brasilianischen Küste vorgelagerten Insel, eintraf, hat in England bedeutend das Interesse an den eigenen Flugbootplänen verstärkt. Auch hier soll demnächst einer jener fliegenden Giganten in Dienst gestellt werden, und zwar voraussichtlich für den ständigen Verkehr mit Indien. Die neue Maschine soll das luxuriöseste Flugboot der Welt werden und den deutschen Rivalen an Komfort und Leistung übertreffen. General W. Caddell von der Vickers Aviation Company, die das Flugboot in Southampton im Auftrage des Luftfahrtministeriums baut, gab der Presse einige interessante Informationen.

Sechs Rolls Royce-Motoren!

„Größe und Energie werden der des Do X entsprechen", erklärte General Caddell, „aber unsere Maschine hat nur halb so viele Motore und befördert mehr Passagiere. Sechs Rolls-Royce-Motore vom Typ „Buzzard" leisten je tausend PS. Die durchschnittliche Geschwindigkeit wird 190, die Höchstgeschwindigkeit 230 Kilometer in der Stunde erreichen. Das Flugzeug kann vierzig Personen tragen; dazu kommt eine Besatzung von sieben Mann. Do X hatte bei seinem Ozeanflug insgesamt 13 Personen an Bord; 4 Mann mußten auf den Kap Verdischen Inseln zurückbleiben. Bei voller Bemannung kann es Betriebsstoff für einen Aktionsradius von 1600 Kilometern mitführen. Ohne Passagiere an Bord würde Betriebsstoff für einen Nonstop-Flug von Europa nach Amerika mitgeführt werden können. Eigene Schlafkojen sowie Aufenthaltsräume für die Passagiere stehen zur Verfügung; ferner wird das Flugzeug eine Küche und ein geschlossenes Deck für Kapitän und Piloten enthalten. Die Maschine ist fast durchwegs aus Stahl konstruiert. Wir hoffen, im nächsten Frühjahr mit den ersten Probeflügen beginnen zu können."

Soweit General Caddell, dessen Ausführungen in der englischen Presse mit großer Begeisterung kommentiert wurden.

Interview mit Professor A. M. Low.

Selbstverständlich hat auch die Piccard-Expedition in die Stratosphäre zu den ausführlichsten Diskussionen in der englischen Presse Anlaß gegeben. „Sechzehn Kilometer — so niedrig dürfen wir die Grenze, die der Mensch im Ballon erreichen kann, nicht ansetzen," erklärte z. B. Professor A. M. Low, einer der bekanntesten englischen Physiker und Meteorologen, kürzlich einem Reporter. „Der einzige Faktor, der die Steigfähigkeit begrenzt, ist allein die zunehmende Verdünnung der Luft. Die Erdatmosphäre erstreckt sich jedoch auf zwanzig Kilometer, und ich glaube, hier dürfen wir die Grenze ziehen, wenn auch nur ein Ballon von ungeheuren Ausmaßen die Höhe erreichen kann. Es ist natürlich ohne weiteres möglich, die Höhe von zwanzig Kilometern mit unbemanntem Ballon zu erreichen, die automatisch registrierende Instrumente mitführen und wissenschaftlich wertvolle Ergebnisse herunterbringen, ohne daß ein Menschenleben dabei aufs Spiel gesetzt würde. Aber Professor Piccard hat sein Abenteuer wohl nicht unternommen, nur um eine Tat zu vollbringen, die noch kein Mensch vor ihm gewagt hat. Eine Reihe der gemachten Beobachtungen hätten von automatischen Apparaten nicht registriert werden können; die dazu nötigen Instrumente gibt es noch nicht, wenn man sie auch eines Tages erfinden wird. Spektroskopische Beobachtungen zum Beispiel, die auf der Erde vorgenommen werden, leiden unter der Verunreinigung der unteren Atmosphäre durch Rauch, Nebel, Wolken usw. Eine Tat wie die Piccards, mit dem gleichen ausgezeichneten Erfolg, erweitert stets die Grenzen wissenschaftlichen Denkens.

Mit der Rakete ins Weltall!

„Es hat sich bereits ein Mann bei mir gemeldet", fährt Professor Low fort, „der mich gebeten hat, ihm einen Apparat zu konstruieren, mit dem er fünfmal so hoch aufsteigen will als Piccard. Ich soll ihm eine Rakete entwerfen, mit Sauerstoffbehältern und einem Fallschirm, damit er wieder zur Erde zurückkommen kann. Theoretisch ist dieses Projekt ausführbar und Vorversuche auf der ganzen Welt haben gezeigt, daß sich Wege zu seiner Durchführung finden lassen. Die alten Pläne, den Mars oder den Mond oder ein anderes Gestirn zu erreichen, scheinen wieder aufzuleben. Sie mögen wildromantisch und undurchführbar sein — aber es ist sicher, daß die ernsthafte Wissenschaft aus derartigen Ideen Nutzen zu ziehen vermag."

Auch die englischen Behörden zeigen großes Interesse an Piccards Ergebnissen. Das meteorologische Institut des Luftfahrtministeriums wartet mit Spannung darauf. Es teilte mit, daß es selbst viele Ballonaufstiege zu Beobachtungszwecken durchführe; Ballons, die mit automatischen Instrumenten ausgerüstet sind und nach Erreichen einer bestimmten Höhe absteigen, werden von Zeit zu Zeit abgelassen. Sie konnten aber bisher nur zwölf Kilometer erreichen.

Die Weiterreise des „Do X"

Natal, 6. Juni. Wie Associated Preß meldet, bleibt Do X 15 Tage hier bis zur Weiterreise, die möglicherweise nach Recife führen soll. Kapitän Christiansen erklärte, er könne sich gegenwärtig nicht über einen etwaigen Flug nach den Vereinigten Staaten äußern. Wie Admiral Gagocoutinho sagte, erfreute sich der Do X eines besseren Windes bei dem Flug nach Natal als bei dem Atlantikflug.

Drei Todesopfer in den Alpen.

Paris, 8. Juni. Bei der Jean Collet-Hütte (2200 Meter) im Belledonnenmassiv stürzte gestern ein junges Mädchen, das deutscher Herkunft sein soll und mit fünf Kameraden einen Ausflug unternommen hatte, ab und fand auf der Stelle den Tod. Ferner gerieten neben der La-Pra-Spitze (2300 Meter), gleichfalls im Belledonnenmassiv ein junger Mann und ein junges Mädchen aus Grenoble in eine Schneewehe, stürzten in einen Bergspalt und konnten nur als Leichen geborgen werden.

Jack Diamond vor Gericht.

Am kommenden Montag wird sich der amerikanische Alkoholschieber Jack Diamond wegen Entführung seiner 19jährigen Freundin Marion Roberts, genannt die Rote Kiki, vor Gericht zu verantworten haben. Angeblich soll „Kiki" anstelle Jack Diamonds den Oberbefehl über seine Bande übernommen haben. Zahllose Polizisten fahnden nach ihr.

Sensationeller Giftmordprozeß.

Vor dem Schwurgericht in Montpellier (Frankreich) begann unter großem Andrang der Bevölkerung ein sensationeller Prozeß, dessen Voruntersuchung in ganz Frankreich mit leidenschaftlichem Interesse verfolgt worden war. Es handelt sich um das Verfahren gegen den Zahnarzt Dr. Laget aus Béziers, der angeklagt ist, die beiden Frauen, mit denen er nacheinander verheiratet war, mit Arsenik vergiftet und an seiner eigenen Schwester das gleiche Verbrechen versucht zu haben. Die Anklage ging von der Schwester aus, die durch das Einnehmen des Giftes körperlich verunstaltet und schwachsinnig geworden ist. Sie behauptet, daß ihr Bruder den Vergiftungsversuch an ihr unternommen habe, um eine von ihr geborgte Summe von 100 000 Francs nicht zurückzahlen zu müssen. Dr. Laget hat in der Voruntersuchung die ihm zur Last gelegten Verbrechen energisch geleugnet, obgleich seine Mutter selbst Verdacht gegen ihn hegt und obgleich die gerichtsärztliche Untersuchung der Schwester und der Leichen seiner beiden Frauen ergeben hat, daß allen drei Personen starke Arsenikdosen verabreicht worden sind. In bezug auf seine Schwester beschuldigt er sogar seine Mutter der Ausführung der Tat, während er auf die Fragen des Untersuchungsrichters, wer seine beiden Frauen vergiftet habe, stets antwortet, er wisse das nicht. In der jetzigen Verhandlung beteuert der Angeklagte weiter seine Unschuld, jedoch nur mit ziemlich schwachen Argumenten. Der Prozeß wird mindestens 8 Tage dauern, da von der Verteidigung und der Zivilpartei 70 Zeugen zitiert worden sind.

Neues vom Tage

Deutscher Dampfer bei Stockholm auf Grund geraten.

Stockholm, 8. Juni. Der 4000 Tonnen große deutsche Dampfer „Präsidente Gomez" ist gestern mittag bei der Einfahrt nach Stockholm auf Grund geraten. Der in Hamburg beheimatete Dampfer war von Südamerika nach Stockholm unterwegs mit einer Ladung Roh-Phosphat.

Ueberfall auf der Landstraße.

Nürnberg, 8. Juni. Auf der Straße zwischen Dietenhofen und Neudorf erschoß der Knecht Hans Stiegler heute früh in Gegenwart einer Magd aus Neudorf den Sohn Ludwig eines Siedlers Meier aus Dietenhofen und verletzte die Tochter eines Stellenbesitzers, Kunigunde Nidermann aus Neudorf, lebensgefährlich durch Kopfschüsse. Ueber die Gründe zu dieser Tat ist Näheres nicht bekannt. Der Täter ist flüchtig.

Selbstentzündung im Glaspalast

München, 8. Juni. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Ursachen zu entdecken, die der Anlaß der entsetzlichen Brandkatastrophe im Glaspalast waren. Der Verdacht einer vorsätzlichen Brandstiftung hat sich, wie die Münchener „Telegramm-Zeitung" zu berichten weiß, nicht bestätigt, vielmehr wird den Spuren nachgegangen, die auf Selbstentzündung der Materialen schließen lassen, welche bei Renovierungsarbeiten in den Romantiker-Sälen Verwendung gefunden haben. Die Anstreicher sind die Letzten gewesen, die das Gebäude verlassen haben. Bis Freitag 21 Uhr waren sie damit beschäftigt, eine eben erst aufgetragene Oelfarben-Anstrichprobe wieder wegzuwischen. Dazu gebrauchten sie Nesseltuch, das mit einer Mischung von Terpentin und Leinöl getränkt wurde. Es wird nun vermutet, daß sich diese Lappen nach dem Weggang der Arbeiter selbst entzündet und den Brand verursacht haben. Ein Mitarbeiter der „Telegramm-Zeitung" hat den Dekorationsmaler F. W. Beyhl, der diese Arbeiten vornahm, über die Möglichkeit einer solchen Selbstentzündung befragt. Beyhl hält sie für ausgeschlossen, in seiner mehr als 20jährigen Praxis sei ihm kein einziger derartiger Fall untergekommen. Im übrigen hätte strengstes Rauchverbot geherrscht. Die Lappen wären mit allen übrigen Malergeräten in einen im Parterre gelegenen Aufbewahrungsraum gebracht und dort sorgfältig zusammengerollt worden. Die Polizei wird heute Versuche anstellen, ob ihre Annahme einer Selbstentzündung solcher mit einer Terpentinölmischung getränkten Nesseltuchlappen sich aufrecht erhalten läßt.

Das gleiche Blatt beschäftigt sich auch mit der Versicherung der in der Brandkatastrophe zerstörten Werte und berichtet, daß diese, soweit sie überhaupt besteht, durch die Firma Bleichröder u. Co. in Hamburg bzw. deren Filiale in München im Londoner Markt abgedeckt worden sei. Infolge dieser Rückversicherung erledigten sich die Gerüchte von einem schweren Schaden des deutschen Versicherungsgewerbes. Aufsichtsbeamte der englischen Rückversicherungsgesellschaft werden spätestens am Mittwoch in München erwartet.

Frauen um Dreißig

Roman von Eva Wendorff

Copyright by Verlag Presse-Tagesdienst, Berlin W 35.

[Nachdruck verboten.]

57) (Fortsetzung.)

Jetzt überkommt plötzliche jubelnde Befreiung den Mann; seine Haltung straft sich, und aus seinen Augen bricht ungehemmt das Leuchten tiefer, warmer Zärtlichkeit. Das also war es! So fein empfindet diese Frau, daß sie sein Bekenntnis damals — bei dem er freilich Melanies grauenvolle Wandlung verschwiegen hatte — als ein Gelübde auffaßte, als ein Treugelöbnis über das Grab hinaus. Und sie, Agathe, hätte solche entsagungsvolle Bindung also nicht als übertrieben, als verstiegen angesehen: nein, sie selbst wäre sogar der gleichen zarten Regung fähig. Seine Gedanken, von einem Glücksrausch verwirrt, taumeln in seligem Durcheinander; vergebens sucht er nach Worten, die alles sagen könnten, was er in diesem Augenblick empfindet.

Aber noch immer sieht er Agathes Blick groß und forschend auf sich gerichtet; er will ihr diese Frage lösen, will ihren Zweifel zerstreuen, so rasch wie möglich ... Da schlingt er in spontaner Aufwallung den Arm um ihre Schultern, und ehe sie sich ihm entziehen kann, haben seine Lippen sich rasch und inbrünstig auf ihre Lider gedrückt und so die fragenden blauen Augen geschlossen. Seine Hand streichelt liebkosend wieder und wieder ihre weiche Wange; er sieht: der Weg ist menschenleer, einsam flattert eine Krähe: da zieht er sie noch näher an sich und schließt mit seinen Lippen auch ihren Mund, der sich zu einer Frage öffnen will.

„Agathe — Liebes du —", seine Worte überstürzen sich fast, „nein, so war es nicht! Du hast mich mißverstanden! Ich sprach zu dir von alledem, weil ich zu dir Vertrauen gefaßt hatte, weil du der einzige Mensch warst, dem ich mich offenbaren konnte! Und willst du jetzt mit mir gehen — für immer?"

Agathe hat sich ganz still an seine Schulter geschmiegt: ein nie gekanntes Wohlgefühl durchströmt sie. Sie fragt nichts mehr, sie fühlt: jetzt ist alles gelöst, und sie flüstert still und andächtig fast: „Ja, ich will! Ich will dein Leben teilen!"

Die Kiefer, unter der die beiden Menschen umschlungen stehen, läßt ächzend einen Teil ihrer Schneelast niederrieseln; das weiße Sprühen umhüllt die beiden mit einer eisigen Wolke und weckt sie aus ihrer Versunkenheit. Heymann nimmt Agathes Hand, schiebt schnell den Wildlederhandschuh zurück und drückt seinen Mund auf die warme Haut. „Und nun komm!"

Wie selbstverständlich legt sie ihren Arm in den seinen. „Zu meinem Vater!" Und in harmonischem Gleichschritt gehen sie frohbeschwingt der Haltestelle zu.

*

Nach Wochen der Erregung, des Schmerzes, der Enttäuschung, die sie durchschüttelt und aufgewühlt hatten, war für Marga ein Stadium der Ruhe eingetreten. Die wohltätige Natur duldet nicht, daß ihre Geschöpfe sich in fruchtlosen Qualen aufreiben: zwangsmäßig fast tritt ein Stillstand ein: der Aufruhr, der unendlich schien, da seine Ursache unbehoben blieb, beruhigt sich allmählich; die Kurve aufs höchste gesteigerter Anspannung hat sich überstürzt und fällt in sich selbst zurück.

Marga aber konnte diese Ruhe nicht als Wohltat empfinden; denn sogleich fühlte sie eine jähe Leere in sich und um sich, die so trostlos war, daß sie die Zeiten schmerzlicher Erregung fast zurückgewünscht hätte. Was hatte sie noch zu erwarten, was zu hoffen? Die Kraft, die sie aus der Erinnerung an kurze Glückszeiten sonst geschöpft, war jetzt erloschen und schien nicht wiederzukehren, und jetzt erst ward Marga sich bewußt, daß die Beschwingtheit, die sie im Vorjahr noch erfüllt hatte, ihre Nahrung zum guten Teil aus jener Quelle zog, die Erwartung heißt. Ja, damals hatte eine unbestimmte, aber unbesiegliche Erwartung kommenden Glücks sie erfüllt und ihr ganzes Wesen durchtränkt. Nun waren diese vagen Hoffnungen, über deren Wesen sie sich niemals bewußt Rechenschaft gegeben, urplötzlich ausgelöscht: ein leerer Raum war da. Die Kraft, die ihr die glückliche Erdenbefreiung in der Neujahrsnacht geschenkt, war längst verflogen; der Aufschwung wollte nicht wiederkehren; die Gelöstheit, die sie in jenen Minuten empfunden, ließ sich nicht zurückzwingen. Nun trat auch noch Agathe, der sie sich zuweilen anvertrauen konnte, aus ihrem Lebenskreis: die Freundin ging in wenigen Wochen schon als Gattin Dr. Heymanns nach Hamburg, begleitet von ihrem Vater, der sein müdes und verbrauchtes Leben in ihrer Nähe zu beschließen gedachte.

Für sie, für Marga selbst aber ging das Leben unerbittlich weiter. Endlose Jahre einförmiger Berufsarbeit lagen vor ihr; Leonie mit dem Kinde war von ihr gegangen, Agathe suchte ihren eigenen, ihr gemäßen Weg. So gab es keinen Menschen, der ihrer mehr bedurfte, zwecklos und arm würde ihr Dasein weiterlaufen wie das von tausend anderen Frauen, die freudlos im Beruf verkümmerten.

In dieser Gemütsverfassung wurde Marga von einer Botschaft, die sie zu anderen Zeiten mit frohem Jubel erfüllt hätte, kaum berührt: sie hatte geerbt. Freilich Reichtümer waren ihr nicht in den Schoß gefallen, und eine Aufgabe der Berufstätigkeit hätte sich durch das kleine Kapital nicht ermöglichen lassen. Ein Bruder ihrer Schwiegermutter, ein Junggeselle, der fern und abseits der Familie als Sonderling gelebt, hatte vor dreizehn Jahren bei seiner Einberufung zum Heeresdienst sein Testament gemacht, in dem er den Neffen Robert und die Nichte Leonie Werneburg zu Alleinerben bestimmte. Sein damals umfangreiches Kapital, in Hypotheken sicher angelegt, war dann in der Inflation auf einen so kleinen Rest zusammengeschmolzen, daß ihn später seine Hinterlassenschaft nicht mehr interessierte. Als er nun unerwartet einem Schlaganfall erlag, fand sich das Testament, und kraft der längst getroffenen Verfügung wurden nun Leonie und Marga Werneburg die Erbinnen des inzwischen aufgewerteten Vermögensrestes. Nach Abzug aller Unkosten blieben für jede von ihnen rund fünfzehntausend Mark — eine Summe, die immerhin groß genug war, um damit eine neue Existenz aufzubauen, oder die doch zum mingesten als Notgroschen für Jahre des Alters oder der Krankheit gelten konnte.

Leonie hatte sogleich voll stolzer Freude eine Bestimmung für das ihr so unverhofft zugefallene kleine Kapital gefunden: das Häuschen in Prerow, das sie zu mieten gedachte, konnte sie als schuldenfreies Eigentum erwerben und so, weit weniger von Sorgen belastet, ihren neuen Lebenskreis beginnen, in Gemeinschaft mit dem kleinen Hans, der sich kräftig und liebenswert weiter entwickelte.

Marga empfing die Nachricht von der kleinen Erbschaft beinahe freudlos. Zu Reisen und Anschaffungen hatte sie keine Lust; auch hätte sie sich schwer entschlossen, die geringe Summe für so unproduktive Zwecke anzugreifen; zur Begründung einer neuen Existenz wie Leonie sah sie für sich selber keinen Weg, und die tröstliche Gewißheit, für Jahre des Alterns versorgt zu sein, bedeutete im Augenblick für sie nichts anderes als die Aussicht auf Verlängerung der trostlosen Oede, die von keinem Kampf mehr erfüllt, von keiner Erwartung des Unbestimmten mehr beschwingt, durch keine Gefahr mehr zugleich bedroht und bereichert sein sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Zeitspiegel

Der Basilisk

Die Vorstellung, daß auch die Tiere einen Oberherrscher — also einen „König" — haben müßten, scheint ebenso alt zu sein wie die Menschheit selbst. Sonderbar für unsere Begriffe ist nur, daß im Altertum weder der Löwe noch der Adler als König der Tiere galten, sondern ein Fabeltier: der Basilisk, dessen Name (Basileus heißt im Griechischen „König") ja schon darauf hinweist.

Die Orientalen sagten, der Basilisk töte durch seinen Hauch und entstehe, wenn eine Kröte oder eine Schlange ein Hahnenei ebrüte. Kein Lebewesen könne dem Basilisken gefährlich werden, mit einziger Ausnahme seines Miterzeugers, des Hahnes. Der alte Römer Plinius, der als Staatsbeamter die Zeit zur Abfassung eines sehr umfangreichen naturwissenschaftlichen Buches hatte, fügte noch hinzu, daß auch der Mensch mit einem Basilisken fertig werden könne, wenn er nur einen Spiegel habe, denn vor seinem eigenen Anblick entsetze sich das Untier derart, daß es zerplatze. Wie der Basilisk aussah, hört man zuerst bei Albert von Bollstaedt (Albertus Magnus), bei dem der beschuppte Leib des Basilisken einerseits in einen Schlangenschwanz, andererseits in einen Hahnenkopf mit einem Krönlein endet und von zusammen acht Hahnenfüßen getragen wird. Zu seiner Entstehung ist es noch wichtig, daß der Hahn, der das Ei legt, sieben oder acht Jahre alt ist; sonst wird kein rechter Basilisk daraus. Die am 4. August 1474 zu Basel erfolgte feierliche Hinrichtung eines elfjährigen Hahnes, der sich erlaubt hatte, ein Ei zu legen, ist demnach also ein Justizirrtum gewesen, zumal, da es sich um eine hahnenfiedrig gewordene Henne gehandelt haben wird. Erst ziemlich spät wagten sich Zweifel an das königliche Tier heran, die dann in dem 1589 erschienenen „Schlangenbuch" des braven Konrad Gesner von Zürich folgende feste Gestalt annahmen: „Aber daß die gemeinen Leute glaubten, daß in unseren landen (spricht Levinus Lemnius) ein sölich schedlich thier von dem ausbrütten der krotten herkomme und lige in den verborgenen löcheren vnd töde die leut, wenn sie in sölche löcher und die erden gehen, ist meyner täding und ein falscher wahn. Dann daß ettliche leut sterben, wenn sie in solche löcher kommen, geschieht darumb, daß daselbst viel böser dünsten, wüst gestanck, schimlige und giftige dämpff von dem verschlossenen lufft entspringen und auffsteigen, die dem Menschen den atthem erstecken vnnd offt gar töden."

Daß sich die ohne erkennbaren Ursprung entstandene Basiliskensage überhaupt bis auf Gesners Tage halten konnte, ist dem berühmten Wiener Basiliskenfund des Jahres 1212 zuzuschreiben. Die rührsame Geschichte dieser Entdeckung steht in vielen Chroniken aus jener Zeit verzeichnet, die ungefähr folgendes Gesamtbild ergeben: in Wien lebte damals ein Bäckermeister Matthias Garhiebel (der Name dürfte spätere Zutat sein), der ein so böser Meister war, daß keiner seiner Gesellen es bei ihm lange aushielt, mit Ausnahme des blonden Hans, und dieser auch nur, weil er bei der schönen Tochter des Meisters Erwiderung seiner Liebe fand. Sie wollten heiraten, und Hans hatte mehr als einmal die Absicht gehabt, seinem Meister davon Mitteilung zu machen, aber Apollonia bat ihn immer wieder, noch zu warten. Schließlich fruchteten diese Bitten nichts mehr. Hans bat seinen Meister um die Hand der Tochter und wurde, wie es vorauszusehen war, höhnisch abgewiesen. Eher sei es möglich, meinte der Bäcker, daß sein Haushahn ein Ei lege, als daß er seine Tochter einem armseligen Gesellen gebe. Hans wurde aus dem Dienste gejagt — und schon am nächsten Morgen kam die Magd mit leerem Kruge vom Brunnen zurück. Es glitzere — so erzählte sie — in der Tiefe des dunklen Schachtes, und entsetzliche Dünste hätten ihr den Atem benommen. Meister Garhiebel befahl seinen Gesellen, den Lehrling an einem Seil in den Brunnen hinunterzulassen, um nachzusehen, was es gäbe. Halbtot wurde der arme Junge wieder heraufgezogen und konnte nur mühsam den Bericht der Magd bestätigen. Ob dieser Kunde gab es natürlich großen Auflauf. Der Stadtrichter, Herr Jakob von der Hülben, erschien selbst mit seinen Knechten und brachte auch den Medicus Diktor Heinrich Pollitzer mit, der seinen Plinius gut studiert hatte und sofort auf einen Basilisken riet. In diesem Moment erschien der verjagte Hans und rettete mit einem großen Spiegel die Situation; also „happy end". Zur Erinnerung brachte man an dem Hause eine Gedenktafel an mit der Inschrift: „Anno domini MCCII ward erwelt kaiser Friedrich der II. Unter seinem regiment ist von einem Hann entsprungen ein Basiliske, welcher obstehender Figur gleich, und ist der brunn voll angeschüttet worden mit erden, darinnen solligs thier gefunden worden ist, ohne zweifel, weil ob seiner giftigen aigenschaft viel Menschen gestorben und verdorben seind. Renoviert anno 1577 durch den Haushern Hannsz Spannring, Buchhandler."

Diese Tafel selbst ist inzwischen verloren gegangen. Die „obstehende Figur" aber ist erhalten geblieben und konnte von dem großen Wiener Geologen Eduard Sueß untersucht werden. Dabei hat sich herausgestellt, daß sie wahrscheinlich der Basilisk selbst ist. Sie besteht nämlich aus einem eigenartig geformten Sandstein (einer sogenannten Konkretion), an dem verschiedene menschliche Zutaten erkennbar sind. Sueß konnte bei der Untersuchung nachweisen, daß gerade solche Konkretionen im Wiener Untergrund über wasserführende Schichten lagern.

Auch die heutige Zoologie kennt Basiliske. Das sind aber hübsche, bunt gefärbte und total harmlose Eidechsen, die noch niemals jemandem etwas getan haben. Sonderbar ist nur, daß die einzige wirkliche giftige Eidechse den Namen Basilisk nicht bekommen hat, obwohl sie ihn am ehesten verdient hätte. Aber hier haben die Namen des Menschen mit der Natur den gleichen unbeabsichtigten Witz gemacht, den man schon vom Vampyr kennt. Der Vampyr ist bekanntlich ein blutsaugendes Unwesen, dem man Fledermausgestalt zuschreibe. Blutsaugende Fledermäuse gibt es jedoch in Europa nicht. Als man Südamerika entdeckte, fand sich überraschenderweise, daß es in diesem neuen Lande wirklich Vampyre gäbe. Der Zufall wollte nun jedoch, daß die südamerikanische Fledermaus, die man Vampyr taufte, kleiner war, wodurch der Kuddelmuddel folgendermaßen aussieht: das Phantasietier Vampyr gibt es nicht. Die Fledermaus, die Vampyr heißt, ist kein Vampyr, und der wirkliche Vampyr heißt nicht Vampyr. Genau so ist es auch beim Basilisken. Die Basiliske sind keine; die Eidechse, die einer ist, heißt nicht so, und den alten Basilisk gibt es nicht, trotz Sandsteinkonkretionen und Schwefelwasserstoffquellen.

Willy Ley.

Altdeutsche Handwerkskultur

Ein Handwerk, das im Laufe der Jahrhunderte sich gleich geblieben ist, das von seinen uns bekannten Uranfängen her schon auf der Kulturhöhe war, die es bis heute beibehielt, ist die Töpferei. Man findet auch heute noch, nicht weit entfernt von den Schloten und Ueberlandleitungen, Heimindustrien, in denen wie einst Kopf und Hand ehrsamer Meister die Energiezentren geblieben sind. Wohl haben wir große Fabriken, in denen kostbares Porzellan und alles Geschirr des Alltags in Massen hergestellt wird. Das alte Kunsttöpferhandwerk hat sich daneben aber unabhängig noch in manchen Gegenden unseres Reiches erhalten, besonders in denen, die, etwas abseits vom tollen Wirbel der Zeit, nicht an den Straßen und Knotenpunkten des großen Verkehrs liegen, und deren Bewohner aus geschichtlicher Tradition oder aus der geruhsameren Struktur ihres Wesens mehr am Geiste der Väter hängen, als gemeinhin die Ueberkommenes wenig achtende Jugend der Städte. So findet man auch heute noch auf dem Lande, besonders in unbekannteren, unbegangeneren Gegenden, die nur die Kleinbahn uns erschließt, einen Stamm ehrsamer, an die Zeit des blühenden Mittelalters erinnernder Meister des Kunsttöpferhandwerks, besonders auch in dem traditionstreuen, alte Eigenart am meisten wahrenden und darum für alle volkskundlichen Studien so ergiebigen Hessen. Bekannt für die Kunsttöpferei ist die Gegend um Marburg. Aber auch nicht weit von Frankfurt in der Gegend des im hinteren Taunus gelegenen Usingen, so in Brandoberndorf, in der Nähe von Wächtersbach, beim alten Hix in Wittgenborn, und schließlich auch im südlichen Teile Hessens, in Urberach auf der Strecke nach Oberroden zwischen Frankfurt und Darmstadt trifft man Vertreter dieses schönen, alten Handwerks.

Nach der Abzweigung von der großen Strecke wird die Bahnfahrt gemütlich. Durch Wald und Wiesen windet sich langsam der staubige, kurze Zug, bimmelt monoton, um Mensch und Tier von den Gleisen herunterzujagen, und stößt von Zeit zu Zeit heiser heulende Töne aus. Die Fabriken werden immer spärlicher, die Sonne lacht über der Wärme dampfenden Natur, und im Zuge herrscht allgemeine Aufregung: ein Bauernmädchen will nach Amerika auswandern. Stolz und würdig erzählt ein Onkel die vielfältigen Vorbereitungen, den Namen des Schiffes, Mittel gegen Seekrankheit, Aussichten in Amerika, und ein Junge mit bunter Mütze gibt, protzend in seiner Würde als hier hochangesehener Gymnasiast die notwendigen geographischen Erläuterungen. Milchkannen fliegen auf jeder Station ein und aus, und der beizende Geruch martialischer Tabakspfeifen steigt in Schwaden aus den offenen Abteilfenstern.

Schließlich ist die Schaukelei zu Ende; wir sind in Urberach. Der Ort hat ein paar sonnige Straßen und saubere Häuser, an denen hin und wieder kleine Altäre zu finden sind, Muttergottesbilder und wetterzerzauste Kreuze — ein blitzblankes Dörfchen wie aus unseres Herrgotts schönster Spielzeugschachtel.

Und da, halb in dem kleinen Hofgarten, stehen zum Trocknen die feuchten, lehmgrauen Formen werdender Töpfe und Geschirre. Jetzt macht der Meister nur einfaches Gerät, schmucklose Sachen für den täglichen Gebrauch, denn die Feldbestellung nimmt den größten Teil seiner Arbeitskraft in Anspruch. In einem kleinen Zimmer steht alles beisammen, was man bei ihm erstehen kann. Große, dicke Tassen, ein paar Blumentöpfe, Krüge, Teller.

Doch ich frage nach Besserem, frage nach verschiedenen, für diese Gegend typischen Arbeiten. Erfreut, auch einmal einen Städter zu sehen, der seine Kunst achtet und von ihr weiß, führt mich der Mann eine brüchige, schmale Treppe hinauf auf den Boden. Zwischen einem Wust von Gerümpel, wie er sich im Laufe der Jahre in allen Häusern ansammelt, in denen man sparsam auch für eigentlich Unverwendbares noch einmal eine Verwendung erwartet, finden sich da eine Menge der besseren Erzeugnisse des Mannes. Ein Weihwasserkessel, aus einer alten Form gepreßt, grün, mit einem mittelalterlichen Christus, dem zwei Lämmer folgen, das zierliche Becken von einer Dornenkrone umrahmt, wandert für eine Mark in meinen Besitz. In Antiquitätenhandlungen kann man ähnliche Gegenstände für ein Vielfaches dieses Preises als garantiert alt erstehen. Ein Jägertopf mit einem alten, holprigen Spruch, einem Hirschkopf und vortrefflich zueinander abgestimmten Farben in leuchtendem Schmelz kostet zwei Mark. Figuren und Formen sind alle in der alten Tradition, wie man sie vor Jahrhunderten schon machte, wie sie der Meister heute noch macht, wie sie sein Sohn machen wird, der neugierig neben uns stehend mich fremden Eindringling mißtrauisch betrachtet. Da sind Reiter, Soldaten, Fabeltiere, Trommler, Schweine — was man sich nur denken und wünschen kann.

Hier wird noch alle Woche gebrannt; das ist verhältnismäßig sehr viel. In Wittgenborn hat der alte Meister vor einiger Zeit erst nach drei Jahren seinen Ofen wieder angezündet. Dafür aber hat er gleich mehrere tausend Töpfe angefertigt, fast alle verschieden, je nach Laune gemacht, mit Sprüchen, die ob ihrer kernigen, derben Art erfreuen. Und wenn man diese Muster und Bilder nicht nur mit der Freude des sammelnden Liebhabers betrachtet, sondern von der Warte des vergleichenden, folkloristischen Wissenden um diese Kultur, dann ist man überrascht, immer wieder die gleichen Vorwürfe zu finden, nicht nur bei verschiedenen Meistern und zu verschiedenen Zeiten, sondern auch bei den verschiedenen Volksstämmen und Völkern. Es liegt etwas Ewiges, Bleibendes, über den so schnellen und so menschlichen Wechsel Erhabenes in diesem Handwerk, daß man diese Dinge mit einer seltsam frommen Scheu betrachten lernt. Jahrhunderte sind über dieses Land gebraust, über diese Völker ernährenden, erhaltenden Aecker, stille Zeiten und tolle Jahre, aber immer wieder hat der Vater den Sohn das Handwerk in gleicher Weise gelehrt. Und wenn heute auch die elektrische Lampe über der Töpferscheibe leuchtet, wenn ein Lastauto die fertige Ware zum Markte trägt, der Fabrikant tausend Geschirre macht, während der stille, kunstsinnige Mann an einem Dutzend arbeitet, immer noch blüht dieses Handwerk, immer noch dreht man hier im Sommer Töpfe, schafft Krüge und ersinnt an den langen Winterabenden Figuren, Tiere, fromme Gestalten, die ein schönes Bild bieten, ein geschmackvolles Zeugnis vom Kunstsinn des einfachen, unverdorbenen, von der Massenkitschproduktion unberührten Volkes.

Mario Mohr.



Alle Rechte vorbehalten

(59. Fortsetzung.)

„Die Verhandlung gegen die Frau, die behauptet hat, die wirkliche Prinzessin Ma zu sein, ist zu Ende", sagte O'Shaughnessy, an den Tisch herantretend.

Ein fragender Blick streifte ihn. Er ergänzte:

„Sie wurde des Mordes schuldig gesprochen!"

O'Shaughnessy glaubte, das gelbe Mädchen zusammenzucken zu sehen; es war einen Schein bleicher geworden.

Die Frau vor ihm — alles Mädchenhafte war von ihr gewichen — fragte wie von sehr fern her:

„Sie wird den elektrischen Stuhl besteigen müssen...?"

O'Shaugnessy trat näher an sie heran. Er sprach leise:

„Nein, das wird sie nicht. Denn sie ist tot. Ein Chinese hat sie durch einen Schuß ins Herz getötet."

Das gelbe Mädchen hatte sich langsam erhoben. Es ging einige Schritte in dem kleinen Raum auf und ab. O'Shaughnessy glaubte Tränen in ihren Augen zu sehen; aber vielleicht irrte er sich. Jedenfalls klang die Stimme ganz ruhig:

„Ihr ist wohl! — Und was geschieht nun mit mir?"

„Sie sind jetzt die Chinesin Tse-hsü, die Tochter der Dienerin Lie. Sie werden wegen Vergehens gegen die Einwanderungsgesetze zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und nach deren Verbüßung in Ihre Heimat zurückbefördert werden."

Das Mädchen neigte den Kopf, antwortete aber nicht.

O'Shaughnessy beobachtete sie eindringlich. Dann sagte er, kühl und klar:

„Ich möchte Ihnen gegenüber betonen, daß ich nicht daran glaube, daß Sie die Chinesin Tse-hsü sind, und daß jenes Mädchen, das im Gerichtssaal erschossen wurde, die Prinzessin Ma war. Meiner Ueberzeugung nach hat es sich hier um eine abgekartete Geschichte gehandelt, um ein furchtbares Spiel, das Ihre Landsleute inszeniert haben, um Ihr Leben zu retten. Nach meiner Ueberzeugung wußten Sie von Anfang an davon, denn ich habe gesehen, daß man Ihnen während der Mittagspause einen Zettel zusteckte. Diese Mitteilung hat Sie dann veranlaßt, Ihre Taktik vor Gericht vollständig zu ändern. — Aber das sind Dinge, die mich nichts angehen. — Sie werden jetzt in das Untersuchungsgefängnis zurückgebracht werden; in der Verhandlung wegen Uebertretung der Einwanderungsgesetze brauchen Sie keinen Verteidiger. Ich sehe Sie also wahrscheinlich jetzt zum letztenmal. Ich möchte mich von Ihnen verabschieden!"

Der Polizist in der Ecke schnarchte.

Das gelbe Mädchen stand vor O'Shaughnessy und richtete die dunklen Augen auf sein Gesicht:

„Ich bin die Chinesin Tse-hsü, die Tochter der Dienerin Li! Ich danke Ihnen für die Mühe, die Sie sich für die Prinzessin Ma gegeben haben — Sie taten, was möglich war. Daß es nichts genützt hat, das habe ich vorausgesehen. Daß hier Dinge sind, die Sie nicht begreifen können, ist mir klar. Seien Sie nicht böse, wenn ich nicht den Versuch mache, Sie aufzuklären. Sie würden diese Dinge so wenig verstehen, wie unsere Sprache, weil Sie China nicht verstehen können, weil Sie keine Kenntnis von der Seele des chinesischen Volkes haben. Ihnen scheint das Geschehene vielleicht furchtbar, weil Sie ein Weißer sind und den Tod als das größte Uebel für den Menschen ansehen. Wir Chinesen denken darüber anders. — Ich werde die Strafe verbüßen, die mir auferlegt wird. Ich werde in meine Heimat zurückkehren. Ich werde mich der Begegnung mit den weißen Menschen nur wie eines bösen Traumes erinnern. Nur an Sie werde ich gerne denken, denn Sie waren gut zu mir, — obzwar meine Hautfarbe gelb ist!"

Sie reichte ihm die Hand.

Er empfand: das war der Abschied.

Und gleichzeitig hatte er das Bewußtsein, daß nicht die Chinesin Tse-hsü sich von ihm verabschiedete, sondern daß die Prinzessin Ma, der späte Sproß der Ming-Kaiser, ihm den Abschied gab.

Es wurde kein Wort mehr gesprochen.

O'Shaughnessy schritt aus der Zelle, den langen Korridor entlang, über einen Hof, durch Türen — hinaus, auf die Straße.

Er dachte:

Mitunter gab es Augenblicke, da war es mir, als wäre ich diesem chinesischen Mädchen nähergekommen. Als verschwände die Mauer, die gelb und weiß, ja, die sogar Mann und Frau in einem letzten, immanenten Sinn trennt.

Der Abschied lehrte:

Unnahbar, wie der tiefste Sinn des „Om mani padme hum" war diese Frau, deren gerade Ahnenreihe sich irgendwo im Mythos verlor. —

Plötzlich kam O'Shaughnessy der Gedanke:

Vielleicht — vielleicht liebte er sie? — —

Er ging mit schnellen Schritten vorwärts; eigentlich ziel- und planlos. Der Gedanke, zu lieben, war ihm fremd gewesen und schreckte ihn jetzt, da er im Zusammenhang mit diesem fernweiten Geschöpf fremder auftauchte, beängstigend. Er ahnte in dunklen Gefühlswellen, daß seine eigene Abgeschlossenheit diesem sonderbaren Wesen gegenüber nichts anderes war als instinktive Abwehr einer Gefahr, die er befürchtete, noch bevor er sie klar erkannte.

Es war nächtliches Dämmern, da er, müde und doch stark wach, heimwärtsstrebte. Vieles war ihm bewußt — mehr noch bloß geahnt nähergekommen. Aber in diesem Bewußtwerden und Erkennen lag schon der Keim des Absterbens der tiefen Regung heißen Herzens.

Er war Irländer, sein Gehirn mußte in jedem Kampf mit seinem Gefühl den Sieg erringen.

15. Kapitel.

Richter Keyne saß am Frühstückstisch und blätterte in den Zeitungen von San Franzisko. Er fand seinen Namen sehr oft genannt; er fand auch, daß die Presse im allgemeinen an seiner Art der Prozeßführung nichts auszusetzte; aber er war doch mit dem Gang der Dinge durchaus nicht zufrieden. Da schrieb zum Beispiel der „Californian", der Prozeß habe trotz — oder gerade wegen — des knalligen Schlußpunktes aus dem Revolver eines Chinesen mit einem großen Fragezeichen geendet; kein Mensch könne heute wissen und niemand werde vielleicht je erfahren, ob die verurteilte und totgeschossene Chinesin wirklich die mysteriöse Ming-Prinzessin Ma war.

Das war es, was auch Richter Keyne bedrückte: er fühlte immer stärker, daß gar nicht die wirklich Schuldige verurteilt worden war.

Aber er konnte seine eigene Entscheidung nicht umstoßen; sein Urteil mußte respektiert werden, das Ansehen der Justiz, wie er diese Institution sah, war sonst in Gefahr. Das aber drängte alle Regungen des Gefühls zurück; wo es um die eigenste Domäne ging, mußten alle Sentiments verstummen.

Nun blieb noch die Aburteilung des namenlosen Chinesen.

Mit dem Burschen war freilich nicht so viel Staat zu machen, wie mit einer wirklichen — oder auch nur vermeintlichen Prinzessin. Die Hauptsache galt aber: allen gelben Ränken zum Trotz das Verbrechen eines Gelben zu sühnen.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Gewerkschaft

Jugend in Not

Selbsthilfe ist erforderlich

Aus verschiedenen Teilen des Reiches werden wieder Erwerbslosenkrawalle gemeldet. Besonders bedrohlich häufen sich diese Krawalle im Ruhrgebiet, wo wie in Bochum, Essen, Hamborn, Duisburg und Wanne-Eickel schwere Angriffe auf die Polizei erfolgten, Barrikaden gebaut und Geschäftshäuser demoliert wurden. Die Krawalle sind von den Kommunisten organisiert. Deren Wühlarbeit, die keinem Arbeitslosen ein Stück Brot einbringt, wohl aber manchem das Leben kostet, wäre erfolglos, wenn nicht vor allem in den jugendlichen Arbeitslosen genügend Rekruten die Organisierung von Straßenkrawallen zur Verfügung ständen. Die Not der jugendlichen Arbeitslosen ist allmählich zu einem sehr ernsten Explosionsherd geworden. Eine Eindämmung seiner Gefahren ist unbedingt erforderlich. Ueber die Möglichkeiten einer solchen Eindämmung wird uns aus Bergarbeiterkreisen des Ruhrgebiets geschrieben:

Dir Wirtschaftskrise lastet schwer auf dem deutschen Volk. Fast alle Berufs- und Altersschichten sind von ihr betroffen. Aber wohl kaum eine Schicht wird so sehr in Mitleidenschaft gezogen wie die Jugend. Sie, die noch suchend und tastend den Weg ins Leben nimmt, verliert durch den Fortfall der dem Leben Inhalt gebenden Arbeit die finanzielle und moralische Basis. Die Dauererwerbslosigkeit bringt Hoffnungslosigkeit, und diese birgt den Keim schwerster Schäden, die in erster Linie der Jugend selbst drohen, die sich aber auch unheilbringend für die Gesellschaft und den Staat auswirken müssen. Die Krise dauert unvermindert an. Die Verwahrlosung der Jugend steigert sich ins Unermeßliche. Selbsthilfe ist dringend erforderlich.

Wohl sind in den letzten Monaten behördlicherseits verschiedene Richtlinien zur Betreuung der erwerbslosen Jugend herausgegeben worden. Es kam jedoch in den meisten Fällen nicht zu ihrer Durchführung, weil die Mittel zur Finanzierung der in den Richtlinien angedeuteten Maßnahmen fehlten. In den wenigsten Fällen konnte auf diesem Wege positive Arbeit geleistet werden. In früheren Jahren, wo die Pflege der Jugend nicht so nötig war wie gerade heute, konnte ein bedeutendes Mehr an Barmitteln flüssig gemacht werden. Wir können und dürfen aber nicht zusehen, wie unsere Jugend seelisch und sittlich zugrunde geht und darum haben wir — die in Arbeit Stehenden — die Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um unseren jungen Arbeitsbrüdern zu helfen und ihnen solidarisch die Hand zu reichen, damit sie über diese Krise hinwegkommen. So wie jeder Vater die moralische Pflicht und sittliche Pflicht hat, seinem Kinde in der Notzeit beizustehen, so haben auch die Aelteren in der Gewerkschaft und in der Partei die Pflicht, ihren jungen Mitstreitern in dieser Notzeit zu helfen — ganz davon abgesehen, daß die Selbsterhaltung dieser Organisation eine Pflege des Nachwuchses erfordert.

Wie bewerkstelligen wir nun diese Betreuung? Darauf wäre zu antworten: Indem wir die Jugendlichen dem verderblichen Einfluß der Straße entziehen, sie in kleineren Zirkeln zusammenfassen und in unserem Sinne bilden. In diesem Zusammenhange muß betont werden, daß die Jugend des Proletariats heute leider viel zu wenig mit den wirtschaftlichen und soziologischen Realitäten bekannt gemacht wird. Hier ist viel nachzuholen. Notwendig wäre zunächst, daß man örtlicherseits Ausschüsse ins Leben ruft, die sich speziell mit der Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen befassen. Diese Ausschüsse hätten Kurse zu organisieren. Damit das Interesse für eine längere Zeit wachgehalten wird, erscheint es ratsam, daß für die Dauer der Betreuung die Zeit von 3 bis 4 Stunden täglich nicht überschritten wird. Bei der Auswahl des Unterhaltungsstoffes kann man nicht nach einem Schema vorgehen. Das zu behandelnde Material muß ganz den örtlichen Verhältnissen und der Zusammensetzung der Teilnehmer angepaßt werden. Eines darf man jedoch nicht in den Hintergrund drängen: wirklich aufklärende, den Geist der Zeit erläuternde Vorträge.

Zur Durchführung solcher Maßnahmen gehört natürlich eine finanzielle Unterlage, sei es auch nur, um den Teilnehmern ein Taschengeld von 50 Pfg. zu gewähren. Die Beschaffung der Mittel ist gewiß nicht leicht, allein auch hier wird sich bei etwas gutem Willen ein Weg finden lassen. Sollten von den für die Jugendpflege verantwortlichen Stellen in den Kommunen keine Gelder zur Verfügung gestellt werden, dann wäre immer noch der Weg der Selbstfinanzierung durch eine Umlage bei den in Arbeit stehenden Klassengenossen da. Schon die einmalige Gewährung einer Beihilfe von 10 Pfg. je beschäftigtes Verbands- oder Parteimitglied würde für eine Betreuung der örtlichen Jungerwerbslosen wenigstens einen Anfang gewährleisten.

In dieser wirtschaftlich schweren Zeit hat die Arbeiterschaft mit jedem Pfennig zu rechnen. Trotzdem wäre ein solcher Akt der Solidarität möglich. Jedenfalls würde er reiche Zinsen tragen. Er würde unseren Arbeitslosen zeigen, daß sie nicht verlassen sind, daß wohl die Unternehmer ihnen ihre Existenz geraubt haben, ihre Arbeitsbrüder aber mit ihnen fühlen und denken. Ein großer Teil von denen, die jetzt in ihrer Not dem Terror in die Arme getrieben werden, würde wieder einen Halt bekommen. Auch würde dann die große Hoffnung der Unternehmer, die Armee der Arbeitslosen zum Sturm gegen die Arbeitenden, die Gewerkschaften und die Partei anzusetzen, um so eher in nichts zerstieben. Mögen darum alle für die Arbeitnehmerbewegung verantwortlichen Personen sich der großen Bedeutung einer Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen bewußt werden und in Kürze eine weitgehende Tätigkeit in dieser Hinsicht entfalten! Dann wäre damit ein weiterer Schritt dazu getan, der zum Sozialismus hinstrebenden Arbeiterbewegung über die fürchterliche Krise und ihre Gefahren hinwegzuhelfen.

Rettung der Arbeitslosen-Versicherung

Die außerordentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit führte zu einem gewaltigen Defizit der Einrichtungen, die die Arbeitslosen zu betreuen haben, sowohl durch erhöhte Aufwendungen für die Arbeitslosen, wie durch den Rückgang der Beitrags- und Steuereinnahmen. Der Gesamtfehlbetrag der Reichsanstalt, des Reiches und der Gemeinden aus der Versorgung der Arbeitslosen dürfte im laufenden Jahre etwa 640 bis 700 Millionen Reichsmark betragen, wie aus der Schätzung von Bruno Broecker hervorgeht, der im Maiheft der „Arbeit" vom Standpunkt der freien Gewerkschaften die Frage der Sanierung der Arbeitslosenversorgung behandelt. Von diesem Fehlbetrag entfallen auf Reichsanstalt und Reich (Arbeitslosenversicherung und vier Fünftel der Gesamtaufwendungen der Krisenfürsorge) 343 bis 407 Millionen Reichsmark, auf die Gemeinden, die Träger der Wohlfahrtsfürsorge, 300 Millionen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Gemeinden bereits für das vergangene Jahr 1930 ein Haushaltsdefizit von 420 bis 450 Millionen Mark errechneten. So ist die Sanierung der Arbeitslosenversorgung zu einer unabwendbaren Notwendigkeit geworden. Man muß den Trägern der Arbeitslosenversorgung die Mittel für die Bestreitung ihrer Ausgaben zur Verfügung stellen. Die Sanierung durch Abbau der Leistungen, — Verlängerung der Antwartschaft, Verkürzung der Unterstützungsdauer, Beschränkung der Unterstützungshöhe, — ist nicht nur sozial untragbar, sie führt zwangsläufig zu einer stärkeren Belastung der Fürsorgeeinrichtungen und kann daher das Defizit nicht verschwinden lassen, da die Lasten nur von der Reichsanstalt und vom Reich auf die Gemeinden verschoben werden. Mit überzeugenden Argumenten wurde des weiteren dargelegt, daß die Einschränkung des Kreises der versicherten Personen, die Herausnahme einzelner Berufe, — Saisonarbeiter, Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter, — oder sonstiger bestimmter Personenkreise, wie jugendliche und alte Personen über 60 Jahre, vollkommen ungerechtfertigt ist, ebenso die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung oder die Einführung von Gefahrenklassen und die Zulassung von gewerkschaftlichen Ersatzklassen. Noch schlimmer ist der Plan, der Reichsanstalt das Selbstbestimmungsrecht zur Regelung ihrer Einnahmen und Ausgaben zu geben, mit deren Hilfe die Reichsanstalt die Lasten der Versorgung der Arbeitslosen auf die öffentliche Hand (Krisen- oder Wohlfahrtsfürsorge) jeweils verschieben könnte.

So abwegig diese Lösungspläne sind, so wiesen auf der andern Seite die freien Gewerkschaften den zu einer Reform der Versorgung der Arbeitslosen, die die sozialen und finanziellen Gefahren und Unzulänglichkeiten jener Pläne vermeidet und die Sanierung der Arbeitslosenversorgung ermöglicht.

Die Reform in der Arbeitslosenversicherung kann allein von der Einnahmeseite her erfolgen. Eine Beitragserhöhung von 1 Prozent, die zwar das Lohneinkommen weiter belasten würde, in der gegenwärtigen schweren Lage jedoch vertreten werden kann, könnte eine Mehreinnahme von 160 Millionen Mark bringen.

Die Aufhebung der jetzigen Beitragspflichtgrenze von 70 Mark pro Woche bzw. RM. 300,— pro Monat, des weiteren der Versicherungsgrenze der Angestellten mit einem Einkommen über 8400 RM. würde eine Mehreinnahme bringen, die kaum unter 100 Millionen Reichsmark liegen dürfte. Statt der Erhebung des Beitrages nach Grundlöhnen oder Mitgliederklassen müßten die Beiträge nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst berechnet werden. Die Befreiung der größeren Gruppen von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern von der Versicherungspflicht, wie sie heute vorliegt, ist völlig ungerechtfertigt. Die restlose Aufhebung dieser Befreiung würde eine nicht unerhebliche Mehreinnahme bringen. Diese Maßnahmen würden das Defizit der Reichsanstalt beseitigen. Allerdings ist damit das Problem der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge nicht gelöst. Hier ist zunächst die organisatorische Zusammenlegung von Krisenfürsorge und kommunaler Fürsorge erforderlich. Für die Finanzierung dieses Defizits müßten von der gesamten Bevölkerung die größten persönlichen Opfer übernommen werden.

Die Regierung hat die hier aufgezeichneten Wege der Sanierung der Arbeitslosenversorgung nicht befolgt, vielmehr hat sie den reaktionären Weg des Abbaus der Arbeitslosenversicherung eingeschlagen. Die Verlängerung der Wartezeit, die Verkürzung der Unterstützung und die Herausnahme der Jugendlichen und der Landarbeiter, sind sämtlich Verschlechterungen, die das Schicksal der Erwerbslosen noch unerträglicher machen, ohne die Finanzierung der Erwerbslosenversorgung zu sichern, da diese Maßnahmen sämtlich die Lasten der Wohlfahrtsfürsorge erhöhen. Wie aber die Gemeinden, die bereits ein gewaltiges Defizit haben, ihre außerordentlich erhöhten Aufwendungen für die Wohlfahrtserwerbslosen bestreiten sollen, bleibt auch nach den Maßnahmen der neuen Notverordnung ein Geheimnis. Die Mittel, die den Gemeinden aus Kürzung der kommunalen Gehälter und aus dem Ertrag der Lohnsteuer überwiesen werden sollen, sind angesichts des gewaltigen Finanzbedarfs für die Versorgung der Erwerbslosen ein Tropfen auf den heißen Stein.

Vorschläge, die sie nicht erreichten

Schlußgutachten der Brauns-Kommission

Am Freitag ist das dritte Teilgutachten der Arbeitslosenkommission veröffentlicht worden. Für eine eingehende kritische Stellungnahme kommt es zu spät; denn die Würfel sind ja bereits gefallen. Die Notverordnung ist bekannt. An dem Gang der Dinge kann also durch Kritik an dem Gutachten doch nichts mehr geändert werden. Die öffentliche Kritik wird sich jetzt mit der Notverordnung selbst zu befassen haben.

Die Veröffentlichung des Gutachtens genau ein Tag vor der Veröffentlichung der Notverordnung ist sicherlich kein blinder Zufall. Zweifellos befürchtete die Regierung von einer früheren Veröffentlichung eine Erschwerung ihrer Entscheidung über die Neuregelung des Arbeitslosenschutzes. Sie hätte an der mit der Veröffentlichung naturgemäß sofort einsetzenden Kritik nicht achtlos vorübergehen können. Die Vorschläge der Gutachterkommission blieben daher zunächst im Dunkel. Eine frühere Veröffentlichung hätte auch für die Regierung die Gefahr heraufbeschworen, daß sich ihre Entscheidung unter Umständen allzu stark von den Vorschlägen der Gutachter entfernte. Um dem vorzubeugen, machten sich ja sehr bald in der Brauns-Kommission starke Einflüsse der an der Arbeitslosenfrage beteiligten Ressorts geltend. Die Folge davon war, daß das Gutachten im Grunde genommen eine Art stillschweigender Kompromiß zwischen dem Sachverstand der Kommission und dem Willen der Regierung darstellt. Es ist also nicht verwunderlich, wenn im wesentlichen die Gedankengänge des dritten Teilgutachtens in die Notverordnung übergegangen sind. Vor allem gilt das hinsichtlich der Ersparnismaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosen.

Die Gutachter empfehlen in ihrer Mehrheit für den Augenblick nicht die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge. Sie befürworten die Anpassung der Krisenfürsorge an die gesteigerte Notlage, lehnen aber einen unmittelbaren Uebergang der Ausgesteuerten in die öffentliche Fürsorge unter Fortfall der Krisenunterstützung ab. Sie fordern eine Verlängerung der Wartezeit und zwar bei den Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige von 14 auf 21 Tage, bei Arbeitslosen mit 1 bis 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen von 7 auf 14 und bei Arbeitslosen mit 4 oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen von 3 auf 7 Tage. Die Kommission ist der Auffassung, daß als Notmaßnahme auch eine zeitweilige Senkung der Unterstützungssätze in Betracht gezogen werden müsse, wobei zu dem den Arbeitslosen zugemuteten Opfern auch ein Opfer des Teils der Bevölkerung zu treten habe, der sich noch in günstigeren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen befinde. Darüber hinaus schlägt — was besonders zu beachten ist — die Kommission auch vor, der Reichsanstalt für den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung eine gewisse Autonomie einzuräumen. Mit andern Worten: der Vorstand der Reichsanstalt soll, wenn die Arbeitslosenziffer steigt und die Unterstützungsmittel nicht reichen, die Leistungen senken. Man darf darauf gespannt sein, ob auch die Notverordnung derartige für die Zukunft gefährliche Dinge enthält. Für die Saisonarbeiter fordert die Kommission, die Anwartschaftszeit von 26 auf 30 Wochen zu verlängern, die Höchstbezugsdauer von 26 auf 20 Wochen zu kürzen und die Unterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung zu senken. Das bedeutet eine Schlechterstellung der Saisonarbeiter ganz allgemein über die Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit hinaus. Die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter sollen grundsätzlich aus der Unterstützung herausgenommen werden. Eine weitere Senkung der Leistungen in der Krisenfürsorge befürwortet die Kommission nicht.

Die Kommission hatte, als sie den Abschluß ihrer Arbeit betrachtete, anscheinend kein gutes Gewissen; denn sie versichert, sie habe durch ihre beiden früheren Teilgutachten bereits mit aller Deutlichkeit gezeigt, „daß sie nicht gewillt sei, die Massenarbeitslosigkeit als ein unabwendbares Schicksal anzusehen, dem wir ohnmächtig gegenüberstehen". Was sollen derartige Trost-Phrasen in einem Augenblick, wo die Sanierung des Arbeitslosenschutzes fast nur zu Lasten der Arbeitslosen und ihrer Leidensgefährten im Betrieb zu lösen versucht wird?

Wohlfahrtserwerbslose streiken

In Aachen sind etwa 1600 Wohlfahrtserwerbslose, die von der Stadtverwaltung aus der Wohlfahrtsfürsorge herausgenommen und in Tiefbauarbeiten auf städtischem Gelände beschäftigt wurden, in Streik getreten, weil die Stadt ihren Stundenlohn von 83 auf 74 gekürzt hat, gemäß dem Tarif für Tiefbauarbeiter. Die Drohung der Stadtverwaltung, die der Arbeit fernbleibenden Wohlfahrtsarbeiter würden fristlos entlassen und auch später keine Unterstützung mehr erhalten, hat bis jetzt nichts gefruchtet. Infolgedessen werden keine Gelder an sie ausbezahlt.

Arbeitskammerneuwahlen für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets

Für die am 9. Juli 1931 stattfindenden Arbeitskammerneuwahlen sind die wahlberechtigten Arbeiter und Angestellten des Ruhrbergbaus durch Wahlausschreiben aufgefordert worden, dem Wahlkommissar bis einschließlich 1. Juni 1931 Vorschlagslisten einzureichen. Von den eingereichten Vorschlagslisten sind vom Wahlkommissar die nachfolgend aufgeführten als gültig anerkannt und für die Neuwahl zugelassen worden. Die Veröffentlichung der zugelassenen Vorschlagslisten erfolgt in den Ausgaben der Regierungsblätter in Düsseldorf, Münster und Arnsberg.

Die ebenfalls eingereichte Vorschlagsliste Nr. 4 unter dem Kennwort: Nationale Sozialisten" ist vom Wahlkommissar als ungültig erklärt und für die Neuwahl nicht zugelassen worden, weil sie nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Arbeitergruppe:

Liste 1: Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands,
Liste 2: Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands,
Liste 3: „Der deutsche Arbeiter", Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands,
Liste 5: Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands.

Angestelltengruppe:

Liste 1: Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund),
Liste 2: Reichsverband deutscher Bergbauangestellter, Fachgruppe Bergbau im Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaft,
Liste 3: Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) und Verband kaufmännischer Grubenbeamten (V. k. G.) e. V., Kennwort: „Arbeitsgemeinschaft G. d. A. und V. k. G.",
Liste 4: Arbeitsgemeinschaft der Bergbauangestellten.

Tagung der Reichssteuerbeamten

Vom 31. Mai bis zum 3. Juni d. J. hielt der Bund Deutscher Reichssteuerbeamten seinen 9. Bundestag ab. Die bemerkenswerte Tagung wurde eingeleitet durch eine öffentliche Kundgebung. In ihr überbrachte als Vertreter des RFM. Ministerialdirektor Dr. Jarden die Grüße des Chefs seiner Verwaltung und konnte dabei die erfreuliche Mitteilung machen, daß demnächst ein alter Wunsch der Finanzbeamten in Erfüllung gehen werde, in dem endlich Ernst gemacht werde mit der Verwirklichung von Beamtenvertretungen. Ferner wurde in Aussicht gestellt, daß bei den in Kürze zu erwartenden Maßnahmen zu weiterer Verwaltungsvereinfachung die Verantwortung der Steuertechniker durch Erweiterung der Zeichnungsbefugnis erhöht werden soll.

Bemerkenswert waren die Ausführungen, die der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Lehrer Flügel, anläßlich seiner Begrüßungsansprache machte. Ausführlich schilderte er die Not unseres Volkes. Das Loch in den öffentlichen Finanzen müsse ausgefüllt werden und dazu sei auch der deutsche Beamte bereit. Aber es geht nicht an, die Beamtenschaft einseitig zu belasten, sondern es sei eine allgemeine Kraftanstrengung aller derjenigen nötig, die heute überhaupt noch über Einkommen verfügen. Durch die einseitige Sonderbelastung der Beamtenschaft besteht die große Gefahr, daß der Staat diejenigen Menschen, auf die er sich am meisten verlassen muß, in eine Staatsverdrossenheit und in einen unfruchtbaren Radikalismus hineintreibt. Am 1. Juni sei er mit den Vertretern der Beamtenschaft beim Reichskanzler, und er werde an diesen nochmals einen dringenden Appell, nicht so sehr im Interesse der Beamtenschaft als vielmehr im allgemeinen Staatsinteresse, richten. Verhalle auch dieser Appell wider Erwarten ungehört, so falle die Verantwortung restlos auf das Haupt des Kanzlers.

Darauf legte der erste Bundesvorsitzende, Steueramtmann Potzel (Berlin), den Geschäftsbericht vor, wobei er einige grundsätzliche Bemerkungen machte. Er wies auf die Königsberger Tagung des Bundes deutscher Reichssteuerbeamten im Jahre 1929 hin. Schon damals habe man die bevorstehende Krise erkannt und aus dieser Erkenntnis habe man den Begriff der Beamtenpolitik dahin definiert, daß es nötig sei, die Frage nüchtern zu erwägen, ob Wünschenswertes und Gewolltes auch wirklich mit dem Staatsinteresse zu vereinbaren ist. Der Staat sei nicht um des Beamten willen da, sondern der Beamte für den Staat. Würde man unterlassen, die Standesarbeit diesem Grundsatz entsprechend einzustellen, so würden die Steuerbeamten zu jenen Interessentenhaufen herabsinken, von denen kürzlich der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gesprochen. Bei der Arbeit des Bundes dürfte nicht verpannt werden, daß das Defizit der öffentlichen Finanzen eine Dauererscheinung geworden sei. Im übrigen zeige ja gerade seine Berufsarbeit dem Steuerbeamten, wie Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft oft genug bis an die Grenzen der Existenzmöglichkeit darniederliegen. Unmöglich sei daher das Defizit allein von der Einnahmeseite aus zu beheben. Der Steuerbeamte habe durchaus Verständnis dafür, daß an allen Ecken gespart werde, aber er halte sich auch für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß Sparsamkeit nicht Sache des Reiches allein sein dürfe. Die Gemeinden gäben die Hälfte der öffentlichen Ausgaben aus. Darum werde gerade bei ihnen Sparsamkeit doppelt notwendig sein. Das gleiche gilt natürlich auch für alle übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Niemand könne und dürfe sich heute noch der Notwendigkeit sparsamster Wirtschaft entziehen. Die Beamten machen dabei keine Ausnahme. Der Redner bezeichnete es dabei als unzuträglich für die Interessen der Beamtenschaft, wenn ständig, und zwar auch bei solchen politischen Maßnahmen, die nicht grundsätzliche Bedeutung haben, auf die sog. „wohlerworbenen Rechte" gepocht werde. Aber die Beamtenschaft müsse fordern, daß sie nicht alleiniger Lastenträger sei und namentlich, daß ihre Opfer nicht zu einem wirtschaftlichen Widersinn würden. Nur im Rahmen der Allgemeinheit sei die Beamtenschaft zu opfern bereit.

Im Anschluß daran gelangte folgende

Entschließung

zur einstimigen Annahme:

Die Reichssteuerbeamten als Träger der wichtigsten Reichshoheitsverwaltung, gleich wichtig für Reich, Länder und Gemeinden, lehnen mit der gesamten deutschen Beamtenschaft jede weitere Sonderbelastung der Beamten als wirtschaftlich und staatspolitisch verfehlt sowie als ungerecht ab. Die Not der Nation fordert gebieterisch von allen Volksschichten Opfer, die verfassungsmäßig nach der Leistungsfähigkeit bemessen werden müssen. Wir fordern Sparsamkeit in allen Teilen der öffentlichen Verwaltung, wie sie bereits beim Reich geübt wird. Nur sozial gerecht bemessene steuerliche Opfer, denen sich die deutschen Beamten nie entzogen haben, an denen aber alle Kreise des Volkes in williger Hingabe an den Staatsgedanken ehrlich teilnehmen müssen, können darüber hinaus für die nächste Zeit die Not des Staats lindern. Ohne Neuregelung der Reparationsfrage sind jedoch die Finanznot, die Not der deutschen Wirtschaft und die Weltwirtschaftskrise nicht zu überwinden. Jede neue Sondermaßnahme gegen die Beamten muß zu einer staatsgefährdenden Entfremdung der Beamtenschaft, einer der stärksten Stützen des Staates, führen. Vor dieser Gefahr warnen wir die Reichsregierung eindringlichst in letzter Stunde.

Den Schluß des ersten Verhandlungstages bildete ein außerordentlich bedeutsames Referat, das der Präsident des Reichsfinanzhofes Prof. Dr. Dorn (München) über „Die Stellung des Steuerbeamten zum Staat und Wirtschaft" hielt. Der Referent knüpfte an das Wort eines bekannten Nationalökonomen an, wonach es unser Schicksal sei, daß die Welt einer allgemeinen Verbeamtung verfalle. Das Wort sei leider vielfach mißverstanden worden. Was wir um uns emporwachsen sehen, habe mit der Beamtenschaft im üblichen Sinne gar nichts zu tun. Nie und nimmer dürfe der Beamte Vertreter irgendeiner Interessengruppe sein, sein Dienst habe vielmehr immer die Gesamtheit des Volkes zum Gegenstand. Habe so die Beamtenschaft im allgemeinen schon ihre Sonderstellung, so ist die Stellung des Finanzbeamten noch von ganz besonderer Eigenart. Die Erfahrung früherer Zeiten hat gelehrt, wie wichtig es für die Entwicklung des bürgerlichen und wirtschaftlichen Lebens ist, daß die Allgemeinheit Vertrauen in die gerechte Anwendung der Steuergesetze bekommt. Der § 204 der Abgabenordnung schreibe doch vor, daß der veranlagende Steuerbeamte die Erklärungen eines Zensiten zu dessen Gunsten auszuwerten habe. Das sei natürlich nur möglich, wenn der Steuerbeamte vom Geist absoluter Objektivität durchdrungen sei, der sich unabhängig auch gegenüber den Einflüssen der politischen Verwaltung erweise. Darum müssen auch der Staat und die den Staat tragende Wirtschaft erkennen, wie notwendig es sei, daß uns die Männer erhalten bleiben, die bisher erfolgreich Träger dieser Sachlichkeit gewesen sind.

Gelesene Nummern werfe man nicht achtlos fort, sondern lasse sie uns noch Fernstehenden zukommen!

Erfolge der Ruhrgas-Fernversorgung

Gaspreisermäßigung nicht nur für Industrie und Gewerbe, sondern auch für die Kleinstverbraucher.

Die Bedeutung der Ferngasversorgung vom Ruhrgebiet aus, die in der Ruhrgas-AG. konzentriert ist, liegt vor allem auf dem Gebiete der Preispolitik. Schon bei der regierungsseitig gewünschten Preissenkungsaktion lenkte man auch die Aufmerksamkeit auf die Herabsetzung der Preise für Gas, Wasser und Strom. Ein krasses Beispiel in der Frage der Gaspreisermäßigung gibt die Stadt Siegen, die vor einigen Monaten durch eine Leitung von insgesamt rund 120 Klm. an die Gasfernversorgung vom Ruhrgebiet aus angeschlossen worden ist. In Auswirkung dieser Maßnahme wurde seitens der städtischen Verwaltung die Gastarifpolitik der Stadt einer umfassenden Neuorientierung unterzogen. Bei kritischer Bewertung des Ausmaßes und der grundsätzlichen kommunalwirtschaftlichen Bedeutung dieser Tarifänderung muß man die stark industrielle Struktur der Stadt Siegen im Auge behalten. Auch Siegen kann in der jetzigen Wirtschaftkatastrophe zweifellos nur solche Maßnahmen treffen, die der durch fortwährend steigende Wohlfahrtslasten verursachten Anspannung der Kommunalfinanzen Rechnung tragen. Die großzügige Ermäßigung der einzelnen Tarifpositionen, die die Siegener städtischen Körperschaften vorgenommen haben, schließt bewußt vor allem auch die Kleinstverbraucher in Haushalt und Gewerbe in die Vergünstigungen mit ein und zielt darauf hin, die gesamte Bürgerschaft unmittelbar in den Genuß der Vorteile zu setzen, die der Ferngasbezug der Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht gebracht. Während z. B. nach dem alten Tarif ein Haushalt erst bei einem Monatsverbrauch von ungefähr 200 cbm einen Durchschnittspreis von 19,5 Pf. pro cbm erreichte beträgt der Preis nach dem neuen Tarif schon bei einem Verbrauch von 150 cbm im Durchschnitt nur noch 12,7 Pf. Praktisch geht diese Tarifermäßigung aber noch viel weiter, da dem Verbraucher auf dei gesamten Sätze unter bestimmten Voraussetzungen noch dazu ein Rabatt bis zu 30 Prozent zusteht. Eine weitere Vergünstigung machte die Städtische Verwaltung erst kürzlich bekannt, insofern das für Raumheizungszwecke im Haushalt verbrauchte Gas mit 5,6 Pf. pro cbm berechnet wird. Hieraus ergibt sich also, daß die Stadt Siegen zu einer für die gesamte Bürgerschaft vorteilhaften radikalen Neuorientierung ihrer Gaswirtschaft sich entschließen konnte, nachdem sie durch den Ferngasbezug an Stelle der bisherigen Eigenerzeugung die hierfür erforderliche stabile Kalkulationsbasis gefunden hatte. Durch sehr weitgehenden Verzicht auf den vorher als unentbehrlich betrachteten absatzhemmenden Finanzzuschlag wurden die Gaspreise stark herabgesetzt. Die durch diese Verbilligung zu erwartende Umsatzsteigerung wird den Ausfall des Uebergewinnes am Einzelkubikmeter wahrscheinlich sehr schnell ausgleichen. Die Stadt Siegen konnte das tun, weil die stabilen Gaseinkaufspreise in Verbindung mit der Möglichkeit, praktisch jede Menge Gas jederzeit ohne Kapitalaufwand zur Verfügung zu haben, ihr jetzt erlaubt, den Gewinn bei bescheidenem Nutzen am Einzelkubikmeter in der Umsatzsteigerung zu suchen. Bei der sehr interessanten Frage, ob das Siegener Beispiel nach und nach auch bei den anderen Großstädten Schule machen wird, darf übrigens die Rolle der Elektrizitätswerke als Schrittmacher auf dem Gebiete der gastarifpolitischen Entwicklung nicht außer acht gelassen werden. Es ist bekannt, daß die Kraftwerke ihren planmäßigen Vorstoß in das dem Gas gehörige Arbeitsfeld der Haushaltswärme mit einer sehr beträchtlichen Tarifsenkung eingeleitet haben. Dadurch ist das natürliche Wertverhältnis beider Energieformen zueinander zur Zeit stark zuungunsten des an sich wirtschaftlicheren Gases verschoben worden. Wenn die Gaswerke ihre alte Kundschaft behalten wollen, sind sie zu entsprechenden einschneidenden Tarifänderungen gezwungen.

Die im Gasgeschäft der Städte üblichen Finanzzuschläge sind angesichts der Kampftarife der Kraftwerke untragbar. Die Abwanderung der Haushaltungen zur Elektrizität würde die städtische Gaswirtschaft unrentabel machen. Vom Verbraucherstandpunkt aus kann man den Kraftwerken für ihr Vorgehen nur dankbar sein; zwingen sie doch die Städte, das auch aus anderen kommunalpolitischen wie auch moralischen Gründen höchst anfechtbare System der „Finanzzuschläge" in den Gastarifen aufzugeben und das Gas zu Preisen anzubieten, die, wie im Siegener Fall, wesentlich unter den bisher allgemein üblichen liegen. Die Wiederherstellung des natürlichen Wertverhältnisses zwischen Gas und Strom ist das einzige, dafür aber auch zuverlässig wirksame Mittel, die Gaswerke gegen den Einbruch der Elektrizität in ihre Arbeitsgebiete zu sichern. Im Anfang kann natürlich für den Stadtsäckel der Ausfall der Finanzzuschläge schmerzhaft fühlbar werden; sehr bald wird sich aber erweisen, daß die Verbilligung des Gases diesem nicht nur eine wesentliche Absatzsteigerung in seinen bisherigen Domänen, in Küche und Kleingewerbe, einträgt, sondern darüber hinaus in der Raumheizung und Versorgung von Großgewerbe und Industrie umfangreiche neue Tätigkeitsfelder erschließt. Dieser Mehrabsatz wird nach durchaus vorsichtigen Berechnungen den anfänglichen Verdienstausfall unzweifelhaft schnell ausgleichen und auf die Dauer Einnahmen bringen, die bei den heutigen, allgemein noch erhöhten Gastarifen überhaupt niemals erreicht werden können. Man kann voraussagen, daß der durch das Vorgehen der Elektrizität ausgelöste, von den Stadtverwaltungen heute peinlich empfundene Zwang zur Gastarifsenkung sich in der endgültigen Entscheidung des Wettkampfes zwischen Gas und Elektrizität zugunsten der Gaswirtschaft auswirken wird. Sicher ist, das kann jetzt schon gesagt werden, daß die Kommunen über kurz oder lang dem Siegener Beispiel folgen müssen, wenn sie aus der Gaswirtschaft weiter Einnahmen erzielen wollen. Ob das in Siegen beschlossene Ausmaß der Verbilligung des Gaspreises schon genügt, wird sich zeigen; vielmehr kann in Zukunft noch mit einer weiteren Herabsetzung gerechnet werden.

Das Lied vom „kleinen Funktionär"

Man sollt das Lied von Mund zu Mund
mit Stolz und Ehrfurcht tragen,
das Lied vom „kleinen Funktionär"
in schicksalsschweren Tagen!

Denn: wie er kämpft, wie er sich schlägt,
bedrängt von allen Seiten,
das muß uns unvergeßlich sein
für alle, alle Zeiten!

Er steht im Werk, er steht im Tag,
er steht im rauhen Leben
von Haß und Hohn und Hinterlist
wie nie zuvor umgeben.

Er ist ein Mensch, ein Mensch wie du,
mit Wünschen und Beschwerden —
und doch — wie kann er selbstlos sein,
den Sieg nicht zu gefährden!

Wie oft, wie oft entsagt er still
dem, was wir wichtig schätzen,
um ungehemmt die ganze Kraft
im Kampfe einzusetzen!

Der beste Dank ist: Gleiches tun
wie er, in gleicher Treue,
ist: unermüdlich sein wie er,
zu jeder Stund' aufs neue!

Man sollt das Lied von Mund zu Mund
mit Stolz und Ehrfurcht tragen,
das Lied vom „kleinen Funktionär"
in schicksalsschweren Tagen!

Tutt, ein Wirker.

Das getaufte „Juddekind"

Wie die „Deutschkirche" berichtet, wurde in einer Gemeinde einem jungen Pfleger, dessen Frau bis zur Ehe bei einem Juden im Dienst gestanden hatte, kurz nach der Hochzeit ein Kind von auffallend jüdischem Aussehen geboren. Der Ehemann wollte es taufen lassen, der Pfarrer jedoch redete ihm zu, es in einem jüdischen Familienheim unterzubringen. Darauf ging der Ehemann anfänglich ein, bald darauf jedoch zog er seine Einwilligung zurück und verlangte erneut die Taufe, nachdem er angeblich von dem Juden eine entsprechende Geldsumme erhalten hatte.

Der Pfarrer unterbreitete den Fall seiner kirchlichen Behörde und begründete die Verweigerung der Taufe mit dem Hinweis, daß das Kind bei der dortigen Gemeinde, der der Sachverhalt bekannt sei, doch als „Juddekind" gelten und durch diese Bezeichnung später sicherlich „seelisch leiden" werde. Die Behörde entschied, daß „die Universalität des Heilswillens Gottes keine Einschränkung durch rassehygienische Erwägungen dulde" und ordnete die Taufe an, die dann auch durch einen Kollegen des Ortspfarrers vollzogen wurde.

Ein Glück, daß der rassenbewußte Ortspfarrer nicht an der Stelle Johannes des Täufers am Jordan stand; er hätte sonst dem „Juddekind" Christus bestimmt die Taufe verweigert. Und dann gäbe es keine christlichen Kirchen, die ihren Pfarrern gute Gehälter bezahlen.

Ein Nachschlagewerk über das rhein.-westf. Industriegebiet

Zum ersten Male ist jetzt der Versuch unternommen worden, in einem geschlossenen Werk die gewaltige Bedeutung des Industriegebietes zu erfassen, und zwar sowohl in wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Hinsicht, als auch hinsichtlich der kulturellen Bedeutung, der sozialen Bedeutung und der Verwaltungsfragen. Bei der Durchsicht dieses Werkes, das Dr. Johannes Ricking zum Verfasser hat, stößt man auf eine Menge Zahlen, die schon einzeln von großem Interesse sind, die aber in ihrer Gesamtheit die ungeheure Bedeutung des Industriegebietes in jeder Hinsicht wiedergeben. So ist z. B. gesagt, daß in unserer Heimat 902 Einwohner auf ein Quadratkilometer kommen, d. i. das Siebenfache der Bevölkerungsdichte in Deutschland überhaupt. Die Bevölkerungsdichte in der Zone zwischen Ruhr und Emscher beträgt sogar 2410 pro Quadratkilometer und in dem am dichtesten besiedelten Stadtteil, d. i. Hamborn, sogar 4840 pro Quadratkilometer. Interessant ist auch das Schlußkapitel über die geschichtliche Entwicklung des Ruhrgebiets. Das Kapitel besagt, daß die schädigenden Auswirkungen der Ruhrbesatzung in den Jahren 1923 bis 1925 für die deutsche Volkswirtschaft auf rund 4,5 Milliarden Mark zu schätzen sind, abgesehen von dem durch die Ruhrbesatzung hervorgerufenen unermeßlichen Schaden der Geldentwertung.

Im Abschnitt 3 werden die wichtigsten Wirtschaftszweige, der Bergbau, die Eisenindustrie, die Energiewirtschaft, sowie Handwerk und Handel in ihrer Bedeutung gewürdigt. Anschließend werden die größten Wirtschaftskörper, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, der Verein für die bergbaulichen Interessen, der Roheisenverband, der Stahlwerksverband, die Friedrich-Krupp-A.-G. und die Vereinigten Stahlwerke in ihrem geschichtlichen Werdegang, in ihrem organisatorischen Aufbau und in ihrer Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben dargestellt.

In dem Abschnitt über Verkehrsfragen wird die interessante Feststellung gemacht, daß vom deutschen Güterverkehr auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet rund ein Drittel entfällt, und zwar 150 Millionen Tonnen jährlich. Vom deutschen Eisenbahnverkehr entfallen mit 90 Millionen Tonnen rund ein Fünftel auf das Industriegebiet und auf die deutsche Binnenschiffahrt mit 60 Millionen Tonnen rund 75 Prozent.

Geradezu erschütternd ist die Feststellung, die in dem Kapitel über Siedlungsfragen getroffen wird. Sie besagt nämlich, daß 8,18 Prozent Gesamthaushaltungen im Ruhrgebiet keine eigene Wohnung haben. Die Ueberweisungen aus dem staatlichen Unterstützungsfonds bleiben gegenüber den anderen Bezirken zurück. Sie betragen pro Kopf der Bevölkerung hier im Ruhrgebiet nur 2,47 Mark. Das sind 25 Prozent weniger als im preußischen Durchschnitt.

In dem Abschnitt, der sich mit den kulturellen Einrichtungen im Ruhrgebiet befaßt, ist festgestellt, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein sehr reges Lese- und Bildungsbedürfnis besteht. Die zahlreichen Büchereien werden hier viel mehr benutzt als in irgend einem anderen Gebiet.

Schließlich sei noch erwähnt, daß dem Werk drei Karten beigegeben sind über die Verteilung der wichtigsten Industrien im Ruhrgebiet, über die geographische Entwicklung des Kohlenfelderbesitzes und über die kommunale Neugliederung vom Juli 1929.

Ihren Bedarf an allen vorkommenden
DRUCKSACHEN
decken alle Sport- und geselligen Vereine nur in der gut eingerichteten
ARBEITER-DRUCKEREI

Turnen, Spiel und Sport

Und wieder leichtathletische Olympia-Ausscheidungen

Die leichtathletischen Prüfungen für das zweite Arbeiter-Olympia in Wien haben ihren Fortgang genommen.

Nordbayern.

Ueber 200 männliche und weibliche Wettbewerber maßen im Nürnberger Stadion ihre Kräfte um den Nachweis zu erbringen, daß sie die Fähigkeit haben, in die olympischen Leichtathletik-Vertretung Deutschlands eingereiht zu werden. An beachtenswerten Ergebnissen wurden erzielt: 100 Mtr. Becker, Nürnberg-Südost, 11,1 Sek., im Vorlauf 11 Sek.; 400 Mtr. Huper, Nürnberg-Süd, 53,6 Sek.; Olympia-Stafette Nürnberg-Süd 3 Min. 56,4 Sek.; Dreisprung Scharf, Fr. T. Nüurnberg, 12,95 Mte.; Diskuswerfen Stern, Nürnberg-Süd, 35,81 Mtr.; Hammerwerfen Küfüer, Straßenbahn Nürnberg, 36,57 Mtr.; Schleuderball Weber, Schonungen, 52,60 Mtr. Bei den Sportlerinnen gewann Frau Stiebitz, Nürnberg-Süd, die 200 Mtr. in 28,2 Sek. und den Dreikampf mit 231,63 Punkten. 100 Mtr. Reiß, Fr. T. Nüurnberg, 13 Sek.; 4 mal 100 Mtr. Fr. Turnerschaft Nürnberg.

Nordmark.

In Hamburg beteiligten sich trotz wolkenbruchartigen Regen, der die Laufbahnen teilweise unter Wasser setzte, 100 Wettkämpfer. Aus der Fülle der Ergebnisse verdienen hervorgehoben zu werden: 100 Mtr. Hügel, Eimsbüttel, 11,6 Sek.; 200 Mtr. Hansen, Hamburg 93, 24,1 Sek.; 800 Mtr. Dideon, ASC., 2,03,6 Sek.; 5000 Mtr. Goldap, Hamburg 93, 16.14,7 Min.; 10 000 Mtr. Goldap, Hamburg 93, 33 Min. 49,1 Sek.; 4 mal 100 Mtr. ASC. Hamburg 46,2 Sek.;10 mal 100 Mtr. ASC. Hamburg 1 Min. 49 Sek.; 400 Mtr. Hürden Funk, Hamburg 93, 1 Min. 2,4 Sek.; Stabhochsprung Paegelow und Marzel, Hamburg, 3 Mtr.; Diskus, bestarmig Hoffmann, ASC. Hamburg, 36,98 Mtr.; Kugel, 7¼ Kg., Deppisch, ASC., 12,06 Mtr.; Fünfkampf, Morzel, Wandsbeck, 322,81 Punkte; Zehnkampf Paegelow, Hamburg, 696,68 Punkte. Ergebnisse der Frauen: 100 Mtr. Beusch, ASC., 13,2 Sek.; 200 Mtr. Beusch, ASC., 28,8 Sek.; 4 mal 100 Mtr. ASC. 55,7 Sek.; 10 mal 100 Mtr. ASC. 1 Min. 29,3 Sek.; Kleine Olympia-Stafette ASC., 56,8 Sek.; Hochspringen Kihl, ASC., 1,40 Mtr.; Kugel Klupp, Hamburg 93, 8,46 Mtr.; Dreikampf Schwarze, ASC., 251,14 Punkte.

Südbayern.

In Dachau wurden die Wettkämpfe reibungslos abgewickelt. 100 Wettkämpfer nahmen daran teil. Die wichtigsten Ergbnisse sind: 100 Mtr. Franke, München-Ost, 11,4 Sek.; 200 Mtr. Karl, München-Ost, 23,8 Sek.; 400 Mtr. Ludwig, München-Ost, 54,3 Sek.; 800 Mtr. Ostertag, Fr. T. München, 2 Min. 05,7 Sek.; 110 Mtr. Hürden Schulur, München-Ost, 16,7 Sek.; Stabhochsprung Haaber, Fr. T. München, 3,05 Mtr.; Weitsprung Straßer, Dachau, 6,69 Mtr.; Diskus, bestarmig Hifinger, Augsburg, 35,50 Mtr.; Schleuderball Hifinger, Augsburg, 50,90 Meter; Kugel, 7¼ Kg., Angler, Fr. T. München, 12,03 Mtr. Ergebnisse der Frauen: 100 Mtr. Gögel, Fr.T. München, 13 Sek.; 200 Mtr. Gögel, München, 27,8 Sek.; Dreikampf Gögel, München, 229 Punkte.

Baden — Pfalz.

250 der besten Leichtathleten traten in Mannheim zu den Wettkämpfen an. Bei gutem Wetter wurden die Wettkämpfe reibungslos abgewickelt. 1000 Zuschauer. Die wichtigsten Ergebnisse: 100 Mtr. Hartmann, Friesenheim, 11,3 Sek.; 200 Mtr. Hartmann, Friesenheim, 23,4 Sek.; 4 mal 100 Mtr. Neckarau 46,3 Sek.; 10 mal 100 Mtr. Neckarau 1 Min. 56 Sek.; Weitsprung Drell, Friesenheim, 6,22 Mtr.; Diskus, bestarmig Dreßle, Sandhofen, 35,37 Mtr.; Schleuderball Küttner, Raindornheim, 53,83 Mtr.; Kugel, 7¼ Kg., Drapp, Viernheim, 12,25 Mtr.; Fünfkampf Sißtor, Sandhofen, 336,44 Punkte; Zehnkampf Nist, Friedrichsfeld, 681,22 Punkte. Ergebnisse der Frauen: 100 Mtr. Jugendheimer, Friesenheim, 13,5 Sek.; Weitsprung Kehrt, Ludwigshafen 4,95 Mtr.; Diskus Kehrt, Ludwigshafen, 27,78 Mtr.; Kugel Kehrt. Ludwigshafen, 8,64 Mtr.; Schleuderball Kehrt, Ludwigshafen, 37,96 Mtr.; Fünfkampf Deutler, Ludwigshafen, 236,20 Punkte.

Turnen

Olympische Geräteturner-Ausscheidungen.

Nordbayern.

Die Vorprobe der Geräteturner des Kreises Nordbayern im Arbeiter-Turn- und Sportbund für die olympischen Bundesausscheidungen am 14. Juni in Gera brachte ausgezeichnete Leistungen. Die Spitze hielten im Siebenkampf Hennig, Fr. T. Coburg, mit 238 Punkten und Ullamann, Nürnberg-Süd, mit 235 Punkten. Im Sechskampf der Turnerinnen wurden Hallupp, Nürnberg-Süd, mit 219 Punkten die beste, gefolgt von Würflein vom T. u. Sp. Fürth, mit 205 Punkten. Turnerinnen-Neunkampf: Messingschlager, Nürnberg-Südost, 252,09 P., Simader, Südost, 204,51 Punkte.

Baden — Pfalz.

In Mannheim erzielten im Sechskampf für Frauen Spiller, Ludwigshafen, und Kern, Mannheim, ju 207 Punkte. Im Siebenkampf für Männer siegte Fischer, Mannheim, mit 252 Punkten.

Arbeitersportler! Wienfahrer!

WIEN

und seine Umgebung

Ein Handbuch für Fremde und Einheimische

Aus dem Inhalt: Verkehrswesen / Rundgänge durch Wien Das Land um Wien / Ausflüge im Anschluß an Bahn, Straßenbahn und Autobus / Besuchsordnung der Sehenswürdigkeiten / Kunstdruckbeilagen

Großer Orientierungsplan / Preis nur 1.20 M.

Bestellungen sofort erbeten an W. Bischoff oder an die

Buchhandlung Volksblatt

Bochum, Kortumstraße 42

Fußball

Schlesien gegen Lausitz.

Das Spiel endete mit einem 6:1-Sieg für Schlesien. 2000 Zuschauer erlebten einen Kampf, in welchem Schlesien verdient gewann, da die Lausitzer Stürmer an Ueberkombination litten und die sichersten Sachen ausließen.

Bezirksspiele in Sachsen.

Burgstädt-Limbach (13. Bezirk) gegen Riesa (11. Bezirk) 6:1. Zwickau (6. Bezirk) gegen Mittweida (5. Bezirk) 2:1.

Wienfahrer Bochums!

Das Fahrgeld ist ab Dienstag beim Wirt Franz Wilde, Alleestraße 128, einzuzahlen. Letzter Termin ist Sonntag, den 14. Juni. Allen Teilnehmern, die länger in Wien bleiben wollen, ist Gelegenheit dazu gegeben. Am 1. August werden Sonderzüge oder Gesellschaftsfahrten für die Rückreise eingelegt. Ich bitte, dieses bei der Zahlung des Fahrpreises anzugeben oder sofort dem Unterzeichneten mitzuteilen.

W. Bischoff, Bochum, Ferdinandstraße 16.

12. Fußballbezirk

Nachschau vom Sonntag, dem 7. Juni.

Barop 96 — Bochum 29. 0:2 abgebr. Mit zwei Mannschaften weilten die 29er bei einer Werbewoche in Barop. Die zweite Mannschaft konnte nach überlegenem Spiel 4:1 gewinnen. Nach zwei Handballspielen traten die ersten Mannschafetn an. Barop hat Anstoß. Der Ball wird abgefangen und 29 drängt sofort. In der 5. Minute bekam der Halbrechte eine Vorlage, die der Torwart passieren lassen mußte. Nach weiterem Spiel konnte Bochum das zweite Tor treten. 10 Minuten vor der Halbzeit brach der Schiedsrichter das Spiel wegen Regens ab. Es wäre ein schönes Werbespiel geworden.

Werbung für die Freie Sportvereinigung Bochum

Am Samstag, dem 13. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Bochum, Ecke Rott- und Viktoriastraße, eine Werbeversammlung für den Arbeitersport statt. Die Mitglieder des Vereins aus der Stadtmitte und dem Stadtteil Ehrenfeld werden ersucht, diesen Samstagabend für die Versammlung zu reservieren und zur Versammlung zu erscheinen. Freunde und Bekannte, die der Sportvereinigung beitreten wollen, sind herzlichst willkommen. Der technische Leiter des rheinisch-westfälischen Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund Heinrich Kettler (Dortmund) spricht über „Arbeitersport und bürgerlicher Sport".

Vereinsmitteilungen

der Arbeiter-Turn- und Sportvereine

Freie Sportvereinigung Wattenscheid 1911, Abt. Fußball. Dienstag, den 9. Juni, nachmittags 4 Uhr: Wichtige Vorstandssitzung beim Genossen Paul Bolte, Hansastraße 1. Sämtliche Funktionäre müssen erscheinen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Witten. Wir bitten alle Zuverlässigkeitsfahrer vom 12. Gau, die am 21. Juni an unserer Zuverlässigkeitsfahrt teilnehmen wollen, sich so schnell wie möglich bei unserem Genossen Theo Jenau, Sprockhöveler Straße 11, zu melden. Da wir eine Startliste herausgeben, bitten wir, daß sich alle namentlich melden. Die Reigenfahrer und Radballspieler vom 4. Bezirk bitten wir, daß sie sich am 20. Juni zeitig einfinden.

Spielgesuch.

Freie Sportvereinigung Wattenscheid 1911. Abt. Fußball. Wir suchen für unsere 3. Mannschaft für Sonntag und später Spiele nach auswärts und auf eigenem Platz. Abt. Handball. Desgleichen auch für unsere Handballmannschaft und für unsere Turnerinnen. Angebote sind zu richten an Paul Bolte, Hansastraße 1, oder telephonisch in der Spielersitzung Mittwoch von 8 bis 10 Uhr unter Nr. 24666.

Sportverein 19 Bommern, Abt. Fußball, sucht für Sonntag, den 14. Juni, ein Spiel auf eigenem Platz für die 1. und 2. Mannschaft. Angebote sind zu richten an den Spielleiter Kaspar Niepmann jun., Witten-Bommern, Auf dem Brenschen Nr. 25. Telephon 2723 Amt Witten.

Arbeitersportler! Tragt Bundesabzeichen!

Partei-Nachrichten

für den Unterbezirk sind beim Sekretariat in Bochum Viktoriastraße 46 einzureichen. — Telefon 685 30

Distrikt Alt-Bochum. Parteigenossinnen und Genossen! Wir machen schon jetzt auf die am 13. Juni, abends 7.30 Uhr, im Lokale Spezhardt, Herner Straße, stattfindende Versammlung des Distrikts Alt-Bochum aufmerksam. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Reichsparteitages. Ferner bitten wir die Filialleiter um die Angaben der im Distrikt Alt-Bochum befindlichen Jubilare der Partei und ganz dringend um die Angaben der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger in den einzelnen Ortsgruppen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen und am Eingang vorzuzeigen. Ohne dieselben kein Eintritt.

Bochum-Weitmar 3. Mittwoch, den 10. Juni, abends 7.30 Uhr, in der Wohnung des Genossen Comes, Schwindtstraße 6: Vorstandssitzung.

Arbeiter-Wohlfahrt

Bochum-Laer. Mittwoch, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, in der Wohnung der Genossin Schlang: Wichtige Besprechung des Ortsgruppenvorstandes der Arbeiter-Wohlfahrt. Anschließend Handarbeitsstunde.

Wattenscheid. Die Frauen der Partei und der Arbeiter-Wohlfahrt machen Donnerstag, den 11. Juni, bei günstigem Wetter einen Ausflug nach Kupferdreh ins Asbachtal. Abfahrt von W.-Höntrop 9.33 Uhr. Treffpunkt 8 Uhr bei Braukämper. Es wird erwartet, daß alle Frauen sich daran beteiligen.

Arbeiter SAJ-Jugend

SAJ. Bochum-Stadt. Dienstag, den 9. Juni, 20 Uhr, in der Schule an der Hermannshöhe: Besprechung des Referats, das Genosse Ollenhauer auf dem Parteitag in Leipzig gehalten hat. Da es scheint interessant zu werden, erwarten wir das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen. — **SAJ. Bochum-Weitmar 1.** Heute abend 8 Uhr: Monatsversammlung im Heim. Erscheinen unbedingt erforderlich. — **SAJ. Bochum-Nord, Hamme.** Heute abend 8 Uhr findet in der Haldenschule ein Lichtbildervortrag des Genossen Hussong über Namedy und Frankfurt statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Parteigenossen und Gewerkschaftler sind hierzu eingeladen. — **SAJ. Bochum-Harpen.** Heute abend proben wir einige neue Lieder. Liederbücher sind mitzubringen. — **Z. d. A. Jugend Bochum.** Heute abend in der Schule an der Trankgasse: Allgemeine Jugendversammlung und Besprechung über den Reichsjugendtag in Lübeck. Alle Jugendmitglieder, vor allem die Lübeckfahrer, müssen erscheinen, da sehr wichige Fragen besprochen werden. — **Kreisjugendpflege.** Der nächste Abend findet nicht am Dienstag, sondern Donnerstag, den 11. Juni, statt. Er ist Agnes von Wiegel und Börries von Münchhausen gewidmet.

SAJ. Stadtverband Wanne-Eickel. Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr: Musikprobe der Musikgruppe in der Stadthalle. Mit dem Erscheinen aller, auch derjenigen, die bis jetzt noch nicht mitgespielt haben, wird gerechnet. Genossinnen und Genossen, seid pünktlich, da große Arbeiten zu erledigen sind. — **SAJ. Wanne.** Morgen, Mittwoch, Brettspielabend in der Luisenschule. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Weiter wird daran erinnert, daß die Beiträge zu zahlen sind. — **SAJ. Eickel.** Heute, Dienstag: Aussprachеabend im Holsterhaus. Erscheinen aller ist Pflicht.

SAJ. Herne Stadtverband. An alle Gruppen! Die Abrechnung für die internationalen Marken muß unbedingt sofort in der Zentrale erfolgen. Letzter Termin Donnerstag. — **SAJ. Herne-Ost.** Wir kommen Mittwoch um 7.30 Uhr bei Jäger zusammen, um die letzten Vorbereitungen für den Familienausflug unserer Parteifiliale zu treffen. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. — **SAJ. Herne-Altenhöfen.** Heute abend 7.30 Uhr kommen wir in unserem Jugendheim an der Wischerstraße zu unserer Monatsversammlung zusammen. Da wir auch unseren Monatsplan aufstellen, muß jedes Mitglied erscheinen. — **SAJ. Herne-West.** Heute abend 7.30 Uhr kommen wir im Volkshaus zu einem Heiteren Abend zusammen. Da es besonders schön wird, muß jeder noch Freunde und Bekannte mitbringen. — **SAJ. Herne-Horsthausen.** Mittwoch abend 7.30 Uhr kommen wir in unserm Jugendheim Ludwigstraße zusammen. Genosse Robert Brauner liest aus proletarischen Dichtungen. Kommt alle und bringt noch Freunde mit. — **SAJ. Herne-Baukau.** Heute abend hält der Genosse Hentrich einen Vortrag: „Was wir wollen". Sorgt für zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Jungfalken Herne Stadtmitte. Mittwoch nachmittag haben wir im Volkshaus unsere Monatsversammlung. Anschließend machen wir Zirkus. Alle, die mitmachen wollen, kommen am Dienstag nachmittag 4 Uhr zur Zentrale. — **Rote Falken Herne Stadtmitte.** Wir kommen Mittwoch nachmittag um 5,30 Uhr zum Heimabend.

Rote Falken Eickel. Heute nachmittag findet unsere Monatsversammlung statt. Notizbuch und Bleistift sind mitzubringen. Vergeßt eure Liederbücher und Beiträge nicht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsgruppe Bochum, Abt. Schufo. Wir treffen uns heute abend 8 Uhr bei Kepper. Es sind noch einige notwendige Arbeiten zu erledigen. Seid zur Stelle.

Ortsgruppe Witten. Abt. Schufo. Heute abend 19.30 Uhr: Antreten zur Ausbildung in Körperschulung an der Ardeyschule. Bei ungünstiger Witterung theoretischer Unterricht im Lokale des Kameraden Vogel, Ardeystraße. — Abt. Jungba. Mittwoch, den 10. Juni, um 19 Uhr, an bekannter Stelle: Fortsetzung im Belehrungsunterricht durch die Jungbannerführer. — Für alle Abteilungen. Freitag, den 12. Juni. um 19,30 Uhr: Pflichtabend im Lokale des Kameraden Grünschläger. U. a. Berichterstattung der Radfahrer- und Schutzsportabteilungen von den Teilnehmern am vergangenen Sonntag in Dülmen, Haltern und Horst-Emscher. Außerdem Fortsetzung im Gesangunterricht. Am Samstag, dem 13. Juni, um 18.45 Uhr: Antreten am Vereinslokal zum Ausmarsch. Am selben abend, um 20.30 Uhr, findet im Lokale des Kameraden Grünschläger eine Bezirks-Funktionärsitzung statt. Daran nehmen sämtliche Vorstandsmitglieder, Kameradschafts- und Zugführer teil.

Ortsgruppe Langendreer, Abt. Spielleute. Sämtliche Kameraden müssen heute abend um 19 Uhr im Volkshaus zur Uebungsstunde erscheinen.

ARBEITER-SÄNGER-BEWEGUNG

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Kreis Bochum, 6. Bezirk. Sontag, den 14. Juni, nachmittags 3.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Bezirkskonferenz. Tagesordnung: 1. Unsere Gauversammlung. 2. Allgemeines. Um rege Teilnahme wird gebeten. —

Freie Sängervereinigung Wanne-Eickel, Stadtteil Röhlinghausen. Es sei nochmals auf die heute abend um 7 Uhr im Volkshaus stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung hingewiesen. An die Versammlung schließt sich ein geselliges Beisammensein an. Für gute Unterhaltung ist bestens gesorgt. Eine Verlosung wird die Stimmung besonders erhöhen. Für jedes Mitglied muß es Selbstverständlichkeit sein, sich zu beteiligen. Darüber hinaus sind aber auch alle früheren Sängerinnen und Sänger sowie Freunde des Arbeitergesanges herzlichst eingeladen.

Stadt Witten

Provokateure am Werk?

Ein Mahnruf der KPD.-Bezirksleitung Ruhrgebiet

In letzter Zeit wird in allen Städten des Industriegebiets eine erhöhte Aktivität der Kommunisten beobachtet. Wiederholt ist es schon zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Zuletzt noch in Wanne, wo Unschuldige bluten mußten für die Schuld der politischen Hintermänner. In Bochum ist es zu Unruhen bisher nicht gekommen, jedoch machen sich auch hier Anzeichen einer verstärkten Tätigkeit gewisser Leute bemerkbar. Gestern ist es in der Stadt mehrfach zu Ansammlungen gekommen, die darauf schließen lassen, daß etwas im Anzuge ist. Am Moltkeplatz wurde schon morgens früh eine Demonstrationsbildung durch die Polizei verhindert. In der Stadt schwirrten allerlei Gerüchte umher. Von einer Besetzung des Rathauses war die Rede und anderes mehr. Richtig ist daran soviel, daß die Polizei eine erhöhte Aufmerksamkeit an den Tag legt und mit verstärktem Dienst arbeitet.

Im Zusammenhang hiermit ist ein im „Ruhrecho" veröffentlichter Mahnruf der Bezirksleitung der KPD. Ruhrbezirk bemerkenswert, worin vor „unsauberen Elementen" gewarnt wird, die **„die Kampfbereitschaft der Massen für ihre schmutzigen Zwecke und zu Provokationen ausnutzen, um so Material zum Vorgehen gegen die Kommunistische Partei zu schaffen."**

Weiterhin heißt es in dem Mahnruf, daß vielerorts berichtet werde, dunkle Elemente hätten sich an Parteigenossen herangemacht, um sie zu Waffenkäufen aus privaten oder staatlichen Beständen mittels Organisationsgeldern zu überreden. Auch durch Organisierung verschiedener Aktionen, wie Plünderungen, angeblich im Parteiauftrag, hätten diese Elemente versucht, im Trüben zu fischen. Deshalb ersucht die Bezirksleitung alle Funktionäre und Parteimitglieder, auf solche unsauberen Elemente zu achten, von jedem solch gearteten Fall schriftlich Bericht zu erstatten und die Personalien der Lockspitzel festzustellen.

Der Schritt der Bezirksleitung gegen „unsaubere Elemente", die durch Plünderungen und andere Heldentaten das Ansehen der Arbeiterbewegung ganz ungeheuer schädigen, ist sehr lobenswert und muß anerkannt werden. Viel mehr aber würde die Bezirksleitung der KPD. Ruhrbezirk dazu beitragen, solche Aktionen zu verhindern, wenn sie endlich ihre unerhörte hetzerische Sprache einstellen würde, wodurch erst die rechte Stimmung zu solchen „Kampftagen" geschaffen wird, wie sie in den letzten Wochen leider im Ruhrgebiet zu verzeichnen waren. Es dürfte auch den Kommunisten nicht unbekannt sein, daß sich in bewegten Zeiten Provokateure und andere Elemente immer wieder bemühen, die Konjunktur für sich persönlich auszunutzen, und wenn schon solchen Elementen keine Gelegenheit geboten werden soll, sich „revolutionär" zu betätigen, dann muß man schon selbst darauf verzichten, die dazu erforderliche Atmosphäre zu schaffen. Wenn zu der Erkenntnis von dem arbeiterschädigenden Einfluß der unsauberen Elemente auch noch die Einsicht hinzukäme, daß nicht putschistische Leitartikel und Reden, sondern nur der disziplinierte Kampf der organisierten Massen eine Aufwärtsentwicklung sichert, würden „Provokateure" und „Achtgroschenjungen" keine Gelegenheit mehr haben, ihr unsauberes Handwerk zu betreiben.

Abgeseimte Schwindler

In letzter Zeit sind viele Personen auf einen Schwindler hereingefallen, der von Berlin, Hannover, Hamburg und anderen Orten aus Rundschreiben versandte des Inhalts, daß der Adressat in einem Preisrätselausschreiben eine Standuhr, in anderen Fällen einen Radioapparat oder einen Musikapparat gewonnen habe, und daß es nur noch der Einsendung von Verpackungs- und Versandspesen bedürfe, um in den Besitz des gewonnenen Gegenstandes zu kommen. Die verlangten Beträge schwanken zwischen 15 und 20 Mk. Die Anschreiben werden wahllos versandt, auch an Personen, die überhaupt nicht an einem Preisrätselausschreiben teilgenommen haben. Viele senden den geforderten Betrag für Verpackungs- und Versandkosten ein, um daraufhin entweder eine Standuhr aus Papiermaché oder die Mitteilung zu erhalten, daß zum Musikapparat Platten und zum Radioapparat Röhren gehören, für die soundsoviel nachgesandt werden soll. In zahlreichen Fällen haben die „glücklichen" Gewinner eines Preises weder den gewonnenen Gegenstand zu sehen noch ihr für Verpackung und Versandspesen gesandtes Geld zurückbekommen. Erfolgt in Wirklichkeit die Zusendung des „„Gewinnes", dann müssen die Empfänger bald einsehen, daß sie einen ziemlich wertlosen und unbrauchbaren Gegenstand erhalten haben. In den Prospekten wird versichert, daß Nichtkonvenierendes zurückgenommen und das Geld zurückbezahlt wird. Das ist genau so Bluff wie der Gegenstand selber. Der „Firma" fällt es nicht ein, das einbezahlte Geld zurückzusenden. Reklamierende erhalten überhaupt keine Antwort mehr.

Da die meisten Geschädigten von einer Strafanzeige absehen, konnte der Schwindler sein Handwerk lange treiben. Wenn durch Anzeigen die Kriminalpolizei eines dieser „Versand-Geschäfte" aufhebt, wird in einer anderen Gegend ein neues eingerichtet.

Wie festgestellt wurde, sind in letzter Zeit die „Uhren" von der Firma Rowa GmbH., die „Radioapparate" von der Euphongesellschaft, die „Musikapparate" von der Deutschen Musikgemeinschaft angeboten worden. In allen Fällen steckte ein und dieselbe Person dahinter, und es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der Schwindel — nachdem die obigen Firmen geschlossen sind — unter einem anderen tönenden Namen neu aufgezogen wird.

Die Oeffentlichkeit wird dringend auf diesen Preisrätselschwindel aufmerksam gemacht. In allen verdächtigen Fällen ist anzuraten, Erkundigung bei der zuständigen Polizeibehörde einzuziehen. Alle Geschädigten sollten bei der Polizei ihres Wohnortes Strafanzeige erstatten, damit den Schwindlern „das Handwerk" gründlich gelegt werden kann.

Einbruch. In der Nacht zum 7. Juni wurde ein Einbruch in eine an der Hörder Straße belegene Bäckerei verübt und dabei Schmalz, Margarine, Kuchen, Brote und Rosinen im Werte von zusammen 45 Mk. gestohlen.

Mieterschaft und soziales Mietrecht

Die Reichsorganisation der Mieter, Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, hielt am 30. und 31. Mai in Berlin eine Bundesausschuß-Sitzung ab. Im Vordergrund der Beratungen stand ein vom Bunde einzureichender Gesetzentwurf für ein „Soziales Mietrecht", der bereits von besonderen Juristenkonferenzen überprüft worden ist. Im Hinblick auf die Preußenwahlen wurde ausführlich die gesamte wohnungspolitische Lage erörtert, wie sie durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 geschaffen worden ist. Gleichzeitig fanden Besprechungen mit sämtlichen Spitzengewerkschaften statt.

Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in nachstehender Entschließung:

„Die nachteiligen Folgen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 werden mit jedem Tage fühlbarer. Eine wesentliche Verschärfung des Wohnungsnotstandes ist bereits eingetreten. Infolge der übertriebenen Lockerung des Mieterschutzes mehren sich die Räumungsklagen und Räumungsurteile bei den Gerichten, ohne daß es weder den Wohnungsämtern möglich ist, die große Schar der zur Räumung ihrer Wohnungen verurteilten Mieter anderweitig unterzubringen, noch diesen selbst gelingt, durch eigene Bemühungen eine andere Wohnung zu finden. Die Schwierigkeit der Lage wächst durch die Lohn- und Gehaltsabbaupolitik der Reichsregierung, wodurch mehr und mehr Mieter außerstande sind, ihre Wohnungsmieten weiterhin pünktlich zu entrichten. Die ungeheuer große Zahl der langfristig Erwerbslosen gerät in steigendem Umfange mit der Miete in Rückstand. Die Preisabbauaktion der Reichsregierung hat zu der angekündigten fühlbaren Erleichterung der Lebenslage der breiten Volksschichten nicht geführt; sie ist zu einer bitteren Enttäuschung des Volkes geworden, besonders auch deshalb, weil die Reichsregierung nichts unternommen hat, um die Mieten mit den gesunkenen Einkommen in Uebereinstimmung zu bringen. Mieten und Einkommen befinden sich derzeit in einem unerträglichen Mißverhältnis zueinander.

Die jetzige Wohnungspolitik der Reichsregierung muß die Mieterschaft auf das schärfste verurteilen. Die Reichsregierung hat die Lockerung des Mieterschutzes ohne Rücksicht auf die Folgen betrieben, obgleich diese Folgen doch zwangsläufig eintreten mußten.

Auf der anderen Seite deckt der Wohnungsneubau infolge der von der Reichsregierung angeordneten jähen Abdrosselung nicht mehr den laufenden Bedarf. Fast völliger Stillstand des Baugewerbes und eine verhängnisvolle Beschäftigungslosigkeit der Bauarbeiter sind die weiteren Folgen dieser verfehlten Maßnahmen.

Der Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, bekämpft deshalb die Maßnahmen der Reichsregierung auf das entschiedenste. Er fordert:

Beschleunigte Herabsetzung der Mieten,

Schaffung eines sozialen Mietrechtes, für das er Vorschläge aufs neue unterbreitet hat,

wesentliche Verstärkung des Wohnungsbaues und Regelung der Neubaumieten unter Berücksichtigung des derzeitigen Einkommens der breiten Volksschichten.

Italien — gestrichen. Während des Breslauer Stahlhelmtages sprach der Stahlhelmführer Düsterberg über den Vertrag von Versailles und seine Folgen für Europa. Pathetisch rief er aus: „In Litauen und Polen, in der Tschechoslowakei, in Italien, Frankreich, Belgien und Dänemark schmachten deutsche Minderheiten unter fremder Willkür." So sollte er ursprünglich ausrufen und der noch vor der Rede vorbereitete Text seiner Rede für die Presse enthielt auch diesen Satz einschließlich Italiens. In der Rede aber ließ Düsterberg das Wort Italien weg und in dem für die Presse bestimmten Abdruck wurde das Wort Italien säuberlich von der Stahlhelmpressestelle mit Bleistift ausgestrichen! Der Verrat der deutschen Nationalisten am deutschen Südtirol ist hier wieder einmal bestätigt worden: der Respekt vor Mussolini und dem Faschismus — der auch Geld für die deutschen Faschisten hergibt — ist stärker als der stumme Schrei der gepeinigten Südtiroler Deutschen!

Die alten Leute nehmen zu. Der Altersaufbau des deutschen Volkes mit seiner Besonderheit, der zu starken Besetzung der Schichten mittleren Alters, hat notwendig zur Folge, daß mit fortschreitender Zeit diese Schichten in das höhere Lebensalter einrücken und die Altersversicherung mehr und mehr belasten. Ein Vergleich der Invalidenrenten der letzten Jahre zeigt dies deutlich. Der Zugang an Rentenempfängern betrug 1927 245 592, im Jahre 1929 dagegen 269 303. Dabei hatte sich der Zugang aus den Altersklassen der 20—50 jährigen nicht wesentlich geändert, während die Zahl der Zugänge aus den Altersklassen der 50—70 jährigen sich um 25 832 vermehrte.

Oeffentliche Bergarbeiterversammlung. Die Zahlstellen des Bergbauindustriearbeiterverbandes Witten, Heven, Wengern und Bommern laden sämtliche aktiven sowie erwerbslosen Bergarbeiter und Invaliden zu der am 14. Juni, vormittags um 10 Uhr, bei Schwittay in Bommern stattfindenden öffentlichen Bergarbeiterversammlung ein. In dieser spricht der Kamerad Otter (Bochum) über „Lohnfrage und Sozialversicherung". Bergarbeiter, erscheint in Massen in der Versammlung, um zu demonstrieren gegen die schamlose Handlungsweise der Unternehmer, die euer karges Einkommen noch schmälern wollen. Zutritt haben nur aktive und erwerbslose Bergarbeiter sowie Berginvaliden.

Diebstahl. In der Nacht zum 7. Juni wurde einem hiesigen Kaufmann, der in einem Varietee in Damengesellschaft gezecht hatte, eine Doublé-Herrenuuhr mit goldener Kette gestohlen.

Schlägerei. Am 6. Juni, gegen 21,30 Uhr, entstand in der Vorbach eine Schlägerei, bei der einer der Beteiligten eine Kopfverletzung davongetragen hat.

Volksbund für Geistesfreiheit, Ortsgruppe Witten. Am Donnerstag, dem 11. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Oberdorfschule, Zimmer 14, unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht über die Bundestagung in Leipzig. Gesinnungsfreunde, die sich der Kulturbewegung oder der Feuerbestattungskasse Witten anschließen wollen, sind eingeladen. Der Familienbeitrag des Vereins beträgt 40 Pf., der Feuerbestattungsbeitrag 25 Pf.

Stadtteil Stockum

Jubelfest der Arbeiterturner

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein Stockum konnte am Samstag und Sonntag auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatte der Vorstand am Samstagabend im Lokale Engel eine besondere Feier veranstaltet, der eine politische Kundgebung des Stadtverbandes der SPD. für die heranwachsende Jugend auf dem Vorplatz der großen Turnhalle voraufging. Diese Kundgebung wurde gegen 7.30 Uhr von den Arbeitersängern von Annen und Stockum mit dem wuchtigen Uthmannschen Chor „Empor zum Licht" eingeleitet. Nach einer kurzen Einleitung des Vorsitzenden, Genossen Lutter, über die Bedeutung des Tages und der Kundgebung hielt dann der Landtagsabgeordnete Genosse Otter (Bochum) die Begrüßungsansprache. Genosse Otter hielt eingangs einen geschichtlichen Rückblick über die Arbeiterturnbewegung und betonte, daß gerade die Sozialdemokratische Partei dieser Bewegung die größte Aufmerksamkeit gewidmet habe. Auch wir wissen: wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Wollen wir den Sozialismus, dann brauchen wir immer neue junge Kräfte. Der Parteitag in Leipzig war Beweis genug, daß die SPD. nicht überaltert ist. Wir mustern heute organisatorisch eine viel größere Zahl Jugendlicher wie alle anderen Parteien in Deutschland zusammen. Scharfe Worte fand Genosse Otter für das unverantwortliche Treiben der Wirtschaftsführer der Schwerindustrie, die fast willkürlich 3 Millionen junge Kräfte von der Arbeit und vom Verdienst abhalten und dadurch der politischen sowie der wirtschaftlichen Anarchie mit Hilfe der Nazibanden Vorschub leisten. Das grenze mehr an Landesverrat und der politische Staat müsse bald entscheidende Maßnahmen treffen, wenn nicht alles vor die Hunde gehen solle. Notverordnungen, die nur die Kaufkraft von 40 Millionen Konsumenten täglich noch mehr schwächen, seien die untauglichsten Mittel. Die SPD. habe nun bald mit Brüning Fraktur zu reden. Brünings Politik sei zurzeit nur noch eine verkappte schwarze Diktatur, die alsbald beseitigt werden müsse. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Redners. Nach einem feurigen Schlußwort des Vorsitzenden und einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie formierte sich ein stattlicher Zug, und mit flotter Marschmusik des Reichsbanners und der Arbeiterjugend gings zum Vereinslokal Engel. Bei der Saalveranstaltung wechselten in bunter Reihenfolge Konzertvorträge, Sprechchöre, turnerische Darbietungen und Tanz. Stadtverordneter Genosse Möhle hielt in seiner Ansprache noch einmal Rückblick auf die zurückliegenden 25 Kampfjahre und gedachte gleichzeitig in herzlichen Worten der noch lebenden Gründer. Genosse Möhle konnte als Gründer und 1. Vorsitzender des Vereins über harte Kämpfe mit den früheren Machthabern, insbesondere mit dem Amtmann und Major a. D. Schüler (Langendreer) berichten. Die alten Machthaber sind längst dahin, die Arbeiterturnbewegung bildet heute das bedeutendste Bollwerk gegen fanatische Machtgelüste und wird bald in Wien die Welt in Staunen versetzen. — Am Sonntag wurden dann den ganzen Tag über auf den Spielplätzen im herrlichen Dorneywald Spiele aller Art ausgetragen, die glänzende Resultate zeitigten. Das Jubelfest nahm einen glänzenden Verlauf und hat seine Wirkung nach außen hin nicht verfehlt.

Stadtteil Annen

Arbeiterwohlfahrt Annen. Mittwoch, den 10. Juni: Familienausflug nach Brüninghausen. Treffpunkt 1.15 Uhr am Bahnhof Süd.

Sonderzug zur „Soester Fehde 1931"

Sonntagsrückfahrkarten am Freitag.

Die Reichsbahndirektion Essen teilt mit, daß aus Anlaß des historischen Festes der Soester Fehde, das vom 11. bis 13. Juni in Soest stattfindet und dessen Höhepunkt die friedliche Erstürmung der Stadt Soest durch die Pankgrafen am Freitag, 12. Juni, ist, an diesem Tage ein Sonderzug 2. und 3. Klasse in folgendem Plane von Essen Hbf. nach Soest und zurück verkehrt. Soweit bei den Fahrkartenausgaben Sonntagskarten nach Soest aufliegen, ist zur Reiseerleichterung ausnahmsweise die Lösung dieser Karten am 12. Juni gestattet; die Rückreise muß an diesem Tage spätestens um 24 Uhr angetreten werden.

6.20	ab	Essen Hbf.	an	21.50
——	„	Kray-Süd	„	21.42
6.33	„	Wattenscheid	„	21.35
6.42	„	Bochum Hbf.	„	21.27
6.53	„	B.-Langendreer	„	21.06
7.00	„	Lütgendortmund	„	——
7.06	„	Dortm.-Dorstfeld	„	——
7.13	„	Dortmund-Süd	„	20.48
7.21	„	Dortmund-Brakel	„	20.40
7.36	„	Unna-Königsborn	„	20.27
7.59	„	Welver	„	20.04
8.11	an	Soest	ab	19.52

Wetterbericht

Die Tiefdruckfurche, die sich gestern von dem Atlantikwirbel über England und Norddeutschland nach Polen erstreckte, konnte infolge der über Nordeuropa liegenden Kaltluftmassen arktischen Ursprungs ihre Lage nicht verändern. In ihr haben sich einige kleine Kerne entwickelt. Die wärmere, feuchte Ozeanluft, die auf ihrer Südseite ost- und nordostwärts in das Festland einströmt, bringt im Kampfe mit der auf der Nordseite liegenden Kaltluft ein breites Schlechtwettergebiet von England bis nach Polen. Da über Skandinavien noch immer Kaltluft von Norden her nachströmt, wird sich das Schlechtwettergebiet nur sehr langsam nordwärts verschieben, so daß der Witterungscharakter über Norddeutschland allgemein recht unbeständig bleibt.

Vorhersage für Dienstag: Frische westliche Winde. Unbeständig, teils noch Regen oder Regenschauern, teils aufgeheitert mit Temperaturanstieg.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Fortschreitende Beruhigung der Wetterlage, aber noch einzelne Regenschauer. Etwas wärmer.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton, Lokales, Provinz und Sport: Wilhelm Kalweit; für Wirtschaft und Gewerkschaft: Philipp Sommerlad; für den Inseratenteil: Karl Simon, sämtlich in Bochum.
Druck und Verlag: E. Graf & Co., Bochum, Hermannshöhe 7.

Das Damenschirmchen auf dem Richtertisch

Um einen Regenschirm, einen kleinen, durchgemusterten, zwölfteiligen Schirm für junge Mädchen, drehte sich eine ganze Gerichtsverhandlung am Bochumer Schöffengericht. Daß dieses Schirmchen, schön sauber eingepackt und vom Staatsanwalt gut aufgehoben, jetzt auf den Richtertisch wandern mußte, daran war nur die Konkurrenz schuld. Konkurrenz ist gut und hebt das Geschäft, unlauterer Wettbewerk ist nicht gut und muß zu Ehren des Handels und zum Schutze der Käufer ausgerottet werden, aber daß um Bagatellen ein solcher Prozeß durchgeführt wird, dessen nicht ganz unbeträchtliche Kosten schließlich doch die Allgemeinheit zu tragen hat, ist — auch nicht gut. Mit diesem kleinen Schirmchen hat es folgende Bewandtnis: Etwa acht Tage vor Pfingsten 1930 ließ ein Bochumer Modegeschäft ein Inserat für einen Pfingstverkauf los, in dem unter anderm auch Schirme — alles prima Qualität — in den Preislagen von 3,90 bis 13,— Mk. angeboten wurden. Der Konkurrenz, eine andere Bochumer Firma, machte der ungewöhnlich niedrige Preis von 3,90 Mk. nicht geringe Sorgen. Sie vermutete, daß da irgend ein Haken hinter stecke und ging der Sache auf den Grund, aber in so ungeschickter Weise, daß auch ein Gutachter des Gerichts das Vorgehen dieser Konkurrenz ganz unverzeihlich fand. Nicht nur, daß sie erst drei Tage nach Pfingsten, wo der Verkauf eigentlich schon ein Ende hatte, darauf kam, solch einen billigen Schirm zu erstehen, sondern sie schickte ein erst 14jähriges Lehrmädchen, das knapp acht Tage in dem Geschäft war und auf deren Wahrnehmungen sich die Anklage stützen sollte, in das Geschäft, um den bewußten Parapluie zu kaufen. In dem Geschäft angekommen, forderte das junge Mädchen einen Schirm, den sie einem anderen jungen Mädchen schenken könnte und sagte schamhaft — nachdem ihr eine Reihe guter Schirme vorgelegt wurden — sie hätte aber nur 3,90 Mark bei sich. Nun ist es ja den Fachleuten eine bekannte Tatsache, daß nach der heutigen Mode die Schirmchen für die „jüngsten Damen" bunt sein müssen, je bunter, desto besser. Einen solchen bunten Schirm, gerade der „Letzte" am Lager, allerdings keine Markenware und mit einigen kleinen Schönheitsfehlern behaftet, wurde der Käuferin gezeigt und von ihr, die heilfroh war, sich ihrer Mission entledigt zu haben, sofort für 3.90 Mark gekauft. — Nach eingehender Besichtigung hatte die Konkurrenz sofort heraus, daß der Schirm alles andere als „Prima Qualität" war und demnach das billige Pfingstangebot eine Täuschung sein mußte. Es kam zur Anzeige. Aber wie das Erweiterte Schöffengericht am Montag feststellte, war diese völlig haltlos, denn das Indiz, das Schirmchen, stammte ja gar nicht aus dem Pfingstangebot. Die Schirme, die damit gemeint waren, waren alle einfarbig und wären alte Ladenhüter geworden, wenn sie nicht einige Monate später zu noch niedrigeren Preisen hätten verkauft werden können. Als auch damals die kleine „Spionin", die sich jetzt auf nichts Genaues mehr besinnen kann, einen „Schirm für junge Mädchen" verlangt hatte, war es für die Verkäuferin eine Selbstverständlichkeit, daß nur ein hübsch buntgemustertes Schirmchen in Frage kam. Obwohl der Staatsanwalt versuchte, mit aller Gewalt 100 Mark für die Staatskasse zu retten, mußte das Gericht den wegen unlauteren Wettbewerbs angeklagten Kaufmann freisprechen.

Zwei Monate Gefängnis für einen Kraftwagenführer. Eine Verkettung von unglücklichen Zusammenhängen hat am Montag den 43 Jahre alten Kraftwagenführer Willi Stief aus Bochum wegen fahrlässiger Tötung auf die Anklagebank des Erweiterten Bochumer Schöffengerichts gebracht. Er war in den Abendstunden des 23. Januar mit seinem Auto von Herne nach Bochum unterwegs, als er auf der Herner Straße in der Nähe der Vierhausstraße eine 54jährige Frau, die den Fahrdamm überqueren wollte, infolge des blendenden Lichtkegels des Autos stutzte und einen Schritt zurücktrat, gerade in dem Augenblick überfuhr, als er links an ihr vorbeiwollte. Die Frau wurde acht Meter weit unter dem Auto mitgeschleift, doch waren ihre Verletzungen nicht gar zu ernster Natur, wenn sich nicht im Laufe der Zeit eine Wundrose eingestellt hätte, die am 12. März den Tod der Frau zur Folge hatte. Das Gericht verurteilte den Kraftfahrer zu zwei Monaten Gefängnis, da er die Frau schon von weitem hätte sehen und rechtzeitig hätte bremsen müssen.

Bochum

Tod auf der Straße

Eine Ehefrau, die am Sonntag auf der Essener Straße den Wagen der Straßenbahn besteigen wollte, brach plötzlich zusammen und starb kurz darauf. Als Todesursache wurde Herzschlag festgestellt.

Vermißt wird seit dem 3. Juni der Kriegsbeschädigte Hermann Henschel, geboren am 27. Januar 1885 in Asseln, Kreis Dortmund, zuletzt wohnhaft in Bochum, Pilgrimstraße 38. Beschreibung: 1,70—1,75 Meter groß, kräftig, dunkelblondes Haar, kurzer Schnurrbart, bleiches volles Gesicht, blaue Augen, linkes Auge blind, trägt Hornbrille, linkes Bein kürzer, geht an zwei Stöcken. Bekleidung: grauer Hut, rötlicher Anzug mit Streifen, schwarze Fliege, schwarze orthopädische Schuhe. Sachdienliche Angaben über den Verbleib des Vermißten nehmen sämtliche Polizei- und Landjägereidienststellen entgegen.

Tödlicher Unfall

In der Nacht zum 6. Juni stürzte ein in der Unteren Heidestraße wohnender Invalide so unglücklich die Treppe herunter, daß er kurz darauf an einem Gehirnschlag verstarb. Ein Verschulden dritter Personen kommt nicht in Frage.

Verkehrsunfall

Am Sonntag, gegen 16 Uhr, fuhr ein Personenkraftwagen auf der Castroper Straße vor der Auffahrt zum Schützenhof gegen ein Eisengitter, wobei ein 5jähriger Knabe Quetschungen an beiden Beinen erlitt. Lebensgefahr besteht nicht. Die Schuldfrage ist ungeklärt.

Einbrüche

In der Nacht zum 6 Juni wurde einem Bewohner des Hauses Wasserstraße 412 durch Einbruch ein Schinken von etwa 12 Pfund gestohlen. — In der gleichen Nacht haben noch unbekannte Täter die am Planschbecken in Bochum-Grumme befindliche Erfrischungshalle erbrochen und Lebensmittel entwendet. — Aus einer in der Markstraße befindlichen Filiale eines Lebensmittelgeschäfts sind in der vorletzten Nacht durch Einbruch Tabakwaren entwendet worden. — Aus einer Wirtschaft in der Wohlfahrtstraße wurde in der Nacht zum 7. Juni ein Geschicklichkeitsautomat entwendet. Eine Person, die im Verdacht steht, den Einbruchsdiebstahl ausgeführt zu haben, wurde vorläufig festgenommen.

Langendreer

Diebstahl. Hier wurden aus einer in dem Hause An den Lothen 15 befindlichen Werkstatt folgende Gegenstände gestohlen: ein Lumophon-Radioapparat für drei Röhren von nußbrauner Farbe der Verschlußdeckel und die Röhren fehlen, ein Löwe-Radioapparat mit drei Röhren, Größe 13 mal 18 mal 6. Beide Apparate sind nicht gebrauchsfertig. Weiter wurde eine Werkzeugtasche (schwarze Aktentasche) mit Zangen, Schraubenziehern, einer Prüflampe und einem Messer mitgenommen.

Der Beitrag des Architekten zur Gestaltung des neuen Staates

Infolge des allgemeinen Interesses, das der Aufsatz über vorstehendes Thema in unserem Leserkreise gefunden hat, veröffentlichen wir noch den Schluß der Arbeit des Herrn Professors Dr. Hans Soeder (Kassel). Die Schriftleitung.

Mit dem Zwang zu sparsamster zentralisierter Verwaltung wird die Frage nach der günstigsten Form für die Verwaltungsgebäude des Staates besonders wichtig. Das Problem besteht in der günstigsten Verbindung vieler Arbeitsräume untereinander und der leichten Zuführung des Publikums an die Verhandlungsstellen.

Das Hochhaus entwickelt dafür einen Grundriß mit in jedem Stockwerk wiederkehrenden Raumeinheiten, so daß etwa alle Geschäftsräume und Sekretariate senkrecht übereinander angeordnet und an eine gemeinsame Expeditionsstelle mit Rohrpost angeschlossen werden. Die Zuführung des Publikums erfolgt im Baukern durch eine Aufzuggruppe, von der die Orientierung zu den verschiedenen Flügeln nach einem Zahlensystem leicht geordnet werden kann.

Im Flachbau mit beschränkter Stockwerkzahl, wie er neuerdings im Wettbewerk für ein zentrales Justizgebäude in Berlin von vielen Architekten grundsätzlich entwickelt worden ist, werden die Arbeitsräume in den für ihre Belichtung günstigsten Himmelsrichtungen in großen Blockeinheiten angeordnet, die durch einen zentralen Verbindungsgang verknüpft werden. Die gegenüber einem Hochhaus sich ergebenden großen horizontalen Entfernungen können durch horizontale, mechanisch bewegte Gehbänder verkürzt werden, so daß der Aufwand an Zeit und Kraft zur Verbindung der einzelnen Geschäftszentren nach Möglichkeit beschränkt wird.

Der preußische Staat hat bereits für notwendige Verwaltungsneubauten mit Erfolg auf dem Wege des Wettbewerbes die Anwendung solcher Grundsätze auf verschiedene Verwaltungszweige praktisch durchgeführt. Unter Verzicht auf äußerliche Repräsentation kommt der Wille der Gesamtheit in diesen Staatsbauten klar zum Ausdruck, die sich aus sorgfältige Ermittlung der Raumprogramme, der Ausbildung typischer Einheiten und der Unterstellung dieser Einheiten unter eine höhere Ordnung mit Berücksichtigung der Lebensbedürfnisse der hier Arbeitenden entwickeln.

Noch deutlicher zeigt sich der neue Weg bei Staatsgebäuden für Verwaltungszweige, deren Wirkungsgrad besonders von ihrem Fortschrittswillen abhängig ist. Besonders die Neubauten der Reichspost bringen das neue Verhältnis des Beamten zu seinem Dienst und zum Publikum und umgekehrt des Publikums zur Behörde deutlich zum Ausdruck. Die Oeffentlichkeit der Beamtenarbeit, die Klarheit in der Ordnung einzelner Arbeitsvorgänge und die Freiheit in der Beziehung zwischen Beamten und Publikum dokumentiert in durchaus erfreulicher Weise den Geist des neuen Staates.

Im gleichen Sinne kommt an den neueren Schulbauten eine größere Freiheit, Verantwortung und Klarheit im Verhältnis des Schülers zur Schule und des Lehrers dem Ganzen gegenüber klar zum Ausdruck. Das Beispiel der Klasseneinrichtung mit losen Tischen und Stühlen und der Möglichkeit, den Unterricht in einem Arbeitskreis statt vom Katheder aus zu leiten, scheint dafür typisch. Als ein besonderer Wert der neueren Schulbauten kann dabei die Erwartung angesehen werden, daß eine Umgebung von größerer Klarheit und Ordnung ihren Einfluß auf den in ihr Arbeitenden zwingend ausübt, so daß bei vielen das Bedürfnis entstehen wird, eine ähnlich gereinigte Atmosphäre auch in der eigenen Wohnung zu entwickeln.

Bei zahlreichen Beispielen neuerer Krankenhäuser hat der Staat mittelbar oder unmittelbar anerkannt, daß auch hier die Bedürfnisse des Einzelnen und das Interesse der Gesamtheit an der Erhaltung seiner Arbeitsfähigkeit und der Pflege seiner Leiden auf einer neuen Grundlage zu neuen Bauformen geführt haben.

Ebenso sind für den Sport eine Reihe von Neubauten bedeutungsvoll geworden, in denen unter Verzicht auf Repräsentation die gemeinsame Unterwerfung aller Beteiligten unter ein selbstgewähltes Ziel glücklich zum Ausdruck kommt.

Daß der neue Staat in seiner umstrittenen heutigen Form mindestens im Keime vorhanden ist, daß er nicht nur die hier gezeigte Entwicklung stillschweigend duldet, sondern an wichtigen Stellen nur in diesem Sinne zur Entscheidung sich gezwungen fühlt, geht besonders deutlich aus dem Wettbewerb zur Umgestaltung der neuen Wache in Berlin für ein Totenmal der Gefallenen hervor. Die Arbeiten der Architekten Mies van der Rohe und Professor Tessenow versuchen die Staatsgesinnung nicht in überlebten Symbolen, sondern in der Atmosphäre einer geistig gemeinten Raumordnung auszudrücken. Auch bei einem Wettbewerb des Staates Hamburg für ein Ehrenmal am Alsterbecken ist die Entscheidung unter den vielgestaltigsten Entwürfen auf ein Bauwerk der gleichen unbedingten Haltung des Architekten Claus Hoffmann gefallen. Ebenso sind im Wettbewerb für die Ausgestaltung des Platzes der Republik am Reichstagsgebäude in Berlin eine Reihe von Entwürfen entstanden, in denen der Verzicht auf historische Repräsentation, die Rücksichtnahme auf die Lebensbedürfnisse der Staatsdiener und die Unterwerfung ihrer Arbeit unter einen Gemeinschaftswillen mit Entschiedenheit zum Ausdruck kommt.

Der Reichspavillon auf der Weltausstellung in Barcelona von Mies van der Rohe, der als einziger unter den Pavillons so vieler Staaten der ganzen Erde den Willen zur Freiheit und zum Fortschritt eindeutig dokumentierte, ist ein Beweis dafür, daß wir an dieser Stelle noch am Anfang stehen. Den Grundriß dieses Gebäudes könnte man musikalisch gesprochen, die Fuge über ein noch unbekanntes Thema nennen, der Raum, in dem man sich in verschiedener Weise geführt bewegt, hat an keiner Stelle ein Ziel oder einen Ruhepunkt, als Gleichnis dafür, daß viele Inhalte im Staate noch unentwickelt sind und das Forderungen nach einer geistig weitergehenden Prägung von Bauideen erst dann erfüllt werden können, wenn das in der Zukunft verhüllte Gesicht des neuen Staates deutlicher erkennbar wird.

Gestäupte „Propheten"

Vernichtende Niederlage der Gewerkschaftszersplitterer bei der Ruhrknappschaft.

Das Strafgericht ließ nicht lange auf sich warten. — Belegschaftsversammlung von mehr als 700 Teilnehmern forderte nahezu einstimmig Rücktritt und Neuwahl der Betriebsvertretung.

Bei der Ruhrknappschaft in Bochum hatte sich vor etwa Jahresfrist unter dem Namen „Verband deutscher Knappschaftsbeamten" eine neue Splitterorganisation etabliert, die ihre Tätigkeit mit einer wüsten, persönlichen Hetze gegen die Führer des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten eröffnete. In allen Veröffentlichungen, die der neue „Beamtenverband" herausbrachte, wurde den Vertretern der bisherigen freigewerkschaftlichen Mehrheit des Angestelltenrates der ungeheuerliche Vorwurf gemacht, sie hätten die Angestellten belogen, seien Verräter an der Sache ihrer Kollegen, trieben Gesinnungslumperei, seien von wahnsinniger Angst um ihre Posten beseelt usw.

Wie in der politischen Nazibewegung, so zeigte sich auch hier, daß gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten, wo erkämpfte Rechte vielfach bedroht werden und sogar eine teilweise Rückwärtsentwicklung erfahren, falsche Propheten und neue Heilsprediger die beste Aussicht haben, Gläubige zu finden. Die maßlose Hetze des Verbandes deutscher Knappschaftsbeamten und die persönlichen Verunglimpfungen der freigewerkschaftlichen Angestelltenführer hatten zur Folge, daß es der neuen Splitterorganisation gelang, bei der Angestelltenratswahl im März d. Js. 4 Sitze zu erhalten. Die bisherigen Angestelltenratsmitglieder beschlossen, den Phrasenhelden nunmehr Gelegenheit zu geben, ihr eigenes Können zu zeigen. So wurden den Vertretern der neuen Richtung die Posten des 1. und 2. Vorsitzenden und des Schriftführers im Angestelltenrat übertragen.

In der kurzen Zeit von kaum zwei Monaten hat die neue Richtung im Angestelltenrat durch ihre nunmehr ganz offenkundig gewordene Unfähigkeit und ihre völlige Unkenntnis in den elementarsten gewerkschaftlichen und arbeitsrechtlichen Dingen so restlos abgewirtschaftet, daß ihre Anhängerschaft auf ein verschwindend kleines Grüppchen Unbelehrbarer zusammengeschrumpft ist.

Die Empörung in der Angestelltenschaft gegen die von Tag zu Tag sichtbarer werdende Unfähigkeit und Untätigkeit der neuen Männer wuchs immer mehr an. Sie glaubten, nunmehr dem Zorne ihrer enttäuschten Wähler dadurch entgehen zu können, daß sie die Verantwortung von sich auf die so viel geschmähten freigewerkschaftlichen Angestelltenratsmitglieder abzuschieben versuchten. Beschlüsse, die im Angestelltenrat einstimmig gefaßt waren, wurden einfach nicht durchgeführt. Ebenso glaubten die Vertreter der neuen Richtung, sich über einen Mehrheitsbeschluß des Angestelltenrates, in einer Belegschaftsversammlung Rechenschaft über ihr bisheriges Tun abzulegen, kurzerhand hinwegsetzen zu können.

Das schlug dem Faß den Boden aus. Der Betriebsrat, dessen Leitung nach wie vor in Händen bewährter freigewerkschaftlicher Funktionäre liegt, rief von sich aus

eine Belegschaftsversammlung

ein, um der Angestelltenschaft Gelegenheit zu geben, über das angestelltenfeindliche Treiben der Leute, denen ein Teil der Angestellten bei der Wahl Vertrauen entgegengebracht hatte, ihr Urteil zu fällen. Der große Saal der „Bürgergesellschaft" war am 5. Juni bis auf den letzten Platz, einschließlich der Tribünen, gefüllt. In sachlicher Weise, aber mit um so vernichtenderen Schärfe und Klarheit schilderte der Betriebsratsvorsitzende, Kollege Götsch, wie geradezu verantwortungslos das Verhalten der neuen Richtung im Angestelltenrat bisher gewesen sei. Zu den brennendsten Fragen der Arbeitsverhältnisse der Knappschaftsangestellten sei entweder überhaupt nicht Stellung genommen worden, oder die neuen Führer hätten sich auf die Arbeiten der früheren, unter freigewerkschaftlicher Führung stehenden Angestelltenvertretung berufen und deren Vorschläge zu den ihrigen gemacht. Wiederholt brach bei den Ausführungen des Kollegen Götsch stürmisch die Empörung der Knappschaftsangestellten darüber durch, mit welcher ungeheuren Leichtfertigkeit Personen, die in wüstester Weise gegen die freigewerkschaftlichen Funktionäre hetzten, um sich selbst an deren Stelle zu setzen, mit dem Schicksal von 1½ tausend Angestellten Schindluder getrieben haben. **Aus der Versammlung heraus wurde spontan die Forderung erhoben, daß der jetzige Angestelltenrat zurückzutreten habe und unverzüglich Neuwahlen auszuschreiben seien. Diese Forderung beschloß die von mehr als 700 Personen besuchte Versammlung gegen eine Minderheit von sage und schreibe 13 Stimmen.**

Vernichtender ist wohl noch niemals von einer Belegschaft ein Urteil über die Verantwortungslosigkeit und Anmaßung von Leuten gefällt worden, die andere verleumdeten, anderen Angst um ihre Posten vorwarfen, selbst aber von der eigenen Belegschaft wegen ihrer Unfähigkeit zum Teufel gejagt werden müssen.

Das kurze Intermezzo der zweimonatigen Angestelltenratstätigkeit dieser Jämmerlinge dürfte genügt haben, um den Knappschaftsangestellten zu zeigen, wie sehr sich diejenigen im Irrtum befanden, die bei der letzten Wahl den falschen Propheten Glauben schenkten. Die bevorstehende Neuwahl bietet Gelegenheit, die Irrtümer der letzten Wahl zu korrigieren. Der gesunde Sinn der übergroßen Mehrheit der Knappschaftsangestellten wird dafür Sorge tragen, daß den Zersplitterern und Gewerkschaftsfeinden des sogenannten Verbandes deutscher Knappschaftsbeamten ein für allemal das Handwerk gelegt wird und ihnen für die Zukunft alle Lust vergeht, sich mit leeren Köpfen und großem Mundwerk zu Führern der Knappschaftsangestellten aufschwingen zu wollen.



Jedem das Seine



Unternehmer-Knechte

Die Nazis charakterisieren sich selbst

Die Scharfmacherei des Langnamvereins wird in der nationalsozialistischen „Nationalzeitung" in Essen mit folgendem Wortlaut begrüßt:

„Zum ersten Male seit langen Jahren hat sich auf der Wirtschaftstagung in Düsseldorf ein Ansatz zu dem gezeigt, was der Nationalismus vom ersten Tage seiner Gründung an anstrebt."

Der Langnamverein fordert bekanntlich Abbau der Sozialpolitik und Abbau der Löhne, kurzum gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter. Die Nazis sind damit einverstanden; warum auch nicht. Wofür hat ihnen die Schwerindustrie erst vor kurzem eine halbe Million Mark gegeben.

Nazi-Terror in Hannover

Hannover, 8. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Naziterror in den Straßen von Hannover, besonders in der Altstadt, hat in den letzten Tagen unerträgliche Formen angenommen. Tag für Tag werden Reichsbannerleute von Nazihorden überfallen und niedergeschlagen. So überfielen 40 Nazis einen Reichsbannermann, der neun offene Wunden am Kopfe davontrug. An einer anderen Stelle fielen 30 bis 40 mit Knüppeln bewaffnete Nazis über einige Radfahrer her, die Reichsbannerabzeichen trugen. Vier Reichsbannerkameraden wurden ernsthaft verletzt.

In der Hannoverschen Arbeiterschaft ist infolge dieser systematischen Ueberfälle große Empörung und Erbitterung ausgebrochen. Die Polizei in Hannover scheint den Nazis gegenüber große Langmut an den Tag zu legen. Es wird von der Arbeiterbevölkerung ein energisches Vorgehen gegen die Rowdys gefordert.

*

Eine Horde von Nationalsozialisten, die auf Lastkraftwagen von dem sächsischen Gautag der Nazis in Dresden zurückkehrten, stürmten in der Dresdener Vorstadt Löbkau das kommunistische Standquartier im Restaurant Bürgergarten. Hierbei wurden vier Personen schwer und zahlreiche leicht verletzt. Als die Nationalsozialisten in das Lokal eingedrungen waren und die Menge auseinanderstob, wurde sie von den Rowdys mit Stühlen, Gläsern, Aschenbechern, Tassen und Tellern beworfen.

Reichsbanner-Aufmärsche

im südlichen Münsterland

Hitler-Banditen werfen aus dem Hinterhalt mit Steinen

Der vergangene Sonntag sah Aufmärsche des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Dülmen und Haltern, die als Aufklärungsexpeditionen gedacht waren. Mit 35 Lastwagen wurden etwa 1500 uniformierte Reichsbannerkameraden aus den Kreisen Gelsenkirchen und Recklinghausen transportiert.

Die Stadt Dülmen stand vollständig unter dem Eindruck des Reichsbanneraufmarsches. Straßen und Plätze faßten nicht die Menge der Zuschauer. Die ganze Bevölkerung der alten münsterländischen Stadt war auf den Beinen.

Vom Brunnen des Marktplatzes aus gab Kreisleiter Küster (Recklinghausen) Aufklärung über das Wesen der Reichsbannerorganisation, während Gausekretär Hau zu den politischen Dingen des Tages sprach. Umrahmt wurde die Massenkundgebung durch flotte Märsche des Gelsenkirchener Spielmannszuges. Mittags rollte dann die Autokarawane nach Haltern, der Stadt, die zu den politisch rückständigsten Ortschaften im Münsterland gezählt werden kann. Auch hier Massenaufmarsch mit Platzkundgebung. Hau stellte den nationalen deutschen Mann in Gegensatz zu den von der Großindustrie ausgehaltenen Mordbuben des Nationalismus. Während des Aufmarsches flegelten Natioten in ihrer bekannten Art. Die Zurückweisung der Beleidigungen auf der Stelle ging ohne viel Aufsehen vor sich. Beim Abfahren wurden dann einige Wagen aus dem Hinterhalt mit Steinen beworfen. Ein Gelsenkirchener Kamerad wurde leicht verletzt. Die feigen Wegelagerer konnten natürlich nicht gestellt werden.

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau

auf der Genfer Arbeitskonferenz

Genf, 8. Juni. (Drahtmeldung.) Die Internationale Arbeitskonferenz hat heute die allgemeine Aussprache über die Frage der Arbeitslosigkeit beendet. Am Dienstag wird der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, zusammenfassend auf die Debatte eingehend, denen seine Amtsführung auf dieser Tagung von englischer Seite ausgesetzt war, beschäftigen dürfte. Das Hauptinteresse der Konferenz konzentriert sich jetzt wieder auf die Frage der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken; die Beratungen der Kohlenkommission werden am Dienstag nachmittag wieder aufgenommen. Gegenstand der Kommissionberatungen ist jetzt die Braunkohlenfrage, über die in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen der einzelnen Gruppen und der Regierungsvertreter mit den Arbeitnehmervertretern stattgefunden haben. Die Meinungsverschiedenheiten gruppieren sich um den Antrag der deutschen Regierung, die ihre Zustimmung zu einem internationalen Abkommen in der Braunkohlenfrage davon abhängig gemacht hat, daß über den Vorschlag des Internationalen Arbeitsamtes hinaus eine gewisse Zahl von wirtschaftlichen Ueberstunden sowohl für den Braunkohlentiefbau als für den Tagebau zugelassen wird. Die Frage ist wichtig und entscheidend für das Schicksal der gesamten Kohlenkonvention. Heute vormittag standen die Verhandlungen zwischen den Gruppen so, daß mit einer Einigung gerechnet werden kann. Die Arbeitnehmergruppe scheint ihre bisherige unnachgiebige Haltung gegenüber dem Entwurf des Arbeitsamtes etwas eingeschränkt zu haben, vorausgesetzt, daß ihr bestimmte Sicherungen gegeben werden. Diese dürften insbesondere darin bestehen, daß in denjenigen Ländern, wo für die Arbeiter bessere Verhältnisse bezüglich der Ueberstunden vorliegen, keine Verschlechterung zuungunsten der Arbeiter eintreten darf. Auf dieser Grundlage werden bis Dienstag nachmittag die Verhandlungen weitergeführt, und es ist anzunehmen, daß vielleicht schon in der ersten Sitzung der Kohlenkommission eine Entscheidung über diese Grundfrage, von der das Schicksal der Konvention abhängt, fallen wird.

Der Kirchenvertrag vor dem Landtag

Berlin, 8. Juni.

Der Preußische Landtag trat am Montag nach längerer Pause zu einer Tagung zusammen, deren Hauptzweck die Verabschiedung des evangelischen Kirchenvertrages ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahmen die Kommunisten scharf gegen die neue Notverordnung Stellung, die nur durch die Unterstützung Preußens möglich sei. Sie verlangten die sofortige Beratung eines Mißtrauensantrages gegen das preußische Staatsministerium. Der sofortigen Beratung wurde aber aus dem Hause widersprochen. Zahlreiche Anträge über Unwetterschäden und die Siedlungsgesetze wurden ohne Aussprache der Ausschußberatung überwiesen. Der Landtag erledigte dann die erste Lesung des evangelischen Kirchenvertrages und des Pfarrbesoldungsgesetzes. Ein kommunistischer Antrag auf Herbeirufung des Ministerpräsidenten wurde unter stürmischen Lärmkundgebungen der Kommunisten gegen die Antragsteller abgelehnt.

Die Beratung des Kirchenvertrages leitete

Kultusminister Dr. Grimme

ein. Er wurde wiederholt durch lärmende Kundgebungen der Kommunisten unterbrochen. Der Minister erklärte, daß die völlige Trennung von Staat und Kirche wegen der finanziellen Mittel, die eine Ablösung erfordere, noch nicht erreichbar sei. So müsse wenigstens eine vertragliche Abgrenzung der beiden Machtbereiche vorgenommen werden. Es sei jetzt Sache des Landtages, zu prüfen, ob der Vertrag die staatlichen Interessen unzweideutig sichere. Am stärksten umstritten sei während der Verhandlungen die politische Klausel gewesen. Die Anerkennung der politischen Klausel durch die Kirchen stelle ein Politikum ersten Ranges dar, und sei zu werten als Ausdruck des kirchlichen Verantwortungsbewußtseins gegenüber der in der Verfassung bestimmten staatlichen Lebensform. Diese Anerkennung werde geeignet sein, die Ueberwindung des Mißtrauens in republikanischen Kreisen gegenüber der politischen Einstellung der evangelischen Kirche anbahnen zu helfen.

Die Aussprache brachte noch keine klare Stellungnahme der Fraktionen, die sich ihre letzte Entscheidung alle noch vorbehielten. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Ausschußverhandlungen waren die Erklärungen der einzelnen Parteien kurz. Das Zentrum nahm bei der ersten Lesung überhaupt nicht das Wort. Nur die Kommunisten ließen eine einstündige Rede halten, in der sie ihren Stolz darüber ausdrückten, daß sie die einzige Partei seien, die die Stimme gegen diesen Raubvertrag erhebe. Die Redner aller bürgerlichen Parteien äußerten lediglich gegen die politische Klausel ernste Bedenken. Von den Sozialdemokraten, für die der Abg. Rickers sprach, wurde bedauert, daß der Grundsatz der Parität bisher auf die Freidenkerorganisationen nicht angewandt worden sei.

Die Vorlagen wurden der Ausschußberatung überwiesen.

Am Mittwoch folgt dann die zweite Lesung im Plenum.

*

Berlin, 8. Juni. (Drahtmeldung.) Nach einem Beschluß des Aeltestenrates des Preußischen Landtages sollen der Evangelische Kirchenvertrag und das Pfarrbesoldungsgesetz am Sonnabend, den 13. Juni, verabschiedet werden. Der Landtag wird sich dann bis zum 7. Juli vertagen und am 8. Juli die Beratung der Vorlage über den Volksentscheid beginnen. Die Sommerferien sollen sich nur bis zum 12. Oktober ausdehnen.

Militarismus in USA.

Neuyork, Ende Mai. (Eigener Bericht.)

Die Abrüstungskundgebungen der amerikanischen Regierungsstellen vor der internationalen Handelskammertagung in Washington haben die alte Streitfrage nach der militärischen Bereitschaft Amerikas wieder aufleben lassen. Zwei Ereignisse der letzten Wochen verdienen dabei besonders festgehalten zu werden, einmal weil sie einen klaren Einblick in die amerikanische Denkweise über Rüstungsfragen geben, und dann weil sie zeigen, wie es um die amerikanische Militärkraft tatsächlich bestellt ist. Das erste Ereignis war die bedeutsame Erklärung des Präsidenten Hoover, zwanzig bis dreißig Militärstationen im Laufe der nächsten Jahre abzubauen und die Zahl der Garnisonplätze damit auf den Vorkriegsstand zurückzuführen. Die kurz darauf erfolgte Bekanntgabe eines Eventualplans des Kriegsministeriums für Mobilisationszwecke paßte zu der Kundgebung des Präsidenten wie die Faust aufs Auge und war kaum angetan, die amerikanische Wehrpolitik im Lichte besonderer Ehrlichkeit erscheinen zu lassen. Der Plan sah für den Notfall die Mobilisierung einer schlagfertigen amerikanischen Armee von mindestens vier Millionen Mann in denkbar kürzester Zeit vor.

Gerade dieser Mobilisationsplan gibt Veranlassung, Vergleiche zwischen der militärischen Schlagkraft Amerikas von früher und heute zu ziehen. Es ist richtig, daß die Armee qualitativ und technisch enorme Verbesserungen erfahren hat und im Einklang mit den militärischen Lehren des Weltkrieges ein hochmodernes Kriegsinstrument geworden ist. Von dieser Entwicklung haben besonders das Flugwesen und die Artillerie profitiert. Aber selbst ohne den reichlich vagen Mobilisationsplan ist das amerikanische Militärwesen heute in besserer Verfassung als im letzten Vorkriegsjahre 1913. Damals waren die europäischen Konflikte für Amerika ohne unmittelbares militärisches Interesse, während heute das Bild angesichts der überragenden Weltbedeutung der USA. ein ganz anderes geworden ist. Amerika weiß trotz allen gegenteiligen Behauptungen im Bundessenate heute ganz genau, daß neue militärische Weltverwicklungen automatisch zum Eingreifen Amerikas mit allen seinen militärischen Konsequenzen führen müssen. Die amerikanische Armee belief sich im Jahre 1914 einschließlich der auf den Philippinen stationierten Truppen auf 96 717 Offiziere und Mannschaften. Daneben gab es die Nationalgarden oder Staatsmiliz, deren Totalstärke 127 410 Offiziere und Mannschaften betrug. Das damals neu organisierte Reserve-Offizierkorps hatte keine Bedeutung und verfügte ziffernmäßig über genau 16 Mitglieder.

Im April 1917, kurz vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg, bestand die reguläre Armee aus 127 588 und die Staatsmiliz aus 304 795 Mann, beide einschl. der Offiziere. Dann schwollen die Truppenverbände rapid an, bis sie am Waffenstillstandstage eine Totalstärke von 3 760 000 Mann auswiesen. 2 000 000 amerikanische Soldaten standen auf europäischem Boden, der Rest stand unter Ausbildung oder harrte des Abtransportes. Von dieser Gesamtziffer entfielen jedoch nur 800 000 Mann auf die reguläre Armee. Die amerikanische Demobilisierung wurde im Gegensatz zu den alliierten Mächten radikal durchgeführt, obgleich den Behörden daran gelegen war, sich eine Art Organisationsskelett für künftige Fälle zu erhalten. Unter den regulären Bestimmungen beträgt die Armeestärke 280 000 Mann, jedoch ging der Bundeskongreß seit Jahren mit gutem Beispiele voran und bewilligte Mittel für nur 118 750 Offiziere und Mannschaften, also weniger als die Hälfte der festgesetzten Stärke. Davon sind 85 000 Mann im Lande selbst, der Rest in China, Zentralamerika, Philippinen, Hawaii, Alaska und Porto Rico 40 000 Mann, während Artillerie mit 14 000, Küstenartillerie mit 11 000 und Kavallerie mit 7400 Mann erst in weitem Abstand folgen. Es ist bemerkenswert, daß das Flugwesen mit 13 500 Mann fast genau so stark ist wie die Feldartillerie.

Die 48 Bundesstaaten sind militärisch in neun Armeekorps-Distrikte eingeteilt. Jeder Staat unterhält überdies seine Staatsmiliz, deren Gesamtstärke sich jetzt auf 170 000 Offiziere und Mannschaften beläuft. Die Staatsmilizen müssen jährlich zu fünfzehntägigen Feldmanövern einberufen werden, jedoch werden die Uebungen nicht gemeinsam vorgenommen. Das seit dem Kriege stark angeschwollene Reserve-Offizierkorps weist einen Bestand von 113 523 Offizieren aus, die gleichfalls Uebungen mitmachen müssen und auf Wunsch militärische Korrespondenzkurse erhalten.

Wenn es jedoch etwas gibt, das den USA. offensichtlich den Stempel des Militarismus aufdrückt, so sind es die Schulkorps für Reserveoffiziere und die militärischen Schulungsplätze für Bürger (Citizens Military Training Camps). Dank der bereitwilligen Beihilfe der Schul- und Universitätsbehörden, auf die von der American Legion, dem amerikanischen Kriegsteilnehmerverband, jeder erdenkliche Druck ausgeübt wird, belief sich die Teilnehmerziffer der Hochschüler und Studenten am Offiziers-Schulkorps auf knapp 130 000. Die Brutstätten engsten amerikanischen Nationalismus, die Schulungsplätze, waren im letzten Jahre von rund 40 000 Teilnehmern besucht. Nach den Vorschriften muß jeder Teilnehmer jährlich einen einmonatlichen praktischen Militärkursus für die Dauer von vier Jahren nehmen. Man begreift ohne weiteres, welche Gefahr diesen Einrichtungen zusammen mit der Propaganda der Kriegsteilnehmerverbände und fahnenschwenkenden Militärschreier innewohnt.

Verlogen wie immer

Nazi-Worte und -Taten

Danzig, den 8. Juni. (Eig. Drahtbricht.)

Im Danziger Volkstag hatten die Nazis dieser Tage einen Antrag eingebracht, der die Aussteuerung der Erwerbslosen auf den 1. September verschoben wissen wollte. Der Antrag war natürlich nicht ernst gemeint. Als von der Linken die Forderung gestellt wurde, daß das Haus sobald als möglich die Unterstützung der Ausgesteuerten sicherstellen solle, drückten sich die Nazis von der Abstimmung. Lediglich die Sozialdemokraten und die Kommunisten nahmen sich der Ausgesteuerten an. Die Nazis kümmerten sich den Teufel um die Ausgesteuerten.

Volksdienst bei der Polizei

Wann besteht eine Pflicht zur Hilfeleistung gegenüber der Polizei?

Angesichts der Zusammenstöße auf der Herner Straße anläßlich des kläglichen Aufmarsches der nationalsozialistischen Knickmänner ist diese Frage beim Publikum wiederholt aufgeworfen worden. Gewiß hatte die Polizei bei dieser Gelegenheit alle Hände voll zu tun, aber sie war mit den Kräften zur Stelle, die gegenüber den Unruhestiftern erforderlich waren. Uns ist auch nicht bekannt geworden, ob sich Polizeibeamte oder der leitende Offizier mit der Aufforderung um Hilfe an das Publikum gewandt haben. Sehr oft wird diese Hilfe vom Publikum verweigert. Da die Beteiligten meistens nicht wissen, ob sie etwa verpflichtet sind, einer solchen Aufforderung um Hilfeleistung Folge zu geben, sei dazu folgendes mitgeteilt:

Maßgebend ist der § 360 Ziffer 10 des Strafgesetzbuches. Hier wird bestimmt, daß mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 6 Wochen derjenige bestraft wird, der „bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hilfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte". Diese gesetzliche „Pflicht zur Nothilfe" kommt insbesondere bei „Unglücksfällen" in Betracht. Unglücksfälle sind plötzlich eintretende Ereignisse, welche erheblichen Schaden verursacht haben und weiteren Schaden zu verursachen drohen, die Wirkungen des schädigenden Ereignisses müssen also noch fortdauern. Gleichgültig ist, was für ein Schaden eingetreten ist oder droht, der Schaden kann in der Verletzung von Leben, Gesundheit oder Eigentum bestehen. Der Begriff des „Unglücksfalls" ist also nicht identisch mit dem Begriff des „Unfalls"! Die gleiche Pflicht zur Nothilfe besteht bei „gemeiner Gefahr oder Not". Hier handelt es sich um Gefahren für einen größeren allgemeineren Personenkreis, bei denen es unmöglich ist, den Umfang des Schadens auf bestimmte Personen oder bestimmte Sachwerte zu beschränken; solche „gemeine Gefahr" kann verursacht sein sowohl durch menschliche Handlungen, wie auch durch Naturereignisse (wie etwa durch Wolkenbrüche oder durch massenhaftes Auftretn des Nonnen-Schmetterlings). Die unterlassene Nothilfe ist aber in allen Fällen nur strafbar, wenn ihr vorangegangen ist eine ausdrückliche und eindeutige Aufforderung zur Hilfeleistung, die an eine oder mehrere bestimmte Einzelpersonen gerichtet war. Der Aufforderung braucht außerdem nur dann Folge geleistet zu werden, wenn ihr „ohne erhebliche eigene Gefahr" Folge geleistet werden könnte. Von einer solchen „erheblichen eigenen Gefahr" kann nur dort gesprochen werden, wo begründete Besorgnis besteht, daß der Aufgeforderte einen erheblichen Nachteil an seiner Gesundheit oder seinem Vermögen erleiden würde. Ein schmerzhafter Schlag allein ist noch keine „erhebliche Gefahr". Besteht dagegen Anlaß zu der Annahme, daß mit Schußwaffen oder Stichwaffen Körperverletzungen herbeigeführt werden könnten, so besteht keine Verpflichtung zur Nothilfe. Unerheblich ist, ob die von der Polizeibehörde verlangte Hilfeleistung notwendig und zweckmäßig war oder nicht; der Aufgeforderte muß sich vorläufig fügen, er behält aber natürlich das Recht, das Verfahren des betreffenden Beamten zum Gegenstand einer Dienstbeschwerde zu machen. Nimmt der Aufgeforderte irrtümlicherweise an, daß er sich durch die ihm abgeforderte Hilfeleistung einer erheblichen eigenen Gefahr aussetze, so ist er nicht strafbar. Aus alledem ergibt sich, daß eine Verpflichtung, bedrängten Polizeibeamten auf Verlangen Hilfe zu leisten, nur ganz ausnahmsweise besteht.

Länderregierungen und kommunale Spitzenverbände gegen den Abbau der Kriegsopferversorgung

Da der Abbau der Reichsleistungen gegenüber den Kriegsopfern eine neue Steigerung der gemeindlichen Wohlfahrtsausgaben nach sich ziehen würde, hat der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen die kommunalen Spitzenverbände gebeten, bei der Reichsregierung seine Vorschläge, solche Abbaumaßnahmen zu unterlassen, zu unterstützen.

Uebereinstimmend haben sämtliche kommunalen Spitzenverbände dem Reichsbund mitgeteilt, daß sie seinem Wunsche Rechnung getragen haben.

Der Reichsstädtebund hat sich in seiner Eingabe an die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit gegen den beabsichtigten Abbau der Reichsversorgung ausgesprochen und würde, falls die neuen Notverordnungen eine derartige Regelung treffen würden, diese Regelung durch Einwirkung auf den Reichstag zu beseitigen versuchen.

Der Deutsche Städtetag ist im gleichen Sinne bereits an den Herrn Reichskanzler und Herrn Reichsarbeitsminister herangetreten.

Der Deutsche Landkreistag hat gegenüber den zuständigen Reichsressorts bereits wiederholt sich dagegen ausgesprochen, daß eine Verküzung der sozialpolitischen Leistungen auf den Rücken der Kommune vollzogen werde. Er hat sich vorbehalten, gegenüber dem Reichstag Schritte zu unternehmen, sobald der Inhalt der neuen Notverordnung von ihm geprüft worden ist.

Vom Sächsischen Ministerpräsidenten ist dem Reichsbund mitgeteilt, daß seine Ausführungen durch die Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Dr. Gradnauer, zur Kenntnis der Reichsregierung gelangen und dabei zum Ausdruck gebracht würde, wie schwere Bedenken bei der Sächsischen Regierung gegen derartige Maßnahmen gegen die Kriegsopfer bestünden.

Weiterhin sind dem Bundesvorstand von einer ganzen Anzahl von Provinzen, Kreisen, Städten und Gemeinden gleiche Willensäußerungen zugegangen.

Theater · Musik · Kunst

Stadttheater Bochum

Heute (Dienstag) beginnt der zweite Schüler-Zyklus dieser Spielzeit mit einer Aufführung von Shakespeares Lustspiel „Der Kaufmann von Venedig". Die Vorstellung dauert von 17.30 bis gegen 22.30 Uhr. Vor dieser ersten Veranstaltung der Aufführungsreihe ist es natürlich immer noch möglich, sich eine Zykluskarte, die zum Besuch sämtlicher Darbietungen berechtigt, zu erwerben; der verbilligte Preis dafür beträgt 6 M. Einzelkarten zum Einheitspreis von 1,50 M. stehen für den „Kaufmann von Venedig" ebenfalls zur Verfügung. Es wird gebeten, die noch nicht abgeholten Zyklus- und Einzelkarten bis spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der heutigen Aufführung in Empfang nehmen zu wollen. Morgen steht wiederum eine Wiederholung der Lehar-Operette „Die Lustige Witwe" auf dem Spielplan, für die außer den für die Vormiete C reservierten Plätzen noch eine Reihe von Tageskarten an der Theaterkasse bereitgestellt wurden. Die Besetzung ist die gleiche wie bei den bisherigen Aufführungen. Zuckmayers „Hauptmann von Köpenick", der Donnerstag abermals angesetzt ist, und zwar für die Vormiete D, gibt den Mitgliedern der Ringvormieten nochmals die Möglichkeit, das Stück als Wahlvorstellung zu sehen. Diejenigen, die am vergangenen Samstag die angebotenen Vergünstigungen nicht wahrnehmen konnten, finden also nochmals Gelegenheit, zu der üblichen Preisermäßigung von 25 Prozent für den Platz der Aufführung beizuwohnen. Heute (Dienstag) beginnt der Vorverkauf zu der neuen Inszenierung, die die Oper für diese Woche verspricht: zu Richard Strauß' „Rosenkavalier", der am Freitag in seiner neuen Inszenierung erstmalig zur Darstellung gelangt. Die Erstaufführung des Werkes ist für die Vormiete B vorgesehen. Die Preise für die frei verkäuflichen Karten bewegen sich zwischen 1,50 und 7 Mark.

Gebr. Del Mistro
HERNE i/w
Mont-Cenisstr. 57
TEL 51762

Terrazzogeschäft
Altestes Geschäft am Platze
765

Theater

Preisausschreiben „Puppenspiel und Schule".

Der Deutsche Bund für Puppenspiele zeigt in Verbindung mit den Blättern für das gesamte Puppenspielwesen „Der Puppenspieler", ein Preisausschreiben mit dem Thema „Puppenspiel und Schule" an, bei dem ein Gesamtbetrag von 600 Mk ausgesetzt ist. Der Betrag soll unter den drei besten Arbeiten verteilt werden. Die gesamte deutsche Lehrerschaft ist zu diesem Preisausschreiben eingeladen. Einsendung aller Art von Arbeiten, die das Thema „Puppenspiel und Schule" betreffen, sind erwünscht. Annahmeschluß ist am 15. September 1931. Dem Prüfungsausschuß gehören an: Schulrat Heinrich Hassinger, Referent für Jugendpflege und Volksbildung des Hessischen Ministeriums für Kultus- und Bildungspflege, Darmstadt; Universitäts-Professor Dr. Carl Niessen, Köln; Geh. Reg.-Rat Benno v. Polenz, Langebrück (Sachsen); Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob, Berlin; Dir. Dr. Hugo Schmidt, Hainichen (Sachsen); Lehramts-Assessor Friedrich Löwenhaupt, Lahr (Baden) und Lehrerin Ida Schmidt, Magdeburg; vom Vorstand des Deutschen Bundes für Puppenspiele: Wilhelm Löwenhaupt, Offenburg in Baden; Otto Wasmann, Jena, und Schriftleiter Fritz Wortelmann, Bochum. — Die Bedingungen des Preisausschreibens sind enthalten in Heft 8 des „Puppenspielers", das gegen Einsendung von 50 Pf. als Probeheft vom Schacht-Verlag, Bochum, bezogen werden kann.

Musik

150 Bewerbungen um einen Musikdirektorposten. Um den von der Stadt Krefeld ausgeschriebenen Posten eines Musikdirektors haben sich insgesamt 150 Personen beworben. Der Unterausschuß des Theater- und Musikausschusses ist gegenwärtig mit der Ordnung und Sichtung der Bewerbungsschreiben beschäftigt, um aus ihnen etwa 12 Bewerbungen zur engeren Wahl zu stellen. Die endgültige Wahl wird dann vom Theater- und Musikausschuß vorgenommen, die allerdings von den Bezirksverordneten bestätigt werden muß.

Veranstaltungen und Vergnügungen

Westdeutsches Vortrags-Amt.

Die kürzlich stattgefundene 6. Teilnehmerzusammenkunft des Westdeutschen Vortrags-Amts bewies, daß die Arbeit endgültig über die Anfangszeit der Organisation hinweg zu rein praktischen Erfolgen vorgestoßen ist. Das Westdeutsche Vortrags-Amt vermittelte für den gesamten Westen sowohl für seine angesehenen Gesellschaften, Kunstvereine und die großen allgemeinen Bildungsvereine wie auch die verschiedenartigsten Vortragsvereinigungen kleinerer Städte und Gemeinden nicht weniger als 600 Vorträge verschiedenster wissenschaftlicher und künstlerischer Art im verflossenen Vortragswinter. Trotz der Schwere der Zeit soll die kulturelle und gemeinnützige Arbeit fortgeführt werden, und die erfreulich starke Teilnahme der Vereinigungen bewies, daß noch genügend Kräfte in unserem Volke vorhanden sind, die sich durch die augenblickliche Wirtschaftskrise nicht beirren lassen werden.

Die Teilnehmer-Zusammenkunft, die in dem neuen Heim des Westdeutschen Vortrags-Amts in Bochum stattfand, war sehr gut besucht und füllte den Tag ausschließlich mit der Besprechung wichtiger Vortragsfragen und vor allen Dingen gemeinsamer Verpflichtungen von Vortragenden aus.

Genossinnen und Genossen, kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren!

HEINRICH F. W. VEUHOFF
Herne, Konprinzenstraße 6-8 • Fernruf 50300
Holzbearbeitungs-Fabrik
Spezialität: Laden-Einrichtungen, Innen-Ausbau, Fenster, Treppen u. Türen, Sperrplatten
761

Wanne-Eickel

Wahl von Beisitzern für das Mieteinigungsamt.

Die in der Stadtgemeinde Wanne-Eickel vorhandenen Haus- und Grundbesitzervereine und Mietervereine werden hiermit aufgefordert, dem Unterzeichneten bis zum 15. August 1931 eine Liste derjenigen Personen (Hausbesitzer bezw. Mieter) einzureichen, welche für das Geschäftsjahr 1932 als Beisitzer oder als deren Stellvertreter beim Mieteinigungsamt vorgeschlagen werden sollen.

Bestimmungen für die Aufstellung der Listen sind in der Geschäftsstelle des Mieteinigungsamtes, Rathaus, Schwerinstr. 6, Zimmer 7a, erhältlich.

Wanne-Eickel, den 5. Juni 1931.

778 **Der Oberbürgermeister.**

Bekanntmachung

über die Frist für die Abgabe von Vermögenserklärungen.

Die Vermögenserklärungen über das Vermögen vom 1. Januar 1931 sind in der Zeit vom

15. bis 30. Juni 1931

unter Benutzung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Die Vordrucke werden den Steuerpflichtigen rechtzeitig vom Finanzamt übersandt werden. Wer am 1. Januar 1931 ein steuerpflichtiges Gesamtvermögen von mehr als 20 000 RM. besessen hat, muß, auch wenn er einen Vordruck vom Finanzamt nicht übersandt erhält, eine Vermögenserklärung abgeben; der hierfür erforderliche Vordruck ist vom Finanzamt anzufordern.

Wanne-Eickel, den 9. Juni 1931. 779

Finanzamt Wanne-Eickel.

Arterienverkalkte Herzleidende
erhalten kostenlos eine aufsehenerregende Mitteilung, wie durch ein ärztlich empfohlenes Mittel wunderbare niegeahnte Heilerfolge erzielt wurden. 1622
Generaldirektor a. D. Vitz
Berlin-Nikolassee B. 402

Agitiert für eure Zeitung

Tonfilmbühne
APOLLO
Wattenscheid
Dienstag bis Donnerstag
zeigen wir nochmals das erfolgreiche Programm der beiden Tonfilme:
Liebe auf Befehl
und
Einsame Menschen
Achtung! 3 Kino-Werbetage!
2 Personen haben Einlaß auf eine Karte!
368

Hierdurch setzen wir die Bewohner der Stadt Wattenscheid und Umgegend in Kenntnis, daß wir unseren **Hausierwagen** wegen der schweren Zeit vorübergehend stillegen mußten. Wir bitten daher **sämtliche Korb- und Stuhlreparaturen** zur **Gertrudisschule** zu bringen. — Auf Wunsch können die Sachen auch abgeholt werden.
Westfäl. Blindenverein
Ortsgruppe Wattenscheid

DRUCKSACHEN
FÜR HANDEL, INDUSTRIE GEWERBE UND PRIVATE
POSTKARTEN MIT U. OHNE AUFDRUCK
BRIEFBOGEN IN BESTER AUSFÜHRUNG
PROSPEKTE UND KATALOGE
ZIRKULARE UND RECHNUNGEN
WERBEPLAKATE SCHLEUDERZETTEL
PROGRAMME EINTRITTSKARTEN
SOFORT
BUCH- UND KUNSTDRUCKEREI
VOLKSBLATT
BOCHUM — HERMANNSHÖHE 7

Geräumiges
Ladenlokal in Annen
an der Wittener Straße belegen, bisher von der Annener Gasanstalt benutzt, ist mit einigen Wohnräumen zu vermieten.
Besichtigung täglich. Auskunft beim
Städtischen Licht- und Wasserwerk in Witten, Ostraße 16
Fernsprecher 3241/42. 734

Täglich frische
Molkereibutter
Pfund **1.45** Mark
Molkerei Kraus
Witten 685
Augustastraße 67

Sofort Geld 777
erhalten redegewandte Leute beim Verkauf von Futtermitteln.
Kreuer, Düsseldorf, Schließfach 143.

In 3 Tagen 637
Nichtraucher
Auskunft kostenlos!
Sanitas-Depot Halle a. S. 299 Y

Freie Stellen
Stellengesuche
Verkäufe
Ankäufe
Vermietungen
Mietsgesuche
Verpachtungen
Personalgesuche
führen zum gewünschten Erfolg durch eine
Kleine Anzeige in dieser Zeitung